



7. Sitzung des Gemeindeparlamentes, Donnerstag, 23. März 2006, Stadthaus, Ratsaal, Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.15 Uhr

Anwesend sind: 45 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Timur Acemoglu, 2. Dr. Markus Ammann, 3. Ursula Amsler Celidonio,
4. Marion Bachmann, 5. Rolf Braun, 6. Lukas Derendinger, 7. Werner Good,
8. Patrick Häuptli, 9. Brigitte Kissling, 10. Trudy Küttel Zimmerli, 11. Daniel Schneider,
12. Luzia Stocker Rötheli, 13. Dr. Arnold Uebelhart, 14. Dieter Ulrich,
15. Lea von Wartburg, 16. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp, 6. Stefan Nünlist, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Andreas Schibli, 9. Rolf Schmid,
10. Arthur Spring, 11. Daniel Vögeli, 12. Christian Wüthrich, 13. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Nadja Fankhauser, 3. Antonia Hagmann, 4. Roland Rudolf von Rohr
(ab 20.00 Uhr), 5. Chantal Stucki

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. Ursula Deiss, 3. Rudolf Lutz, 4. Rolf Sommer

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Candidus Waldispühl

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler, 2. Jonas Hertner



Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Urs Kissling, Chef Tiefbau
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion
Christian Winiger, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:

Daniel Probst
David Brunner
Patrick Kissling
Barbara Lippi
Christian Werner

Vorsitz: Antonia Hagmann

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *



Geschäfte:

1. Mitteilungen
- * 1a Fraktionserklärung SP betr. Schulsozialarbeit
- * 1b Fraktionserklärung GO/JA betr. Schulsozialarbeit
2. Kommission für Stadtentwicklung/Demission und Ersatzwahl
3. Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann/Erneuerungswahl
- * 3a Dringliche Motion Marion Bachmann-Rauber und Luzia Stocker Rötheli (SP) betr. Randständige/Frage der Dringlichkeit
4. Integrationsarbeit in Olten, Leitbildprozess/Kreditfreigabe
5. Areal „Alter Schlachthof“/Veräusserung an die Firma Riggenbach AG, Olten
6. Werkhofareal Nord inkl. EV-Magazin/Veräusserung an die Städtischen Betriebe Olten (sbo)
7. Rötzmattweg-Sportstrasse-Bornfeldstrasse, Kreisel/Projekt- und Kreditgenehmigung
8. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- ** 8.1 (Geschäft Nr. 2005.017) Motion Trudy Küttel Zimmerli (SP) und Mitunterzeichnende betr. Tagesstrukturen an den Oltnen Kindergärten und Volksschulen (eingereicht am 01.09.2005/neu traktandiert)
- ** 8.2. (Geschäft Nr. 2005.020) Postulat Daniel Vögeli (FdP) und Mitunterzeichnende betr. „Freie Fahrt für Taxis“ (eingereicht am 01.09.2005/neu traktandiert)
- ** 8.3. (Geschäft Nr. 2005.018) Postulat Dr. Max Pfenninger (FdP-Fraktion) betr. Erneuerung Baurechtsvertrag zwischen PCO und Bürgergemeinde Olten (eingereicht am 01.09.2005/neu traktandiert)
- * 8.4 Dringliches Postulat Marion Bachmann-Rauber und Luzia Stocker Rötheli (SP) betr. Randständige
- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsidentin Antonia Hagmann: Ich begrüsse den Stadtpräsidenten, die Stadträtinnen und Stadträte, Kollegen, Kolleginnen, Presse und die Gäste zur heutigen Parlamentssitzung.

* * *



Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Antonia Hagmann:

Protokollgenehmigungen

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 7. und 8. Dezember 2005 sowie vom 26. Januar 2006 sind vom Büro am 6. März 2006 definitiv genehmigt worden.

* * *

Museenkommission/Vertretung Bürgergemeinde Olten

Die Bürgergemeinde Olten ist durch Herrn Paul Büttiker jun. in der Museenkommission vertreten.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Kleine Anfrage Anita Huber (GO) betr. Parkhaus Munzingerplatz
- Kleine Anfrage Rolf Braun (SP) betr. Läuferfingerli
- Interpellation SVP betr. Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei
- Interpellation SP-Fraktion betr. Gewaltprävention an den Oltnen Schulen
- Postulat GO/JA betr. Unterstützung Naturpark Thal
- Dringliche Motion SP betr. Randständige

* * *

Beilage:
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 45/13

Prot.-Nr. 59

Fraktionserklärung SP betr. Schulsozialarbeit

Caroline Wernli Amoser: Schulsozialarbeit soll in erster Linie den Kindern und Jugendlichen weiterhelfen und vor allem ihnen als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Wir sind verärgert, enttäuscht, dass das Projekt Schulsozialarbeit vorerst offenbar gescheitert ist. Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Fehler sind offensichtlich passiert. Die Frage wird sein: Was lernt man daraus und warum sind gewisse Fehler überhaupt passiert? Warum sind beispielsweise zwei Frauen als Schulsozialarbeiterinnen angestellt worden, wenn doch bekannt ist, dass im Sälischulhaus, im ersten Kreis dieses Dreikreismodell, in der Oberstufe oft Gewalt von männlichen Jugendlichen ein Thema ist und somit Gewaltprävention ein Thema wäre. Auch ohne Situationsanalyse ist dies bekannt gewesen. Ich habe von keinem Projekt der jetzigen Schulsozialarbeiterinnen gehört, das in diese Richtung gegangen ist. Dass bei dieser Thematik auch männliche Sozialarbeiter gefragt wären, wie im Projekt ja auch vorgesehen, ist vor zwei Jahren klar gewesen und kann nicht den jetzigen Schulsozialarbeiterinnen angelastet werden. Dass sich Schulsozialarbeit in einem sehr anspruchsvollen Berufsfeld bewegt, ist hier ebenfalls schon vor zwei Jahren gesagt worden. Dass man dann eine Schulsozialarbeiterin anstellt, die frisch aus der Ausbildung kommt, kann als mutig oder als dilettantisch erachtet werden. Keine der beiden Schulsozialarbeiterinnen hat offenbar Erfahrung in der Schulsozialarbeit gehabt. Auch dies kann man nicht den zwei Sozialarbeiterinnen anlasten. Schulsozialarbeit ist zwar ein neues Gebiet, doch hat es auch schon vor zwei Jahren an verschiedensten Orten existiert. So neu ist es auch wieder nicht. Bei diesen Anstellungen wäre es umso dringender gewesen, fachspezifische Begleitung im Rahmen von Schulsozialarbeit sicher zu stellen. Die Frage stellt sich, ob der damals zuständige Stadtrat René Rudolf von Rohr im Hinblick auf bevorstehende Wahlen zu stark unter Druck gewesen ist und damit zu rasch und zu wenig sorgfältig vorgegangen worden ist. Man hätte halt noch weiter suchen sollen. Im Nachhinein ist man immer schlauer. Nur ist diese Schwierigkeit schon damals vorauszusehen gewesen. Im Weiteren ist bei uns die Frage aufgetaucht, warum das Projekt nicht, wie im Rahmenkonzept vorgesehen, laufend angepasst worden ist. Von aussen haben wir den Eindruck, das ist nicht passiert. Wenn es stimmt, können wir auch dies nicht begreifen. Wir erwarten, dass eine erneute Vorlage rasch vor das Parlament kommt. Wir wollen, dass mit der bereits geleisteten Aufbauarbeit möglichst nahtlos weitergefahren werden kann und man nicht von vorne anfangen muss, weil zuviel Zeit vergangen ist, bis es weitergeht. Beim nächsten Start muss fachliche Begleitung im Rahmen von Schulsozialarbeit und nicht "nur" Sozialarbeit gewährleistet werden. Folgende Punkte erscheinen uns zudem wichtig: Schulsozialarbeit muss eine selbständige Stelle sein. Sie gehört unseres Erachtens nicht zum Sozialamt. Sonst wird sie zum verlängerten Arm der Vormundschaftsbehörde oder weckt zumindest falsche Erwartungen bei der Lehrerschaft. Gleiche Bedenken können aufgeführt werden, wenn es dem Rektorat unterstellt wird. Es ist so schon schwierig genug, dass Schulsozialarbeit auch nicht zum verlängerten Arm der Lehrerschaft wird. Eventuell bräuchte es hier eine dritte eigenständige Lösung wie einer Stabsstelle bei der Bildung. Schulsozialarbeit ist ein eigenständiges Berufsfeld. Die Schulsozialarbeiterinnen müssen eigenständig denken und handeln können. Sie müssen ihre Funktion im sozialen Bereich als Ergänzung zur Schule ausfüllen. Ergänzung zur Schule ist nur möglich, wenn sie in der Lage sind, zur Lehrerschaft ein gutes Arbeitsbündnis herzustellen.

Auch das verlangt eine Portion Fingerspitzengefühl. Die Lehrerschaft muss entsprechende Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisieren. Sonst wird das Ganze ein Ding der Unmöglichkeit. Es ist bekannt, dass am Anfang ein grosser Teil der Arbeit genau dorthin fliesst: Gegenseitiges Vertrauen schaffen, Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Das ist nicht von Anfang an vorhanden. Deshalb scheint uns auch eine Art Bewerbung der einzelnen Schulhäuser für Schulsozialarbeit kein brauchbarer Weg zu sein. Wenn ich von anderen Schulhäusern, abgesehen vom Sälischulhaus höre: Wir haben zwar Schulsozialarbeit. Doch melden sollen die Lehrer nichts, da bei der Schulsozialarbeit zuwenig Zeitkapazitäten vorhanden sind. Da stehen mir die Haare zu Berge. Wer dient hier wem? So etwas darf nicht passieren. Jeglicher Goodwill ist damit auf einen Schlag verscherzt. Das Dreikreismodell tönt ja gut. Vielleicht ist es nicht das Gelbe vom Ei. Ergibt die Evaluation, dass mit 100 Stellenprozenten nicht mehrere Schulhäuser bedient werden können, soll dies offen auf den Tisch gelegt werden. Dann beschränkt man sich besser auf ein Schulhaus als so zu tun, als ob mehr möglich wäre. Abschliessend kann ich es mir nicht verkneifen festzuhalten, dass uns das jetzige Vorgehen des Stadtrates - wir nehmen an, es betrifft Martin Wey als Zuständiger für die Direktion Bildung - bei allem Verständnis, wie eingangs erwähnt, auch verärgert hat. Der Abbruch des Pilotprojekts wird in der Zeitung publiziert, die GPK wird informiert zu einem Zeitpunkt, in dem wir ParlamentarierInnen gar nicht mehr aktiv werden können. Der Abbruch ist beschlossen. Die Verträge mit den Schulsozialarbeiterinnen werden aufgelöst. Die nächste Parlamentssitzung folgt ein paar Wochen später. All die Argumente, die zum Abbruch geführt haben oder die wir jedenfalls annehmen, sind kaum erst seit März bekannt, wie zum Beispiel, dass die Evaluationsergebnisse erst im September vorliegen, also nach Ende der Projektphase. Im Januar hätten wir wenigstens die Möglichkeit gehabt zu versuchen, Einfluss zu nehmen. Jetzt können wir Fraktionserklärungen abgeben und hoffen, dass nicht der erste Schritt zur Beisetzung des ganzen Projekts eingeleitet worden ist. Unsere Fraktion wird eine Motion einreichen, um die Weiterführung oder eben eine rasche Wiederaufnahme der Schulsozialarbeit zusätzlich zu stützen.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport
Rektorat
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 45/13

Prot.-Nr. 60

Fraktionserklärung GO/JA betr. Schulsozialarbeit

Iris Schelbert: Als im Sommer 2004 das Gemeindeparlament vom Stadtrat über das Projekt Schulsozialarbeit orientiert worden ist, sind alle hier von der Notwendigkeit dieser Schulsozialarbeit überzeugt gewesen. Es hat damals keine Diskussion stattgefunden. Die Fraktionen haben lediglich eine Erklärung abgeben können. Der Stadtrat wie der damalige Parlamentspräsident haben eine vertiefte Diskussion zum Thema bei der nachfolgenden Budgetbehandlung in Aussicht gestellt. Diese politische Debatte ist hier nie geführt worden. Die Grüne Fraktion hat dazumal in der Fraktionserklärung auf die schwierige Situation der Unterstellung unter zwei Direktionen hingewiesen. Wir haben auch gefragt, ob die damalige Hochschule für Pädagogik und Sozialarbeit beider Basel genügend Support leisten könne. Wir haben angeregt, dass die Erfahrungen laufend ausgewertet werden sollten, damit frühzeitig ein Nachfolgeprojekt initiiert werden könnte, im Sinne einer rollenden Planung. Alle Fraktionen haben den Projekten dazumal gutes Gelingen gewünscht. Heute stehen wir vor der Tatsache, dass das Projekt gescheitert ist. Nach dem ersten Schrecken, Verärgerung, vielen Gesprächen, die ich geführt habe, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass von allem Anfang an Fehler gemacht worden sind, Fehlentscheidungen getroffen worden sind. Es erscheint uns hier jetzt müssig, Schuldige zu suchen oder Schuldzuweisungen zu machen. Fehler sind wirklich auf jeder Ebene gemacht worden, von der Hochschule bis zur Basis. Situationen sind falsch eingeschätzt worden. Die Definitionen von Bedarf und Bedürfnissen sind unklar artikuliert worden und es haben Überforderungen stattgefunden. Vielleicht hat man in viel zu kurzer Zeit viel zuviel gewollt. Heute sind wir um rund Fr. 200'000.-- ärmer, dafür um hoffentlich wertvolle Erfahrungen reicher. Wir attestieren den Verantwortlichen an dieser Stelle, dass sie den Mut haben, den wenn auch sehr schmerzhaften und für uns im ersten Moment absolut unverständlichen, jetzt nachvollziehbaren Schnitt zu machen, aus den gemachten Erfahrungen zu lernen und mit Unterstützung der heutigen Hochschule für Sozialarbeit Nordwestschweiz einen Neustart ohne finanziellen Aufpreis notabene - darauf werden wir ein Auge haben - einen Neustart auf das Schuljahr 2007/08 zu machen. Wir verlangen heute vom Stadtrat, dass das Gemeindeparlament nach Abschluss der Studie der Hochschule und vor dem Neustart umfassend über die Studie, über die Lehren, die man aus dem gescheiterten Projekt und den Fehlern und der Studie zieht und über das zukünftige Schulsozialarbeitsprojekt informiert wird. Dann muss auch zwingend die politische Diskussion stattfinden.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport
Rektorat
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 16/22

Prot.-Nr. 61

Kommission für Stadtentwicklung/Demission und Ersatzwahl

Für die Kommission für Stadtentwicklung ist eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Kommission für Stadtentwicklung/Demission

Mit Schreiben vom 18. Januar 2006 reicht David Brunner (CVP) seinen Rücktritt als Mitglied der Kommission für Stadtentwicklung per 28. Februar 2006 ein.

Kommission für Stadtentwicklung/Ersatzwahl

Als Ersatz für David Brunner schlägt die CVP Patrick Kissling, Rosengasse 33, als neues Kommissionsmitglied vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von David Brunner (CVP) und die Ersatzwahl von Patrick Kissling (CVP) zu genehmigen.

Beschluss

Mit 43 : 0 Stimmen werden die Demission und Ersatzwahl genehmigt.

Mitteilung:

Herrn David Brunner, Fährweg 39, 4600 Olten

Herrn Patrick Kissling, Rosengasse 33, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)

Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten

Kommissionenverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 16/12, 57/12

Prot.-Nr. 62

Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau/Wahl

1. Ausgangslage

Am 1. September 2005 fanden die Gesamterneuerungswahlen der städtischen Kommissionen durch das Gemeindeparlament statt. Bei der Wahl der Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau lagen mehr als neun Wahlvorschläge vor, da neben den Parteien auch parteilose Personen vorgeschlagen wurden. Das Gemeindeparlament beharrte auf einer offenen Wahl der von den Parteien vorgeschlagenen acht Personen, obwohl der Stadtrat eine Verschiebung der Wahl und somit eine Klärung der offenen Fragen empfohlen hatte.

In der Folge erhob die Fraktion der Grünen beim Regierungsrat des Kantons Solothurn erfolgreich Beschwerde. Dieser hielt fest, dass die Wahl der Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau für ungültig zu erklären sei und die Einwohnergemeinde Olten angewiesen werde, die Wahlen für die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau neu auszuschreiben und unter den innerhalb der Meldefrist Angemeldeten Neuwahlen durchzuführen. Zur Begründung hielt der Regierungsrat fest, dass als Mindeststandard auch die durch das Gemeindeparlament zu wählenden Kommissionen (inkl. Anmeldefrist) vorgängig entweder im Publikationsorgan der Gemeinde oder per Postzustellung an alle Stimmberechtigten bekanntzugeben seien.

Gemäss Auskunft des Amtes für Gemeinden in Solothurn besteht die Publikationspflicht nur bei Gesamterneuerungswahlen der Kommissionen zu Beginn einer Amtsperiode. Bei Ersatzwahlen während der Amtsperiode entfällt die Publikationspflicht aus Gründen der Verhältnismässigkeit. Bei Vakanzen wird in einem solchen Fall jeweils die Partei, welche die zurückgetretene Person nominiert hat, für eine Nachnomination von der Stadtkanzlei angefragt. Im Falle eines Rücktrittes einer parteilosen Person erfolgt die Anfrage an alle Ortsparteien. Eine Publikation ist auch in diesem Fall nicht notwendig.

2. Erwägungen



Mit öffentlicher Ausschreibung vom 12. Januar 2006 wurde die Eingabefrist auf Montag, 6. Februar 2006 festgelegt. Innerhalb der Anmeldefrist trafen insgesamt 10 Wahlvorschläge auf der Stadtkanzlei ein (in der Reihenfolge der Anmeldung):

- Schären Claudia (parteilos)
- Wüthrich Uschi (parteilos, von SVP nominiert)
- Wälchli Schaffner Marlen (EVP)
- Amsler Celidonio Ursi (SP)
- Bolzern Käthi (SP)
- Segessenmann Schenker Ilona (parteilos, von SP nominiert)
- Näf-Frei Sandra (GO)
- Siegert Karoline (parteilos)
- Kick Roswitha (parteilos)
- Rüegegger Fabio (FdP)

In der Zwischenzeit hat Fabio Rüegegger mit Schreiben vom 1. März 2006 seine Kandidatur zurückgezogen.

Gemäss den Berechnungen der Stadtkanzlei für die Sitzverteilung der Kommissionen aufgrund der Ergebnisse der Gemeindeparlamentwahlen vom 24. April 2005 (sog. „freiwilliger Proporz“) ergibt sich für eine 9-er Kommission folgende Verteilung:

- SP: 3 Sitze
- GO: 1 Sitz
- CVP: 1 Sitz
- FDP: 3 Sitze
- SVP: 1 Sitz

Weiter ist festzuhalten, dass gemäss Reglement der Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau vom 7. September 1995 die Kommission nicht nur parteipolitisch zusammengesetzt sein soll, sondern dass auch Vertreterinnen der traditionellen Frauenbewegung (Frauenvereine) und der neuen Frauenbewegung in der Kommission mitarbeiten.

Gestützt auf Art. 44 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes erfolgt die Wahl bei unbestrittenen Listenwahlen offen, sofern nicht von wenigstens einem Fünftel geheime Stimmabgabe verlangt wird.

Beschlussesantrag:

1. Das Büro des Gemeindeparlamentes schlägt die im beiliegenden Wahlvorschlag aufgeführten 9 Personen zur Wahl in die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau vor.
2. Das Stadtpräsidium wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Das Büro hat das Wahlgeschäft dem Gemeindeparlament zugewiesen.

Parlamentspräsidentin Antonia Hagmann: Die Anmeldefrist für die Erneuerungswahl ist am 6. Februar 2006 abgelaufen. Bis dato haben sich zehn Personen gemeldet. Fabio Rüegegger



hat unterdessen seine Kandidatur zurückgezogen. Somit stehen neun Kandidatinnen für neun Kommissionssitze zur Wahl. Das Büro schlägt Ihnen folgende neun Kandidatinnen für die Gleichstellungskommission vor:

Schären Claudia (parteilos)
Wüthrich Uschi (parteilos, von SVP nominiert)
Wälchli Schaffner Marlen (EVP)
Amsler Celidonio Ursi (SP)
Bolzern Käthi (SP)
Segessenmann Schenker Ilona, parteilos (von SP nominiert)
Näf-Frei Sandra (GO)
Siegert Karoline (parteilos)
Kick Roswitha (parteilos)

Beschluss

Mit 41 : 0 Stimmen werden alle neun Kandidatinnen in globo gewählt.

Mitteilung an:
Gewählte (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Stadtkanzlei
Kommissionenverzeichnis
Rechtskonsulent
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 14/14

Prot.-Nr. 63

Dringliche Motion Marion Bachmann-Rauber und Luzia Stocker Rötheli (SP) betr. Randständige/Frage der Dringlichkeit

Luzia Stocker Rötheli: Die Dringlichkeit ergibt sich eigentlich von selber. Es wird schon viel zu lange nach einer Lösung gesucht und man fordert jetzt, dass der Stadtrat auf den Sommer wenigstens eine Übergangslösung präsentiert, wenn es noch keine definitive gibt. Ich bitte Euch, da der Sommer doch langsam näher rückt, der Dringlichkeit zuzustimmen, damit es in dieser Sache endlich vorwärts geht.

Stadtrat Peter Schafer: Der Stadtrat unterstützt die Dringlichkeit. Allerdings möchte ich beifügen, dass es nicht eine Motion ist, sondern ein Postulat und ich möchte die Motionärinnen anfragen, ob sie der Umwandlung in ein Postulat zustimmen würden.

Luzia Stocker Rötheli: Wir sind mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Rolf Sommer: Die SVP lehnt die Dringlichkeit ab. Die Problematik kommt jedes Jahr wieder einmal auf irgendeine Art ins Parlament. Jeder, der Augen im Kopf hat, sieht, dass dort Probleme sind. Man hat es letztes Jahr gehabt. Man hat es im vorhergehenden Jahr gehabt, etc. etc. Ich sehe nicht ein, was man hier erreichen will, denn es ist ein Herumschieben in die Aarburgerstrasse und sie kommen wieder dort hin, wo die Leute sind, wo sie das Bier erhalten etc. Man muss wahrscheinlich einmal mit diesen Leuten sprechen. Das empfehle ich auch der SP. Ich habe schon einige Stunden mit diesen Leuten gesprochen, welche Probleme sie haben. Ihnen gefällt es einfach dort. Ihr könnt nicht jemanden wegweisen, dem es gefällt. Bringt eine alternative Lösung. Aber nicht einfach wegschieben, herumschieben. Wir lehnen die Dringlichkeit ab, weil wir kein Ziel sehen.

Iris Schelbert: Der Platz bei der Wildsau, beim Aarebistro ist unbestritten im Sommer einer der schönsten, den wir überhaupt haben. Das haben nicht nur wir Wohlsituierte gemerkt. Vor uns haben dies randständige Leute gemerkt. Wir Grüne/Jungalternative sind ganz grundsätzlich der Meinung, dass jeder und jede in Olten sein darf, wo er oder sie gerne möchte. Etwas Anderes ist, wenn jemand straffällig wird oder ein öffentliches Ärgernis erregt. Dann kann man nämlich die Polizei anrufen und sie sollte kommen. Sie sind manchmal gekommen. Sie sind oft gekommen. Aber es hat mit der Zeit dann natürlich auch Friktionen gegeben. Wenn dann halt der Betreiber oder die Betreiberin des Aarebistros von der Polizei hören muss "Ich glaube, Ihr seid das grösste Problem hier unten" werden sie sauer. Das ist eine falsche Antwort der Polizei. Nachher sind Securitas postiert worden. Das ist eine ganz teure Lösung, die nicht alle gleich glücklich gemacht hat, weil Securitas, die dort ständig rund umhergeht, bei fremden Leuten halt noch gerne den Anschein erweckt: Upps, ich glaube, hier ist es gefährlich. Können wir uns hier wirklich hinsetzen? Es sind hilflose Versuche gewesen, etwas zu verbessern. Wie Rolf Sommer denke ich mir auch, dass es anders aufgegleist werden muss. Wir sehen wieder einmal, wo wir in Olten ein Loch haben: Nämlich die aufsuchende Gassenarbeit fehlt. Wir Grüne/Jungalternative werden in dieser Richtung wieder einmal einen Vorstoss machen. Ich



weiss nicht, welche Arbeitsgruppe sich mit der Thematik auseinandergesetzt und Lösungsvorschläge erarbeitet hat. Offenbar gibt es etwas. Jedenfalls sind wir aus den erwähnten Gründen, eben die Grundsätzlichkeit, dass man nicht einfach so eine Gruppe Leute von hüben nach drüben verschieben kann - es gibt auch ein friedliches Nebeneinander; solche Tage hat es auch gegeben - eigentlich gegen die Dringlichkeit.

Christian Wüthrich: Wir werden für die Dringlichkeit plädieren, weil wir eigentlich der Meinung sind, dass es schon ein längerfristiges Problem ist. Das Problem ist nicht die Friedlichkeit untereinander, sondern wir haben dort ein erhebliches Problem. Ich denke, gerade wenn die Badesaison beginnt. Das ist der Weg vieler Schulkinder, die zum Teil allein sind und Richtung Badi gehen und es ist ein Verkehrsweg. Wir haben schon mehrfach auf das Problem aufmerksam gemacht, dass auch aus Sicherheitsgründen dort Friktionen sein könnten. Wir sind gespannt, was uns vom Stadtrat angeboten wird und werden sicher dazu noch Fragen haben.

Beschluss

Mit 30 : 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 34/0

Prot.-Nr. 64

Integrationsarbeit in Olten, Leitbildprozess, Kreditfreigabe

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Bedeutung des Themas

Integration ist ein zentrales Thema einer sich entwickelnden Stadt. Betroffen ist die ganze Bevölkerung: Die ca. 26,5% der Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass, die Arbeitgeber der Region, die Schulen, alle Stellen und Ämter mit Publikumsverkehr sowie Vereine, Organisationen und Privatpersonen in verschiedenen Rollen und Aufgaben. Die Verhältnisse in Olten sind vergleichsweise überschaubar, doch sind – im Vergleich mit grösseren Städten und der Entwicklung im Ausland - mit einigen Jahren Verzögerung Tendenzen zu beobachten, die zu Sorge Anlass geben. Menschen mit Unterstützungsbedarf durch Sozialhilfe sind in der ausländischen Bevölkerung überproportional vertreten. Dasselbe gilt für Menschen mit Unterstützungsbedarf beispielsweise durch IV-Leistungen oder für Kinder und Jugendliche, deren Verhalten zu Problemen im schulischen Bereich und im Umfeld der Schule führen.

Die städtische Politik kann Integration nicht einfach anordnen oder mit Geld kaufen. Jedoch kann sie sinnvolle Anreize schaffen und positive Prozesse in Gang setzen. Für den Erfolg solcher Prozesse sind eine positive Grundhaltung, ein gemeinsamer Wille und persönlicher Einsatz, beginnend bei den höchsten politischen Stellen, über die Verwaltung bis zur gesamten Bevölkerung unabdingbar. Beispielsweise setzte sich in der Stadt Wil, einer Stadt mit vergleichbarer Grössenordnung wie Olten, die einen erfolgreichen Integrationsprozess durchführte, der Stadtpräsident und der Gesamtstadtrat mit Überzeugung für Integration ein. Entsprechend folgten alle betroffenen Verwaltungsstellen nach anfänglichem Widerstand und lernten im Rahmen des Prozesses das Thema kennen. Eine der Hauptwirkungen war die Sensibilisierung der politischen Entscheidungsträger und der Verwaltung.

Leitbildprozess und Leitbild sind nicht dasselbe. Das Leitbild ist letztlich das schriftlich festgehaltene Produkt eines Leitbildprozesses. Der Leitbildprozess bedeutet Arbeit. Arbeit wird von den verantwortlichen politischen Stellen geleistet. Arbeit wird in der Steuergruppe und in der Kerngruppe geleistet. Für die Projektkoordination vor Ort sind administrative Ressourcen bereit zu stellen. Die gesamte Verwaltung trägt mit Eigenleistung zum Gelingen des Leitbildprozesses bei.



2. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 7. Juli 2005 gab das Parlament die Ausrichtung der künftigen Integrationsarbeit vor:

- Variante b) umfassender Leitbildprozess
- Variante e) sprachliche Ausrichtung

An der Sitzung vom 8. Dezember 2005 überwies das Parlament mit 39 : 4 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, die Motion Stefan Nünlist und Mitunterzeichnende betr. Situationsanalyse Integration. In der Motion wird eine Situationsanalyse gefordert, „die Auskunft über den Stand der Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die in der Stadt und der Region bestehenden öffentlichen und privaten Integrationsangebote und Initiativen gibt“. In der Diskussion sprach der Motionär von einem Gesamtbild. Er wünschte sich Begeisterung beim Stadtrat für das Thema. Andere Stimmen forderten, „nicht mehr weiter zu stürmen“ und Mittel für konkrete Angebote frei zu geben. In Parlament und Stadtrat hätten alle ein unterschiedliches Verständnis (von Integration). Nach einem Sitzungsunterbruch erklärte Sozialdirektor Peter Schafer, „der Stadtrat würde alles daran setzen, den Leitbildprozess 2006 möglichst schnell und möglichst gut an die Hand zu nehmen“.

In das Budget 2006 wurden Fr. 90'000.-- aufgenommen, Fr. 40'000.-- für sprachliche Ausrichtung und Fr. 50'000.-- für die Situationsanalyse. Nach Überweisung der Motion Nünlist ist die Situationsanalyse in den Leitbildprozess zu integrieren und dieser nach Möglichkeit bereits im Jahre 2006 zu starten. Somit sind die Fr. 50'000.-- für den ersten Teil des Leitbildprozesses mit integrierter Situationsanalyse zu verwenden.

Das Parlament hat die Fr. 90'000.-- unter der Bedingung ins Budget aufgenommen, dass für die Umsetzung der Varianten b) und e) separate Berichte und Anträge an das Parlament erfolgen. Der Bericht und Antrag zur Umsetzung der Variante e) sprachliche Ausrichtung ist am 26. Januar 2006 vom Parlament debattiert worden. Mit 42 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung, gab das Parlament die Mittel im Betrag von Fr. 40'000.-- frei.

Dieser Bericht und Antrag befasst sich mit der Umsetzung der Variante b) Leitbildprozess unter Berücksichtigung der Forderungen der überwiesenen Motion betr. Situationsanalyse Integration und der Absichtserklärung des Stadtrates, den Leitbildprozess 2006 möglichst schnell und möglichst gut an die Hand zu nehmen.

3. Leitbildprozess: Grundlage für den Parlamentsbeschluss vom 7. Juli 2005

Die folgende Beschreibung der Variante b) umfassender Leitbildprozess aus dem Bericht Vogt vom 6. Mai 2005, „Bericht und Empfehlung betreffend Integrationsarbeit in Olten“, diente dem Parlament als Grundlage für die politische Vorgabe der künftigen Ausrichtung der Integrationsarbeit (Beschluss vom 7. Juli 2005):

Kurzbeschreibung
(Variante b)

Der Stadtrat erklärt eine offensive Integrationsarbeit zu einem seiner Schwerpunktziele für die laufende Legislatur.

Alle im Bereich Integration aktiven Organisationen, alle Direktionen der Stadtverwaltung und die Öffentlichkeit werden über die Relevanz der Integrationsarbeit informiert. Unterstützt durch eine externe Beratung wird ein breit angelegter Leitbildentwicklungsprozess initiiert. Darauf abgestützt erarbeitet der Stadtrat eine Strategie zuhanden des Gemeinderats. Die bewilligte Strategie wird unter der Federführung einer städtischen Direktion umgesetzt. Es werden der Strategie entsprechende

Massnahmen und Projekte realisiert.

Grundannahmen

Integration ist eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle Teile der Öffentlichkeit und der Verwaltung. Integrationsarbeit ist heute und mittelfristig relevant. Die öffentliche Hand sieht die Notwendigkeit, dafür die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Integrationsprojekte sind umso erfolgreicher, je mehr Wissen über deren Relevanz in der Bevölkerung vorhanden ist.

Integrationsarbeit und entsprechende Projekte können nicht einfach kopiert werden, sondern sollen entsprechend der spezifischen Situation in einer Gemeinde geplant und realisiert werden.

Der Prozess der Leitbildentwicklung hat zum Ziel, alle Beteiligten ins Boot zu holen und ihre Energien auf gemeinsame Ziele auszurichten (es ist allen Beteiligten klar, dass der Inhalt des Leitbildes sich kaum von denjenigen anderer Städte unterscheiden wird).

Die Kosten für die Integrationsarbeit werden durch eine Reduktion der negativen Folgekosten mehr als neutralisiert.

Strukturelle Konsequenzen (Verwaltung/Politik)

Der Stadtrat beauftragt eine externe Projektleitung mit dem Auftrag, einen Leitbildentwicklungsprozess im Rahmen von 12 Monaten zu realisieren (analog Wil). Er verpflichtet alle Ämter zur Partizipation und motiviert themennahe Organisationen (Kirchen, Hilfswerke, Gewerbe, Vereine, etc.) zum Mitmachen.

Die Ressourcen für die Integrationsarbeit werden während einer Laufzeit von zwölf Monaten konzentriert für den Leitbildprozess eingesetzt.

Operative Konsequenzen

Wahl einer externen Projektleitung. Bestimmen einer Direktion als intern verantwortliche Koordinationsstelle.

Bereitstellen von angemessener Sekretariatskapazität.

Leitbildentwicklung in Jahresfrist unter Mitwirkung aller Direktionen. Darauf abgestützt Formulieren einer Strategie und eines Massnahmenplans.

Systemische Konsequenzen

Durch die Deklaration des Stadtrates „Integration ist eine relevante Aufgabe“ und die breite Leitbildentwicklung soll eine grosse Zahl Interessierter, die im Bereich tätigen Organisationen und Kirchen sowie die gesamte Verwaltung in die Verantwortung für eine wirksame Integrationsarbeit einbezogen werden.

Die Leitbildentwicklung der Stadt Olten wird laufend mit den Instanzen des Kantons und des Bundes abgestimmt. Einerseits soll dadurch die Wirkung der eigenen Arbeit verstärkt und die Finanzierung der eigenen Projekte auf unterschiedliche Instanzen verteilt werden.

Signalwirkung

Professionelle umfassende Integrationsarbeit ist eine zentrale Voraussetzung, damit Olten eine attraktive Stadt bleibt.

Der Stadtrat wird zum Zugpferd der Anliegen. Aber alle Instanzen in der Stadt tragen eine Mitverantwortung.

Erfolgreiche Integrationsarbeit braucht ein fundiertes, in ähnlichen Städten realisiertes Vorgehen.



Erwartete Wirkung
(Annahmen)

Die Leitbildentwicklung wird durch das bereits mehrfach bewährte Vorgehen relativ reibungslos verlaufen.

Integrationsarbeit wird als gesamtstädtische Aufgabe wahr genommen. Die Wichtigkeit geglückter Integration für das Zusammenleben Aller in der Stadt wird von zusätzlichen Stellen erkannt.

Über die Leitbildentwicklung und ein kontinuierliches zielorientiertes Vorgehen werden Kontakte zu den zentralen Akteuren der Integrationsarbeit aufgebaut.

Projekte, welche im Anschluss an die Leitbildentwicklung durchgeführt werden, sollen durch die Abstimmung mit den umliegenden Instanzen wirksamer und für die Stadt kostengünstiger realisiert werden können.

Vorteile

- Erprobtes Vorgehen (bis Ende Leitbildprozess)
- Synergiepotential
- Nachhaltigkeit
- Mittelfristige Kostenreduktion durch Abnahme negativer Folgeerscheinungen vorab dann, wenn aus der Leitbildentwicklung spezifische Massnahmen und Projekte abgeleitet und realisiert werden.
- Einbezug der Verwaltung

Nachteile

- Geringe unmittelbare Wirkung
- Materielle Schwächung operativer Projekte während der Leitbildentwicklung
- Einbezug der Verwaltung
- Know-how Abfluss am Ende der Leitbildentwicklung
- Schritt von der Leitbildentwicklung zur Realisation der Massnahmen schwierig

Weitere Überlegungen

Region in Leitbildentwicklung miteinbeziehen.

Lobbyarbeit bei nationalen Parlamentariern für eine Ausrichtung der EKA Leitlinien entsprechend den Bedürfnissen der Stadt.

Lobbyarbeit bei Kantonalen Parlamentariern für eine Ausrichtung der Integrationsarbeit des Kantons auf die Bedürfnisse der Stadt.

Verbindung zur
bisher geleisteten
Integrationsarbeit in der
Stadt Olten

Mittel

Kosten

Kurzfristig: Steigend
Mittelfristig: Stabil

4. Konkretisierung des Leitbildprozesses: Auswahl eines externen Beraters, Offerte

Auf Empfehlung des Integrationsbeauftragten von Basel, Herrn Thomas Kessler, hat die Sozialdirektion mit Herrn Kenan Güngör, Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung, Kontakt aufgenommen. Herr Güngör hat über sein Büro „base“ eine Offerte für die Durchführung eines Leitbildprozesses eingereicht. Einen vergleichbaren Leitbildprozess hat er bereits in der Stadt Wil mit grossem Erfolg durchgeführt. Herr Kenan Güngör weist sich über erfolgreiche Integrationsarbeit in einer Stadt mit vergleichbarer Grössenordnung aus. Seine



Offerte ist diesem Bericht und Antrag als Beilage angefügt. Für weitere Referenzen über Herrn Kenan Güngör verweisen wir auf das Kurzporträt im Anhang seiner Offerte.

Die Offerte von Herrn Kenan Güngör, Büro für Angewandte Sozialforschung und Entwicklung, konkretisiert die Umsetzung der Variante b).

Bausteine des Leitbildprozesses sind:

- Konzeptionierung
- Organisationsaufbau
- Situationsanalyse
- Sektorale Arbeitskreise / Massnahmenentwicklung
- Leitbilderstellung
- Projektmanagement

In der Projektorganisation sind eine strategische Steuergruppe mit politischen Entscheidungsträgern, eine Kernarbeitsgruppe mit dem externen Projektleiter, dem Verwaltungsleiter Sozialdirektion und der für die administrative Projektkoordination vor Ort betrauten Person und verschiedene Schwerpunktbereiche vorgesehen.

In der strategischen Steuerungsgruppe soll die politische Führung stark vertreten sein. Die Verwaltung ist zur Mitarbeit zu motivieren und zu verpflichten. Die Mitarbeit in den verschiedenen Arbeitskreisen wird die betroffenen Verwaltungsabteilungen zusätzlich belasten. Die entsprechenden intern zu leistenden Stunden sind in der Offerte nicht aufgeführt. Die Mitarbeit in der Kernarbeitsgruppe wird insbesondere die Verwaltungsleitung der Sozialdirektion belasten. Für die Projektkoordination vor Ort sind ca. 600 Arbeitsstunden einzuplanen, diese werden verwaltungsintern abgedeckt.

Die Situationsanalyse wird vorgezogen und nach Möglichkeit im Jahre 2006 erfolgen. Nach der Situationsanalyse wird ein Meilenstein eingebaut. Das Zwischenergebnis wird dem Parlament zur Kenntnis gegeben. Der Prozess wird danach nur mit dem Einverständnis des Parlamentes weiter geführt.

Für die Details der geplanten Umsetzung verweisen wir auf die beiliegende Offerte.

5. Kosten

Der Gesamtaufwand für den Leitbildprozess mit integrierter Situationsanalyse wird mit Fr. 123'740.-- veranschlagt. Der Stadtrat hat für das Jahr 2006 Fr. 50'000.-- für eine Bestandesanalyse budgetiert. Mit diesen Mitteln kann das Projekt bis zum 1. Meilenstein des Leitbildprozesses mit integrierter Situationsanalyse im Jahre 2006 finanziert werden. Die restlichen Kosten von Fr. 73'740.-- werden in die Budgets der Jahre 2007 und 2008 aufgenommen.

6. Umsetzung

Mit der Freigabe der budgetierten Mittel durch das Parlament wird die erste Phase des Leitbildprozesses bis zum Meilenstein ausgelöst. Soweit bereits notwendig wird die Organisation aufgebaut. Die Situationsanalyse wird unter Beizug der Fachhochschule Solothurn-Nordwestschweiz durchgeführt. Die Ergebnisse der ersten Phase werden dem Parlament vorgelegt (Meilenstein). Sofern das Parlament sein Einverständnis erteilt, wird danach die eigentliche Leitbildphase mit den verschiedenen Arbeitskreisen durchgeführt.

7. Stellungnahme der Kommission für Integration

Die Kommission für Integration unterstützt das Vorgehen.

Beschlussesantrag:

1. Das Parlament nimmt den Kostenumfang des Projektes von Fr. 123'740.--, verteilt auf die Budgetjahre 2006, 2007 und 2008, zur Kenntnis.
2. Die für Leitbildprozess/Situationsanalyse budgetierten Mittel von Fr. 50'000.-- (Konto 580.365.04) werden zur Verwendung gemäss vorliegender Offerte bis zum Erreichen des 1. Meilensteins frei gegeben.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Marion Bachmann: In der GPK sind zum vorliegenden Geschäft sehr kontroverse Meinungen diskutiert worden. Es hat sozusagen drei unterschiedliche Haltungen gegeben. Erstens hat es Mitglieder gehabt, die den vorgeschlagenen Weg als richtig eingestuft und das Gefühl haben, so könnte man endlich einmal einen konkreten Schritt vorwärts tun. Zweitens ist plötzlich auch wieder der Wunsch im Raum gestanden, die Situationsanalyse wieder völlig vom Leitbildprozess abkuppeln zu wollen und erst nach dem Meilenstein über das weitere Vorgehen zu diskutieren. Drittens ist auch die klare Einzelhaltung vertreten gewesen, welche diese Form von Integrationsarbeit per se konsequent ablehnt. Die Offerte und Vorlage als solches sind als umfassend, klar und transparent eingestuft worden und auch nicht in Frage gestellt gewesen. Herr Güngör als Verfasser der vorliegenden Papiere ist uns für Fragen und detaillierte Ausführungen zur Verfügung gestanden. Im Beschlussesantrag sind dann die doch sehr unterschiedlichen Parteihaltungen zum Thema Integration zum Tragen gekommen und obwohl immer wieder vom sogenannten gemeinsamen Nenner gesprochen worden ist, hat die GPK diesen im vorliegenden Geschäft nicht wirklich gefunden. Trotzdem ist der Beschlussesantrag mit 5 : 1 Gegenstimme bei 3 Enthaltungen angenommen worden.

Stadtrat Peter Schafer: Ich freue mich, dass wir heute Abend den vom Parlament geforderten Bericht und Antrag betreffend Leitbildprozess mit integrierter Situationsanalyse und externer Leitung behandeln können. Für Fachfragen stehen Ihnen Herr Hans Peter Müller, Vorsitzender der Verwaltungsleitung der Sozialdirektion, und Herr Kenan Güngör, vorgesehener externer Leiter, zur Verfügung. Zur Ausgangslage: Am 7. Juli 2005 hat das Parlament, haben Sie über die künftige Ausrichtung der Oltners Integrationspolitik entschieden. Sprachliche Angebote sollen unterstützt und ein umfassender Leitbildprozess mit externer Leitung soll durchgeführt werden. Das Parlament hat es damals explizit abgelehnt, eine integrationsbeauftragte Person anzustellen, einzelne Projekte oder Massnahmen über Leistungsaufträge an Dritte zu vergeben oder gar keine Integrationsarbeit zu leisten. All dies haben Sie damals abgelehnt. Am 8. Dezember 2005 hat das Parlament die Motion von Stefan Nünlist überwiesen, die eine Situationsanalyse im Integrationsbereich verlangt. Er möchte den Stand der Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen kennen und Auskunft haben über den Stand und die Angebote der verschiedenen bestehenden öffentlichen und privaten Integrationsangeboten und -initiativen. Am Schluss dieser Debatte ist unwidersprochen geblieben, dass der Leitbildprozess

im Jahr 2006 gestartet werden soll und die Situationsanalyse ein wichtiger Bestandteil davon ist. Bei den verschiedenen Debatten im Gemeindeparlament ist immer wieder sehr kontrovers argumentiert worden. Erstaunlicherweise sind jedoch die verschiedenen Abstimmungen sehr deutlich ausgefallen. Ich halte die beiden massgebenden Entscheide, die mit dieser Vorlage umgesetzt werden sollen, noch einmal fest. Das Parlament will einen Leitbildprozess mit externer Leitung. Das Parlament will eine Situationsanalyse zum Stand der Integration der ausländischen Bevölkerung. Der Stadtrat seinerseits ist motiviert, die beiden Entscheide des Parlaments möglichst bald umzusetzen. Im Budget 2006 sind Fr. 90'000.-- im Integrationsbereich reserviert. Davon sind Fr. 40'000.-- für die sprachliche Ausrichtung - diesem Geschäft haben Sie bereits zugestimmt - und Fr. 50'000.-- für den Leitbildprozess mit integrierter Situationsanalyse und externer Leitung vorgesehen. Wie ein solcher Leitbildprozess mit externer Leitung durchgeführt wird, ist im Bericht und Antrag ausführlich dargelegt. Genau die gleiche Darlegung ist die Grundlage gewesen für Ihren Entscheid vom 7. Juli 2005. Kurz möchte ich einzelne Punkte daraus hervorheben. Der Stadtrat erklärt eine offensive Integrationsarbeit zu einem Schwerpunkt für die laufende Legislatur. Alle im Bereich Integration aktiven Organisationen, alle Direktionen der Stadtverwaltung und die Öffentlichkeit werden über die Relevanz der Integrationsarbeit informiert. Unterstützt durch eine externe Leitung wird ein zweijähriger Leitbildentwicklungsprozess initiiert. Nicht das Leitbild ist das Ziel, sondern der Weg dorthin. Darauf abgestützt erarbeitet der Stadtrat eine Strategie zu Händen des Gemeindeparlaments. Die bewilligte Strategie wird unter Federführung einer Direktion umgesetzt. Es werden der Strategie entsprechende Massnahmen und Projekte umgesetzt. Man muss sich bewusst sein, dass ein solches Projekt viele Arbeit gibt und entsprechende Ressourcen einzuplanen sind. Auf Empfehlung des Integrationsbeauftragten in Basel hat die Sozialdirektion mit Herrn Kenan Güngör Kontakt aufgenommen. Er hat über sein Büro base eine Offerte eingereicht. Meines Wissens ist er die einzige Person, die über entsprechende Erfahrung betreffend Leitbildprozess im Integrationsbereich verfügt. In der Beilage liegt ein Kurzporträt vor. Daraus können Sie seinen Leistungsausweis ersehen. Die von ihm eingereichte Offerte liegt ebenfalls bei. Er sieht vor, eine Situationsanalyse zu erstellen und den Leitbildprozess darauf aufzubauen. In der Offerte kann auf einzelne Punkte eingegangen werden. Herr Güngör ist heute Abend anwesend und kann für Fachfragen beigezogen werden. Noch eine aktuelle Information zum Kanton Solothurn: Im kantonalen Sozialbericht ist das Thema Migration nur kurz abgehandelt. Der Kanton plant jetzt die Situationsanalyse im Bereich Integration aus kantonomer Sicht. Diese Analyse erfolgt aufgrund der Daten des Sozialberichts und aufgrund weiterer Berichte, unter anderem aus anderen Kantonen. Wir haben mit dem kantonalen Integrationsdelegierten, Herrn Albert Weibel, gesprochen. Die Berichte werden sich ergänzen. Der kantonale Bericht beschreibt die Situation aus der Sicht der übergeordneten Ebene. Der städtische Bericht befasst sich vertieft mit der Situation Olten, wie dies der Motionär ja gewünscht hat. Der Kanton und Herr Güngör würden in diesem Bereich mit der Fachhochschule Solothurn-Nordwestschweiz zusammenarbeiten. Der Abschluss der beschriebenen Situationsanalyse bildet einen Meilenstein. Die Resultate daraus werden dem Parlament zur Kenntnis gebracht und es kann nachher über die Fortsetzung des Leitbildprozesses erneut befinden. Der Stadtrat beantragt Ihnen mit diesem Bericht und Antrag, die für das Jahr 2006 budgetierten Mittel in der Höhe von Fr. 50'000.-- für die erste Tranche des Leitbildprozesses unter externer Leitung und der Situationsanalyse freizugeben. Die für die Fortsetzung des Leitbildprozesses benötigten Mittel werden zur Kenntnisnahme genannt. Ich möchte mich an dieser Stelle noch bei den Fraktionspräsidien und Stefan Nünlist für die gute Zusammenarbeit bedanken. Ich habe nämlich die Vorlage vorgängig zur Vernehmlassung weitergeleitet und Rückmeldungen frühzeitig erhalten. Sehr verehrte Damen und Herren, ich bin nach wie vor der Auffassung, dass der vorgeschlagene Leitbildprozess unter externer Leitung absolut notwendig ist und die Integrationsthematik und was jeder und jede von uns darunter versteht gemeinsam angegangen werden kann. Nur so kommen wir zu einem gemeinsamen Nenner und nur so setzen wir Leitplanken. Danke für die Aufmerksamkeit.

Rolf Sommer: Ich habe bei der Vernehmlassung mitgemacht und einige Stunden investiert. Ich

habe mich auch von der Stadt Wil informieren lassen, die hier einige Mal erwähnt worden ist. Ich habe es durchgelesen und angesehen. Die SVP hat sich an der Fraktionssitzung sehr eingehend mit der Integrationsarbeit in Olten befasst. Sie wird den Bericht und Antrag zurückweisen und auf Nichteintreten plädieren. Die Begründungen sind ganz klar. Der Bericht ist einseitig und stimmt so nicht. Als Beispiel zitiere ich: "Die Stadt Wil, die einen erfolgreichen Integrationsprozess durchführte..." Ich habe mir Zeit genommen und habe mich in der Stadt Wil von Parlamentariern und auch der Bevölkerung informieren lassen. Sie sind alle negativ eingestellt. Ich habe noch eine Verbindung zu Olten gefunden. Ein Herr Plotke wohnt heute in Wil und seine Lebenspartnerin ist Stadträtin der Stadt Wil. Es hat hier irgendeine Verbindung, Connection, gegeben. Ich kann einige Muster aus diesem Leitbild erzählen. Es gibt 32 Massnahmen, die zusammengezogen, aufsummiert 1,1 Millionen Franken kosten. Massnahme 1, Koordination und Fachstellen für Integration: Fr. 120'000.-- jährlich. Massnahme 2, Integrationskommission: Jährlich Fr. 10'000.--. Öffentlichkeitsarbeit: Jährlich Fr. 20'000.--. Vermittlung und Inhalt Aktivitäten, Vermittlung von Informationen an einheimische Bevölkerung zu kulturellen und religiösen Hintergründen von Zugewanderten. Also man muss der einheimischen Bevölkerung, das heisst den Schweizern Informationsmaterial abgeben, damit man weiss, dass man sie integrieren kann. Massnahme 4, Kommunikationsmittel: Jährlich Fr. 10'000.--. Ressortübergreifende Arbeitsgruppen zur Integrationsförderung: Jährlich Fr. 10'000.--. Begrüssung und Begleitung von Neuzugezogenen, Inhalt Aktivitäten ist immer ein Schwerpunkt, Begleitung der Migrant/-innen, Informationen über Rechte und Pflichten, Unterstützung bei Stellen- und Wohnungssuche, Information über Vereinsaktivitäten etc., etc. Massnahme 7, Förderung der politischen Rechte: Förderung des lokalen Stimm- und Wahlrechts für niedergelassene Personen mit der Niederlassungsbewilligung C. Massnahme 8, Ausrichtung der Schulpolitik nach dem Ressourcen-Ansatz anstelle der Defizitorientierung. Es ist wahnsinnig, was hier geschrieben wird, was das kostet. Da müssen wir uns bewusst sein: Wir haben Schulhaus, Familienbetreuung. Alles kostet einige zehntausend Franken. Schaffung von Tagesstrukturen an Schulen: Jährlich Fr. 750'000.--. Massnahme 22 geht soweit, dass man in der Bauzone fast eine Integrationszone macht und Zonen mit Mehrfamilien- und Einfamilienhäuser fördert, damit man dort eine Durchmischung erhält. Das heisst "Förderung der sozialen und baulichen Durchmischung. Durchmischung anstreben durch Überbauungs- und Zonenpläne, Verhandlung mit Eigentümern und Investoren. In allen Quartieren werden Bauzonen für Einfamilienhäuser und Mehrfamilienhäuser ausgeschieden. Aktive Beteiligung der Stadt am Immobilienmarkt im Rahmen der Stadtplanung". Im Ganzen braucht es in der Stadt Wil acht Kommissionen mit 123 Personen, die hier involviert sind, dazu. Meine Damen und Herren, ich habe mich sehr intensiv damit beschäftigt und ich glaube nicht daran. Wenn man dies will, muss man einfach am Schluss sagen, die schweizerische Bevölkerung ist integriert. Olten heisst nicht mehr Olten, sondern Oltenic oder Oltöc etc., wie man so etwas nennen könnte. Liebe Stadträte, kommt endlich zurück auf den Boden. Macht kleine Schritte. Sagt endlich der Bevölkerung die Wahrheit. Wenn das Parlament wirklich meint, es müsse dieser Vorlage zustimmen, wird die Bevölkerung gar kein Verständnis mehr haben. Denn für die Bevölkerung der Stadt Olten macht man relativ wenig. Ich mache sehr wahrscheinlich sehr viel für die Integration. Ich bin sehr häufig im Vögelgarten und spreche mit diesen Leuten. Ich bin im Wildpark Mühletäli, spreche mit diesen Leuten und versuche, das Verständnis zu haben und auch auf die Problematik hinzuweisen. Man muss den Kontakt mit dieser Bevölkerung suchen, nicht von den Behörden irgendwo im 7. oder 8. Stock oben aus. Also Hände weg von diesem Leitbildprozess. Mit Konzepten und Expertisen hat man überhaupt noch niemanden integriert in der Stadt Olten. Man muss dies real erleben und tagtäglich mitmachen. Die SVP wird den ganzen Bericht zurückweisen.

Candidus Waldispühl: Ich habe einen etwas schwierigen Standpunkt, jetzt gerade nach Dir, Rolf, zu sprechen, weil ich natürlich auch sagen könnte, es sind 37 und nicht 31 Massnahmen gewesen. Dies könnte ich Dir zum Beispiel sagen. Ich könnte Dir auch sagen, Du hast jetzt eine spezifische Auswahl getroffen von speziell finanzkräftigen Massnahmen. Es ist ja völlig klar, dass viele Massnahmen eigentlich gar nichts kosten. Wir bewilligen die Gelder für das Projekt

und alles, was finanzwirksam ist. Hier kann ja das Parlament jederzeit wieder darüber bestimmen. Ich sehe eigentlich das Risiko, das wir hier eingehen, nicht. Ich denke auch, es ist natürlich sehr stark von den Partnern der Stadt abhängig, welche konkreten Massnahmen dann nachher zum Zug kommen. Gestatten Sie gleichwohl, dass ich mein vorbereitetes Skript jetzt lese. Ich spreche aber jetzt nur für den grünen Teil unserer Fraktion und nicht für die Jungen Alternativen, die ihre Position nachher selber vorstellen werden. Die Grüne Fraktion dankt für die rasche Umsetzung dieser Wünsche des Parlaments und auch der Motion von Stefan Nünlist. Wenn man das Votum von Iris Schelbert bei der letzten Diskussion hervorhebt, sieht man, dass sie Angst gehabt hat, es werde viel Papier erzeugt. Wichtig seien aber Taten. Wir sagen auch jetzt, angesichts dessen, dass doch einiges an Papier erzeugt wird, dann halt aber im Interesse der ganzen Stadt und auch des Konsenses, den wir hier in diesem Gemeindeparkament gefunden haben, wir unterstützen alle Bemühungen, um das Projekt auch verzögerungsfrei durchzuführen zu können. Wir sind ja immer etwas skeptisch gewesen gegen diese Situationsanalyse. Es gibt auch viele Papiere, zum Beispiel vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, das ein Papier über Förderung der Integration bis zum Jahr 2007 herausgegeben hat. Es ist ein Schwerpunktprogramm und eigentlich liegen ja eine Situationsanalyse und die Folgerungen schon vor. Es müsste also in dieser Stadt Olten nicht neu erfunden werden. Man kann umgekehrt auch sagen, das Projektrisiko ist klein, wenn schon relativ genau vorliegt, wohin das Projekt gehen soll. Der Vorteil ist auch, dass die konkreten Massnahmen des Bundes, die übrigens alle praktisch nichts kosten. Ich kann Dir, Rolf Sommer, das Papier nachher gerne geben. Der Bund unterstützt solche Projekte auch. Ich denke, man könnte dann auch als Stadt Olten unser Projekt beim Bund eingeben und dort zusätzliche Unterstützung zur Entlastung unserer finanziellen Ressourcen erhalten. Integrationsarbeit ist immer ganz konkret und erfolgt immer von Person zu Person. Sie kann nur dann Fortschritte und Erfolg vorweisen, wenn genügend Personen und Institutionen sich engagiert ans Werk machen. Der Stadtrat sieht dies genau so, wie man im Bericht und Antrag nachlesen kann. "Für den Erfolg solcher Prozesse sind eine positive Grundhaltung, ein gemeinsamer Wille und persönlicher Einsatz beginnend bei den höchsten politischen Stellen über die Verwaltung bis zur gesamten Bevölkerung unabdingbar". Diese Aussage des Stadtrates über sich selber kann bedeuten, dass er bereit ist, sich unter allen Umständen für die Integration einzusetzen. Das würde auch dem Ziel 4 des stadträtlichen Regierungsprogramms vom letzten Sommer entsprechen und das wäre auch sehr optimal für das Projekt, das wir angehen wollen. Es gibt leider auch Zeichen stadträtlicher Unsicherheit im Bericht und Antrag. Auf Seite 4 sind diese Befürchtungen ausgedrückt: "Know-how-Abfluss am Ende der Leitbildentwicklung, Schritt von der Leitbildentwicklung zur Realisation der Massnahmen schwierig". Dass der Stadtrat diese Befürchtungen als Nachteil in den Bericht aufgenommen hat, ist schwer nachzuvollziehen. Das ist ja gerade ein zentraler Punkt, den uns Herr Güngör in der GPK vorgestellt hat, dass die lokalen Akteure eingebunden werden sollen und Schwerpunkt dieses Projekts ist auch, dass wohl der Projektleiter da ist, dies aber mit der Zeit natürlich durch die lokalen Akteure und die lokalen Personen abgelöst werden soll. Integrationsarbeit kommt also nur weiter, wenn sie Chefsache ist. Die Ideen und Einstellung des Stadtrates wird der Massstab für viele sein, wie sie sich selber im Umgang mit unseren Mitbewohnern und Mitbewohnerinnen aus anderen Ländern verhalten sollen. Wir ärgern uns oft mit Recht über die Rolle der Frauen bei gewissen Gruppen von Ausländern und Ausländerinnen. Frauen, die nicht selber einkaufen dürfen in der Stadt. Junge Männer, die bereits im schulischen Alter über ihre Schwestern bestimmen. Leider sind auch in unserem Land die Frauen noch in vielen Bereichen gegenüber den Männern benachteiligt. Es ist aus diesem Grund unverzichtbar, dass das geplante Projekt unter dem Aspekt des Gender Main Streaming durchgeführt werden soll. Gender Main Streaming meint, dass Männer wie auch Frauen gleicherweise an der Leitung partizipieren und gleichermassen auch vom Projekt profitieren sollen. Gerade im Hinblick auf die besondere Förderung der Frauen aus anderen Kulturkreisen ist es unerlässlich, dass Frauen im Projekt eine wesentliche Rolle spielen und ihre Ideen einbringen können. Der kritische Erfolgsfaktor ist der Stadtrat. Die Frage ist, ob es ihm gelingt, die geplante Integrationsarbeit zur Chefsache zu machen. Der Prozess des Aufbaus, der Akteure, den wichtigsten Schwerpunktbereichen ist für uns das

Wichtigste des geplanten Projekts. Wünschenswert wäre es auch, dass sich im Verlauf dieses Projekts eine Person herauskristallisieren würde, die als Exponentin der Stadt im Bereich der Integrationsarbeit federführend werden könnte. Gleichgewichtige Vertretung von Frauen und Männern in der Projektleitung bedeutet den Verzicht eines der vorgesehenen Männer zu Gunsten der Frau. Durch die Zwischenbeurteilung des Projekts durch das Gemeindeparlament schaffen wir einen Unterbruch des Projekts, der für die Beteiligten durchwegs negative Folgen hat. Wir sind also nicht besonders begeistert von der Idee dieses Meilensteins. Aber ich denke, das ist jetzt der Kompromiss, den wir in diesem Gemeindeparlament erreichen können. Die neuen Lieblingsfeinde der Schweizer sind Muslime und Musliminnen, wie im OT vom Dienstag zum internationalen Tag des Rassismus hat nachgelesen werden können. Wir brauchen also die Integrationsarbeit nicht nur für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer, sondern dringend auch für uns, um uns Schweizer und Schweizerinnen selber vor Rassismus und vor Ungerechtigkeit schützen zu können. Die Grünen schlagen Ihnen vor, auf die Vorlage einzutreten. Wir werden die Anträge des Stadtrates unterstützen, natürlich in Erwartung, dass unsere eigenen Schlussfolgerungen bei der Realisierung des Projekts berücksichtigt werden.

Heidi Ehram: Die CVP/EVP-Fraktion hat den vorliegenden Bericht und Antrag ebenfalls ausführlich diskutiert. Der Bericht mit seinen Beilagen ist transparent. Besonders positiv finden wir in der Offerte die Arbeitszeitkalkulation und den Zeit- und Verlaufsplan, wenn auch noch Anpassungen an das Vorgehen, wie es im Antrag formuliert ist, gemacht werden müssen. Hingegen ist uns die Offerte im Bezug auf die Kosten für die Situationsanalyse noch nicht so ganz klar oder etwas zuwenig konkret. In unserer zum Teil kontrovers verlaufenen Diskussion haben wir uns vor allem mit den nötigen Eigenleistungen der Verwaltung, mit dem Umfang des Leitbildprozesses, mit dem Sinn und Zweck des Meilensteins und mit der externen Begleitung des Prozesses und der Bestandesanalyse beschäftigt. Wichtig ist uns für den Weiterverlauf, dass, wie es im Antrag steht, die Situationsanalyse vorgezogen wird und nachher ein Meilenstein eingebaut ist. Überhaupt versprechen wir uns einiges von der differenzierten Situationsanalyse, so auch kompetente Aussagen über den Bedarf nützlicher Massnahmen, wie es sich auch im Bericht Künzli bei der sprachlichen Integration ergeben hat. Der Meilenstein als erste Etappe des ganzen Prozesses soll unserer Meinung nach nicht nur eine Pro-Forma-Übung werden, sondern mit den Fakten der Situationsanalyse und den ersten Ergebnissen des Leitbildprozesses noch einmal die Diskussion über den Umfang der eigentlichen Leitbildphase mit den Arbeitskreisen auslösen. Als richtig erachten wir, dass die Bestandesanalyse des Kantons und der Stadt von der gleichen Stelle gemacht werden. Klar ist uns auch, dass der Leitbildprozess vor Ort stattfinden muss und es nicht damit gemacht ist, ein Leitbild einer vergleichbaren Stadt zu übernehmen. Die Wichtigkeit von Integration in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist bei uns unbestritten. Deshalb sind wir der Meinung, dass der vorgeschlagene Weg jetzt begangen oder jedenfalls sicher begonnen werden soll. Dies obwohl die Stimmung in unserer Fraktion noch sehr skeptisch ist, ob es gelingen wird, mit dem breit angelegten Leitbildprozess, der viele verwaltungsinterne und finanzielle Ressourcen fordert, das angestrebte Ziel des Bewusstseinsprozesses mit nachhaltiger Wirkung zu erreichen. In diesem Sinn ist die CVP/EVP-Fraktion für Eintreten und wird dem Beschlussesantrag zustimmen. Zu den Ausführungen von Rolf Sommer möchte ich sagen, dass wir ja dann wieder die Chance haben, über die Massnahmen beschliessen zu können. Vielleicht ergibt auch die Situationsanalyse, dass wir nicht soviel Defizit haben wie die Stadt Wil. Das möchten wir doch immerhin jetzt wissen und deshalb diesen Weg begehen.

Heinz Eng: Die FDP-Fraktion hat den vorliegenden Bericht und Antrag eingehend geprüft und diskutiert und möchte wie folgt Stellung dazu nehmen: Der Stein der Integration ist mit der Kreditfreigabe für die sprachliche Ausrichtung ins Rollen gekommen. Mit dem vorliegenden Beschlussesantrag rollt dieser Stein weiter. Für die FDP rollt er nicht nur weiter, sondern rollt auch in die richtige Richtung. Die Motion Nünlist fordert eine Situationsanalyse mit den Integrationseckdaten über den Integrationsstand, die städtischen und regionalen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowie über bereits bestehende öffentliche und private

Integrationsangebote. Die in Rede stehenden Fr. 50'000.-- sind für den ersten Teil des Leitbildprozesses und mit der integrierten Situationsanalyse zu verwenden. Gemäss Offerte über die Entwicklung des Integrationsleitbildes für die Stadt Olten würden diese Bestandesanalysen in Auftrag mit der Fachhochschule Nordwestschweiz durchgeführt. Damit ist beabsichtigt, die wissenschaftliche Begleitung des Prozesses sicherzustellen. Unter anderem erwähnenswert bei diesem Vorgehen ist auch die breite Abstützung und die Einbindung aller Akteure. Im Weiteren sticht positiv hervor, die Bereitschaft und der Wille der Verwaltung zu einer grossen Eigenleistung. Die Massnahmenentwicklung im Integrations-bereich soll sich zudem in Workshops unter Einbezug der Beteiligten herauskristallisieren. Die FdP anerkennt auch die Festlegung des ersten Meilensteins. Dieser Marschhalt soll zur Überprüfung der Stossrichtung dienen und eine breite Auslegeordnung zulassen. Die Stadt Olten wird nach Erreichen dieses ersten Meilensteins im Integrationsbericht erstens über einen Integrationsbericht, zweitens über eine ausgewertete Situationsanalyse, drittens über ein adäquates Leitbild und viertens, last but not least, über bereits operationelle sprachliche Angebote verfügen. Ob dann gestützt auf die vier Elemente sich für eventuell weitere Umsetzungsmassnahmen zusätzlich Kosten mit externer Unterstützung, Beratung usw. aufdrängen, muss jetzt absolut offengelassen werden. Mit der nun an den Tag gelegten grossen Eigenleistung der Verwaltung und im Rahmen der Kommissionsarbeit kann sich noch das eine oder andere selber angepackt werden. Es ist somit falsch, von der Annahme auszugehen, dass Ziffer 1 des Beschlussesantrages automatisch den Gesamtbetrag für die Budgetauslösung der Jahre 2007 und 2008 präjudiziert. Ziffer 1 dient einzig und allein der Kenntnisnahme eines möglichen Gesamtszenarios. Die FdP bittet deswegen um die Erstellung des Integrations-Zwischenberichts vor dem Budgetrapport 2007. Unser Fazit: Die FdP-Fraktion ist sich des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses durch die bestehenden verschiedenen Bevölkerungsgruppen klar bewusst. Integrationsarbeit geht uns alle an. Die FdP-Fraktion bekennt sich unmissverständlich zu einem gezielten und klaren Integrations-prozess in Olten. Sie wird an vorderster Front helfen, diesen mitzugestalten. In diesem Sinne ist die FdP-Fraktion für Eintreten und wird dem Beschlussesantrag zustimmen.

Werner Good: Die SP-Fraktion unterstützt den Bericht und Antrag des Stadtrates, weil er für uns klar ist, konkret und die Umsetzung der Beschlüsse des Parlaments, die wir im Juli und Dezember gefasst haben, auch vorsieht. Es ist ein Leitbildprozess mit Integrationsprozess in Olten, wo am Anfang die Situationsanalyse eingebunden ist. Der Stadtrat hat aufgenommen, was wir seit Jahren fordern und er hat auch aufgenommen, was immer wieder in den letzten Diskussionen zu Tage getreten ist, dass uns eine Grundlage gefehlt und zu wirren Situationen geführt hat. Wir brauchen eine gute Grundlage, um auch eine gemeinsame, möglichst breit abgestützte Strategie für die Integration entwickeln zu können. Diese Grundlage sollte zweitens möglichst auf die Situation in Olten ausgerichtet sein. Das hat mir gerade das Votum von Rolf Sommer gezeigt, dass man nicht einfach irgend ein Leitbild übernehmen kann, sondern dass man sich eben auf das stützen muss, wo es nachher gebraucht würde, und das ist die Stadt Olten und nicht die Stadt Wil. Es braucht drittens eine fundierte Unterlage. Wir müssen dafür Geld sprechen und wir sprechen heute in diesem Sinne Fr. 123'000.--. Aber wir haben eine Kostenwahrheit, welche dies aufzeigt. Der gesamte Bericht und Antrag würde bis zu Fr. 123'000.-- kosten. Der Stadtrat legt einen umfassenden und fundierten Bericht und Antrag vor. Er zeigt die ganze Breite auf. Es entspricht der Kostenwahrheit, die das Parlament immer wieder fordert. Ich möchte auch noch etwas zum Meilenstein sagen. Wir haben in einer ersten Phase Mühe gehabt, sehen es aber heute als eine Standortbestimmung. Wir sehen, dass in diesem Prozess ein Zwischenhalt gebraucht wird, der es uns erlaubt, auch Kurskorrekturen für das weitere Vorgehen vorzunehmen, also ein Mitspracherecht des Parlaments für die weitere Arbeit. Die Vorlage denkt ganzheitlich und das ist integrativ. Sie will nicht nur Zahlen zusammentragen, sondern auch Inhalt, Ziel und Weg der Integration in Olten aufzeigen. Ich möchte noch einmal die wichtigsten Punkte zusammenfassen: Die Kosten sind voll ausgewiesen. Das Konzept zeigt den ganzen Weg auf. Der Meilenstein gibt dem Parlament die Möglichkeit, richtungsweisend einzugreifen. So hat die Stadt am Schluss ein Leitbild, das für die

Integrationsarbeit wegweisend sein kann. Ich meine, die Mehrheit will die Integration, viele wissen noch nicht richtig wie. Das Leitbild kann uns ermöglichen, die gesamte Grundlage zu schaffen, auf der wie nachher etwas aufbauen können. Deshalb wird die SP-Fraktion einstimmig den stadträtlichen Antrag unterstützen.

Anna Engeler: Wie Candidus Waldispühl vorher schon gesagt hat, sind wir in unserer Meinung gespalten. Ich spreche deshalb jetzt noch für die Jungen Alternativen, unabhängig von den Grünen. Wir sind in der Diskussion hin- und hergerissen gewesen, weil es eine erneute Studie ist, was immer viel Papier bedeutet und Studien bringen nicht wirklich etwas Neues. Andererseits ist es jedoch so, dass dieser Prozess gegangen werden muss, um an diesem Prozess auch zu wachsen. Das erscheint uns wichtig. Wir finden jedoch, dass ein solcher Leitbildprozess ohne Unterbrechung durchgeführt werden müsste, weil der Meilenstein wieder Diskussionen aufwerfen wird, wird das ganze Projekt vielleicht sogar in Frage stellen. Deshalb finden wir, dass, wenn ein solcher Leitbildprozess stattfindet, muss dies Chefsache sein und es sollte ohne Unterbrechung durchgeführt werden. In diesem Sinne wäre auch eine Einbindung der Verwaltung eben nachher kein Nachteil, wie es im Bericht angeführt ist. Die Vorlage des Stadtrates ist aus unserer Sicht voller Notbremsen und Hintertüren, gerade eben der Meilenstein. Aus diesem Bericht geht für uns hervor, dass sehr zögerlich an dieses Problem herangegangen wird. Man ist anscheinend nicht vom Erfolg überzeugt, wenn schon jetzt bei den Nachteilen angeführt wird, dass eine Übertragung der Erkenntnisse aus dem Leitbildprozess später schwierig sein wird. Das gibt uns etwas zu denken. Das Hauptproblem dieser Vorlage ist für uns jedoch - ebenfalls unter den Nachteilen angeführt - dass eine materielle Schwäche von operativen Projekten während der Leitbildentwicklung stattfinden wird. Das heisst, zwei Jahre lang werden konkrete Integrationsprojekte aufgeschoben oder finanziell geschwächt. Das hat für uns nichts mehr mit Integration zu tun und das ist für uns auch nicht eine Entwicklung, die wir mitgehen möchten. Deshalb werden wir die Vorlage ablehnen. Wir sagen aber ganz klar: Wir möchten Integration. Es ist nicht ein Nein zur Integration.

Daniel Vögeli: Peter Schafer hat gesagt, die Integration sei ein Schwerpunkt der Legislatur. Ich möchte einfach feststellen, dass immer gesagt worden ist, die Sozialdirektion kann sich eigentlich überhaupt nicht mit diesen Sachen befassen. Sie hat keine Kapazitäten und Mittel. Diesen Widerspruch haben wir hier. Einerseits Chefsache und andererseits keine Kapazitäten. Deshalb hat man ja eine externe Person beigezogen, obwohl betreffend Bestandesaufnahme ein Externer dies nicht wissen kann. Das muss gleichwohl von der Stadt her kommen, weil die Leute hier wohnen und irgendwie müssen die Daten geliefert werden. Rolf Sommer, es ist schön. Du bist offenbar bis nach Wil gegangen. Ich habe im Internet nachgesehen. Unter www.stadtwil.ch aktuelles könnt Ihr dies alles nachlesen. Es sind die ganzen Berichte der Stadt Wil enthalten, sogar die Offerte. Erstaunlicherweise sind die Kosten dort Fr. 130'000.-- für das Gleiche gewesen. Das hat bei mir einfach eine gewisse Vorsicht hervorgehoben. Ich erwarte, dass effektiv eine auf die Stadt bezogene Mehrleistung aus dem resultiert, was wir jetzt hier ausgeben, und nicht einfach mehr oder weniger die allgemein gültigen Sachen festgehalten und vielleicht etwas anders formuliert werden. Unter Punkt 5.2 ist als Beispiel auch die wissenschaftliche Reflexion aufgeführt. Ihr findet dies auf Seite 5 unten respektive Seite 6 oben. Dadurch soll unter anderem die Verankerung der Integrationsthematik in Forschung und Lehrbetrieben gefördert werden. Das ist schön und recht. Die Frage ist einfach, ob die Stadt Olten dies bezahlen muss. Also von dem her wären ganz einfach die Kosten zu überprüfen. Einfach damit es klar ist: Wir haben ganz eindeutig einen Kredit, den wir hier bewilligen, Fr. 50'000.--. Dafür wollen wir Resultate sehen. Je nachdem entscheiden wir nachher, ob etwas weitergeht, ob wir noch weiter Geld ausgeben für die Zuführung zur Integration und nicht zur direkten Integration selber. Die Fr. 123'000.-- sind einfach der oberste Kostenrahmen, der zur Kenntnis genommen wird, aber es ist ganz klar keine Ausgabe, die jetzt hier beschlossen ist.

Christian Wüthrich: Ich möchte noch etwas zu Anna Engeler betreffend "durch das Hintertürchen" sagen. Das kann man durchaus einmal so verstehen, dass dies ein

Hintertürchen sein könnte. Nur das Problem ist: Vielleicht hast Du eingehend die Fraktionserklärung der SP und der Grünen gehört hast. Es geht um das Schulsoziale. Dort hat man weder eine politische Diskussion noch haben wir jemals einen Meilenstein gehabt. Wir haben einfach in letzter Zeit sehr gute Erfahrungen im Parlament gemacht, dass man etappenweise hier wieder einmal diskutiert, wo man steht, ob wir noch das Gleiche meinen und vor allem auch etwas miteinander spricht, damit wir die weiteren Wege machen können. Wir sehen den Meilenstein nicht als Hintertürchen. Wir sehen ihn eher als Standortbestimmung für die weiteren Schritte.

Rolf Sommer: Im Bericht und Antrag wird auch von Eigenleistungen gesprochen. Die FDP-Fraktion hat dies auch erwähnt: Die Eigenleistung der Verwaltung. Meine Damen und Herren, Eigenleistung der Verwaltung kostet auch Geld. Wenn man hier ein offenes System, ein Leistungssystem hätte, wie dies auch in der Privatwirtschaft sehr oft der Fall ist, könnte man die Zahlen, was es gekostet hat, auch einmal herausziehen. Denn eine massive Eigenleistung, wie sie im Bericht und Antrag erwähnt wird, und die Verwaltung sensibilisieren etc. etc., dies alles kostet Geld. Dann können sie nichts anderes machen. Sagen wir es einmal so. Was mich am meisten erstaunt hat: Wir haben ja sozusagen den gleichen Experten wie die Stadt Wil. Unter Massnahme 32, Förderung und Pflege der Sprachen steht: "Den Kulturvereinen Lesematerial in ihrer Muttersprache zur Verfügung zu stellen". Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir wollen. Wir möchten, dass die Integrierten oder diejenigen, die integriert werden möchten, in unserer Sprache lesen und schreiben könnten und nicht, dass man sie in ihrer Muttersprache noch mehr fördert. Das können sie nämlich sonst auch. Ich bin genug im Ausland gewesen und habe selber Lesematerial besorgen müssen, wenn ich etwas in deutsch gewollt habe. Im Ausland habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht. Man muss auf die Leute zugehen und mit ihnen sprechen können. Das ist das Interessante. Und dass wir an gewissen Orten etwas eine Abschottung haben. Ich habe dies schon jahrelang erwähnt, dass wir in gewissen Stadtteilen einige Probleme haben. Das hat niemand geglaubt. Erst später hat man realisiert, dass man Probleme haben könnte. Vielleicht sollte man etwas die Augen offen halten, etwas vorher analysieren, damit man dies sehen würde. Denn es braucht sehr, sehr wenig mit Beobachtungen. Es braucht einzig etwas Zeit.

Luzia Stocker Rötheli: Ich kann es trotzdem nicht lassen, doch auch noch etwas zu sagen. Rolf, ich möchte Dir einfach entgegnen, dass ja dies ein Prozess ist, den wir jetzt dann vielleicht beschliessen und dass wir alle, die an diesem Prozess teilnehmen, schliesslich bestimmen, welche Massnahmen es braucht. Aus diesem Prozess heraus gibt es Massnahmen. Was es dann ist, ist ja völlig offen. Deshalb machen wir ja diesen Prozess. Das kann völlig anders herauskommen als Wil. Hier ist ja überhaupt noch nichts festgelegt. Ich denke, wenn Du Dich aktiv an diesem Prozess beteiligt, hast Du ja allenfalls auch auf eventuelle Massnahmen. Ich möchte noch ganz kurz etwas zu Anna Engeler sagen: Einer der Punkte, weshalb Ihr nicht auf die Vorlage eintretet, ist ja eine mögliche materielle Schwächung von Projekten. Dazu muss ich einfach sagen, dass leider in der Stadt Olten in diesem Bereich keine Projekte mehr laufen. Es gibt praktisch keine Integrationsprojekte mehr, die noch unterstützt werden, ausser vielleicht noch die Spielgruppe mit ihrem Deutschzusatz. Das Geld für die Sprachen haben wir ja gesprochen. Das bleibt. Dieser Nachteil tritt gar nicht ein, weil es gar nichts gibt, wo Geld gestrichen werden kann.

Jonas Hertner: Jetzt hast Du mich wirklich überrascht. Ich möchte auch noch etwas zu Rolf Sommer sagen: Du hast die Bücher in der Muttersprache angesprochen. Ich wäre froh, wenn ich als Kind ein Buch in meiner Muttersprache lesen könnte und eine Sprache lernen ist ein Prozess, der recht schwierig ist. Das dauert ziemlich lange und braucht viel Anstrengung, viel Motivation und auch Unterstützung.

Mario Clematide: Ich möchte nicht länger werden, möchte mir aber schon zwei, drei Bemerkungen erlauben. Erstens freut mich einmal die Argumentation der Jungen Alternativen.



Es freut mich, dass Ihr mit Drive fadengerade auf das Ziel los geht. Das finde ich gut. Das Vorrecht des Alters ist, die Erfahrung zu haben. Die politische Erfahrung zeigt mir in diesem Geschäft, dass ein pragmatisches Vorgehen angezeigt ist. Von daher ist der Meilenstein, von dem wir gesagt haben, wir legen ihn in diesem Jahr vor der Budgetdiskussion, ein richtig gelegter Meilenstein. Rolf, Dir danke ich erstens, dass Du Dich informiert hast. So tief und so breit habe ich mich nicht informiert. Zweitens danke ich Dir dafür, dass Du Dich integrativ verhältst. Das finde ich gut und in Ordnung. Aber Deine Meinung und vor allem Deine Ängste teile ich nicht. Es geht hier um Fr. 50'000.--. Es geht nicht um die Fr. 123'000.--, die Werner erwähnt hat. Es geht um Fr. 50'000.--, bei denen es mir, wenn ich die Vorlage lese, scheint, sie seien richtig investiert. Du bist schon länger im Parlament. Wir haben hier einmal verschiedene Vorlagen, welche die Entwicklung der Stadt Olten in Zukunft betreffen, behandelt. Ich glaube, POP ist eine gewesen. Wir haben Fr. 300'000.-- dafür ausgelegt und die Wirkung ist gleich null gewesen. Wir investieren jedes Jahr einen bestimmten Betrag in die Wirtschaftsförderung. Es spielt keine Rolle, wie hoch er ist. Wir haben auch schon Häuser gebaut in dieser Stadt, die wenig bis keinen Nutzen abwerfen. Schweigen darüber. Ich denke, die Fr. 50'000.-- sind richtig investiert.

Beschluss

Mit 41 : 4 Stimmen wird Eintreten beschlossen.



Beschluss

Mit 39 : 6 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Das Parlament nimmt den Kostenumfang des Projektes von Fr. 123'740.--, verteilt auf die Budgetjahre 2006, 2007 und 2008, zur Kenntnis.
2. Die für Leitbildprozess/Situationsanalyse budgetierten Mittel von Fr. 50'000.-- (Konto 580.365.04) werden zur Verwendung gemäss vorliegender Offerte bis zum Erreichen des 1. Meilensteins frei gegeben.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Sozialdirektion/Herrn Hans Peter Müller (3)
Direktion Finanzen/Herrn Peter Kohler (2)
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 1/2, 29/9

Prot.-Nr. 65

Areal «Alter Schlachthof »/Veräusserung an Riggenbach AG

Zusammenfassung

Mit der Realisierung der Entlastung Region Olten (ERO) müssen die Betriebsgebäude der Firma Riggenbach AG, Olten, ca. Mitte 2008 abgebrochen werden. Aus diesem Grund muss die Firma Riggenbach AG auf einem für ihre Bedürfnisse geeigneten Grundstück einen Neubau realisieren, den sie aus betrieblichen Gründen spätestens Anfangs 2008 beziehen kann.

Aufgrund eingehender Prüfungen verschiedener Standortmöglichkeiten, hat sich im Rahmen der Gespräche mit der Firma Riggenbach AG gezeigt, dass sich das Areal «Alter Schlachthof» (im Anhang rot gekennzeichnet) für ihren Neubau eignet. Die Riggenbach AG hat deshalb grosses Interesse am Kauf dieses Areals. Mit dem Verkauf des Areals «Alter Schlachthof» kann ein wesentlicher Beitrag zu der im übergeordneten öffentlichen Interesse stehenden Realisierung der ERO geleistet werden. Im Weiteren kann damit das Domizil des seit 1961 ansässigen und renommierten Gewerbebetriebs - mit heute 110 Mitarbeiter/-innen - weiterhin in Olten bleiben.

Zur Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten der Städtischen Betriebe Olten (sbo) hinsichtlich eines Neubaus auf einem geeigneten Grundstück, hat die Einwohnergemeinde der Stadt Olten den sbo im Jahr 2001 ein Vorkaufsrecht für das Areal «Alter Schlachthof» eingeräumt. Die sbo, die Aare Energie AG (a.en) und die Atel Versorgungs AG (AVAG) beabsichtigen zum Zweck der räumlichen Zusammenführung ihrer Verwaltungen und Werkhöfe bis zum Jahr 2009 einen Neubau zu realisieren. Das Areal «Alter Schlachthof» eignet sich für dieses Bauvorhaben und die sbo haben nach wie vor Interesse an diesem Areal. Hingegen sind sie bereit - im Interesse einer möglichst raschen Realisierung der ERO - auf die Ausübung ihres Vorkaufsrechtes zu verzichten. Sie unterstützen damit den Verkauf dieses Areals an die Firma Riggenbach AG. Als Alternativstandort möchten die sbo für die Realisierung ihres Neubauvorhabens das Grundstück «Werkhof-Areal Nord» (im Anhang grün gekennzeichnet) von der Einwohnergemeinde der Stadt Olten erwerben (vgl. sep. Bericht und Antrag).

Die beabsichtigten Verkäufe an die Firma Riggenbach AG und die sbo ermöglichen mit den geplanten Bauvorhaben eine optimale Nutzung des gesamten Areals Werkhof/ «Alter Schlachthof». Der Stadtrat, die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission befürworten beide Verkäufe.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren



Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Das Trasse der ERO verläuft über den Standort der heutigen Liegenschaften der Firma Riggenbach AG in Olten. Im Zuge der Realisierung der Entlastungsstrasse müssen diese Gebäulichkeiten somit spätestens Mitte 2008 abgebrochen werden.

Die Vertreter des Kantons und der Stadt Olten haben diesbezüglich mit der Firma Riggenbach AG verschiedene Gespräche geführt, um den Landkauf durch den Kanton und die Umsiedlung des Betriebes auf ein geeignetes Grundstück vorzubereiten.

Die Einwohnergemeinde der Stadt Olten hat grosses Interesse, dass die Firma Riggenbach AG mit insgesamt 110 Mitarbeiter/-innen mit Hauptsitz in Olten auch in Zukunft in der Stadt ansässig bleibt. Aufgrund verschiedener Verhandlungen zwischen dem Kanton, der Stadt Olten und der Firma Riggenbach AG sowie einer Machbarkeitsstudie von Seiten der Firma Riggenbach AG zeigt sich, dass sich das Areal «Alter Schlachthof» (im Anhang rot gekennzeichnet) für die Realisierung ihres Neubauvorhabens eignet. Der Stadtrat hat in verschiedenen Gesprächen der Firma Riggenbach AG den Verkauf des Areals «Alter Schlachthof» in Aussicht gestellt.

Bei den Gebäulichkeiten auf dem Areal «Alter Schlachthof» handelt es sich grundsätzlich um Abbruchobjekte. Mit den verschiedenen Mietern der Gebäulichkeiten wurden deshalb - aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 27. November 1995 – vorerst auf die Dauer vom 01. April 1996 bis 30. Juni 2001 befristete Mietverträge abgeschlossen. Nachdem das Areal noch keiner anderweitigen Nutzung zugeführt werden konnte, wurden die Verträge nach Rücksprache mit dem Stadtrat schrittweise mit einer festen, befristeten Mietdauer verlängert. Die aktuellen Mietverträge laufen nun per 30. Juni 2006 aus. Der Mieterschaft wurde mitgeteilt, dass die Einwohnergemeinde der Stadt Olten alles daran setzen werde, dass das Areal «Alter Schlachthof» veräussert werden kann, im Sinne einer Chance, auf diesem Areal in unmittelbarer Nähe des Stadtzentrums attraktive Nutzungen anzusiedeln. Dies bedeute für die Mieter andererseits, dass sie sich während dieser Zeit für ein anderweitiges Domizil umsehen müssten. Unter dem Aspekt der unter dem marktüblichen Niveau angesetzten Mietzinse wurde zudem vertraglich vereinbart, dass sämtliche Unterhalts- und Sanierungskosten sowie die Kosten für die allfälligen Erneuerungen der technischen Anlagen vollumfänglich durch die betroffene Mieterschaft übernommen werden müssen.

Mit den Mietern der Liegenschaft Gheidweg 36 bestehen Vertragsverhältnisse mit «ordentlichen» Kündigungsbedingungen von 6 Monaten im Voraus (Büroräumlichkeiten im EG) bzw. 3 Monaten im Voraus (Wohnung im OG) jeweils auf Ende März / Juni / September.

Um die im übergeordneten öffentlichen Interesse stehende Realisierung der ERO in keiner Weise zu verzögern, ist die Firma Riggenbach AG zwingend darauf angewiesen, bis spätestens Anfangs 2008 an einem geeigneten Ersatzstandort einen Neubau fertig stellen und umsiedeln zu können.

Der Stadtrat ist deshalb überzeugt, dass ein Verkauf der Liegenschaft «Alter Schlachthof» an die Firma Riggenbach AG zweckmässig ist und im öffentlichen Interesse steht. Auch die sbv unterstützen dieses Vorgehen und verzichten unter bestimmten Auflagen und Bedingungen auf ihr Vorkaufsrecht für die Liegenschaft «Alter Schlachthof» (Vergleiche Punkt 5).

2. Verkehrswertschätzung / Verkaufspreis

Herr Carlo Della Giacomina, Immobilien-Treuhänder / Architekt und Präsident des SVIT,



Schweizerischen Verbandes der Immobilienwirtschaft, Sektion Solothurn, Kappel, hat im Rahmen einer aktuellen Schätzung einen Wert von Fr. 340.00 pro m² für dieses Landstück ermittelt.

Obwohl die vorgenannte Verkehrswertschätzung zweifellos einer anerkannten Methodik zu Grunde liegt, wird der ermittelte Preis der effektiven Marktsituation nicht gerecht. Laut Auskunft von Herrn Helmut Allemann, Leiter Landerwerb beim Kantonalen Amt für Verkehr und Tiefbau, werden im unteren Kantonsteil selbst an bester (Verkehrs-) Lage (Härkingen) Landpreise im Bereich von Fr. 240.00 pro m² bezahlt. In Wangen b/Olten bspw. habe man aktuell mit einem Preis von Fr. 130.00 pro m² verhandelt.

Laut der Wirtschaftsförderung des Kantons Solothurn sind die Preise für Bauland in der Industrie- und Gewerbezone stark von der jeweiligen Lage abhängig - für erschlossenes Gewerbeland an optimaler Lage bewege sich das Preisniveau jedoch um Fr. 200.00 pro m². Günstigere Grundstücke würden ab ca. Fr. 120.00 pro Quadratmeter angeboten.

Auch die Credit Suisse beurteilt die Preise für Gewerbebauland im Raum Olten eher zurückhaltend. Dem Economic Research Bericht «Kanton Solothurn» vom September 2005 ist zu entnehmen, dass sich der Zusammenhang zwischen Attraktivität und Preis im Kanton Solothurn in tieferen Immobilienpreisen ausdrücke. Die Preise im Raum Olten seien demnach gegenüber der Region Burgdorf um rund 20 % bzw. gegenüber Biel oder Baden gar 30 % bis über 60 % tiefer.

Aufgrund der vorerwähnten Einschätzungen kann ein Verkaufspreis von Fr. 200.00 pro m² als realistisch beurteilt werden. Die Firma Riggensbach AG hat ihrerseits ein Angebot von Fr. 190.00 pro m² unterbreitet. Von der entsprechenden Preissumme sind die Abbruchkosten noch in Abzug zu bringen.

3. Untersuchung über die Altlasten und die geologischen Verhältnisse

Auf Grund von «Baggerschlitten» und Laborproben, hat das Geologische Büro Jürg Haller, Gretzenbach, den Bericht über die Baugrund- und Altlastenuntersuchung verfasst.

Auf dem Areal wurde kein Reaktormaterial bzw. keine Ablagerungen mit vielen Fremd Beimengungen, die entsprechend stark belastet sind, festgestellt. Hingegen bestehen künstliche Ablagerungen mit unverschmutztem und leichtverschmutztem Material mit einem Gesamtvolumen von ca. 3'700 m³ (lose). Die Zuteilung in unverschmutztes und leichtverschmutztes Material ist äusserst schwierig abzuschätzen. Die Entsorgungskosten dürften minimal ca. Fr. 22'000.00 (exkl. MwSt.) und maximal ca. Fr. 260'000.00 (exkl. MwSt.) betragen. Hinzu kommen die Entsorgungskosten der Schwarzbeläge (ca. 540 m³ lose). Diese Kosten dürften minimal ca. Fr. 125'000.00 (exkl. MwSt.) und maximal ca. Fr. 162'000 (MwSt.) betragen. Die gesamten Entsorgungskosten dürften somit minimal ca. Fr. 150'000.00 (exkl. MwSt.) und maximal ca. Fr. 422'000.00 (exkl. MwSt.) betragen. Die Kosten für die Entsorgung der Altlasten übernimmt die Stadt Olten. Für den zu genehmigenden Kredit müssen die vom Geologe Jürg Haller max. geschätzten Kosten von ca. Fr. 422'000.00 (exkl. MwSt.) bzw. gerundet ca. Fr. 455'000.00 (inkl. MwSt.) angenommen werden.

4. Richtofferte für den Abbruch der Gebäulichkeiten auf dem Areal «Alter Schlachthof»

Im Auftrag der Einwohnergemeinde der Stadt Olten wurde durch ein spezialisiertes Unternehmen eine Kostenerfassung für den Abbruch der Liegenschaften «Alter Schlachthof» erarbeitet. Aufgrund der entsprechenden Berechnungen ist von Abbruchkosten in der Höhe von



Fr. 300'000.00 auszugehen.

Unabhängig davon hat die Firma Riggensbach AG bei einem anderen Unternehmen eine Offerte für den Abbruch eingeholt. Dieser Betrieb offeriert die Arbeiten für rund Fr. 373'000.00.

Im Einvernehmen mit der Firma Riggensbach AG werden die Abbruchkosten auf Fr. 300'000.00 festgelegt.

5. Verzicht der sbo auf ihr Vorkaufsrecht für Areal «Alter» Schlachthof / GB Olten Nr. 1086

Die sbo und die a.en haben heute ihre Werkhöfe in Dulliken und Olten und sind mit Ihrer Verwaltung im Hammer-Center eingemietet. Die sbo, die a.en und die AVAG beabsichtigen aus betrieblichen und wirtschaftlichen Gründen ihre Werkhöfe und die Verwaltung in einem Neubau räumlich zusammenzuführen. Der Neubau soll ca. Ende 2009 bezogen werden können.

Das Grundstück «Alter Schlachthof» mit einer Gesamtfläche von ca. 6'892 m² ist von der Grösse und Lage her für die Bedürfnisse der sbo geeignet. Die sbo verfügen für dieses Areal über ein im Grundbuch eingetragenes Vorkaufsrecht und bekunden nach wie vor Interesse am Kauf dieses Areals. Um die im übergeordneten öffentlichen Interesse stehende Realisierung der ERO in keiner Weise zu verzögern, sind die sbo jedoch damit einverstanden, dass die Einwohnergemeinde der Stadt Olten das Areal «Alter Schlachthof» der Firma Riggensbach AG veräussert. Sie sind somit bereit, auf ihr Vorkaufsrecht - unter nachfolgenden Bedingungen - zu verzichten:

- a) Die Einwohnergemeinde der Stadt Olten sichert den sbo - mit den entsprechenden Beschlüssen durch den Stadtrat, das Gemeindeparlament und einem gegenseitig unterzeichneten Vorvertrag - den Verkauf des «Werkhof-Areals Nord» mit einer Gesamtfläche von ca. 8'904 m² (im Anhang 1 grün gekennzeichnete Fläche) zu.
- b) Gestützt auf den Stadtratsbeschluss vom 13. September 2004 (Prot.-Nr. 225) hat die Einwohnergemeinde der Stadt Olten von den sbo das EV-Magazin inkl. Grundstück im Halte von 1'111 m² zum Preis von Fr. 750'000 erworben. Die sbo erwerben von der Einwohnergemeinde der Stadt Olten das EV-Magazin inkl. Grundstück zum selbigen Preis.
- c) Da das Areal «Werkhof-Areal Nord» (exkl. EV-Magazin) gegenüber dem Areal «Alter Schlachthof» von seiner Form (Restflächen) und Topographie schwieriger zu überbauen ist, ist der Quadratmeterpreis zehn Prozent tiefer zu bemessen, als der Quadratmeterpreis für das Areal «Alter Schlachthof». Der Verkaufspreis beträgt somit Fr. 180.00 pro m².

6. Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken vom 12. Juli 2004

Bei jeder zur Veräusserung vorgesehenen Liegenschaft bzw. Grundstück werden gemäss Artikel 4 insbesondere folgende Grundlagen zur Beurteilung aufgezeigt:

a) Aktuelles und neutrales Verkehrswertgutachten

Dieses liegt vor wie in Punkt 2 dieses Berichtes erwähnt.

b) Rendite

Die Mietzinseinnahmen bzw. die Rendite für die Gebäude auf dem Areal «Alter Schlachthof» sind insofern für das vorliegende Geschäft irrelevant, da es sich um Abbruchobjekte handelt und deshalb bei einer Weitervermietung mit unvorhergesehenen und unverantwortbaren Investitionen zu rechnen ist.

c) Baulicher Zustand und damit verbundene Kosten für die Instandstellung und Unterhalt

Bei den Gebäulichkeiten auf dem Areal «Alter Schlachthof» handelt es sich grundsätzlich Abbruchobjekte. Um keine grösseren Investitionen für die Instandstellung und den Unterhalt tätigen zu müssen, wurden mit den Mieter/-innen der verschiedenen Räumlichkeiten bewusst befristete Mietverträge vereinbart. Während den letzten Jahren wurden die Mietverträge jeweils schrittweise befristet verlängert. Die nächste Frist läuft per 30. Juni 2006 ab.

d) Städtebaulicher Stellenwert bzw. Bedeutung für die bauliche und nutzungsmässige Entwicklung unter Einbezug der relevanten Umgebung

Im Zusammenhang mit den Neubauten «Feuerwehrmagazin» und «Werkhof» wurde von der Architektengemeinschaft Schmutziger / Stäuble ein Masterplan für das gesamte Werkhof-Areal erarbeitet. Dieser dient - im Sinne einer Machbarkeitsstudie - als Grundlage für eine sinnvolle Weiterüberbauung des gesamten Werkhof-Areals. Je nach Nutzung und Bauvolumen künftiger Investoren kann von diesem Masterplan - insbesondere im nördlichen Bereich - auch abgewichen werden, ohne dass dabei die städtebauliche Güte verloren geht.

e) Öffentliche Ausschreibung

In Artikel 6 der Richtlinie wird festgehalten, dass grundsätzlich alle Verkäufe von Liegenschaften und Grundstücken öffentlich ausgeschrieben werden. In Ausnahmefällen kann auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet werden, sofern wichtige Gründe dafür sprechen, (z. B. soziale Aspekte, im öffentlichen Interesse stehende Nutzungen, karitative Institutionen, kleine Restflächen usw.).

Die Realisierung der ERO ist von übergeordnetem Interesse für die Stadt Olten und selbstverständlich auch für den Kanton Solothurn. Durch die Linienführung der Entlastungsstrasse müssen die Gebäulichkeiten der Firma Riggensbach AG zwingend abgebrochen werden, sodass die Riggensbach AG gezwungen wird - im Rahmen eines Neubaus - umzusiedeln. Die Stadt Olten hat dabei grösstes Interesse, dass sich die Realisierung der ERO keinesfalls verzögert.

Aufgrund dieser Erwägungen steht der Verkauf des Areals «Alter Schlachthof» an die Firma Riggensbach AG im öffentlichen Interesse und muss deshalb nicht öffentlich ausgeschrieben werden. Es ist unbestritten, dass die Einwohnergemeinde der Stadt Olten zusätzlich ein Interesse hat, dass die etablierte Firma Riggensbach AG auch in Zukunft in Olten ansässig



bleibt.

7. Rahmenbedingungen für den Verkauf

Die Einwohnergemeinde der Stadt Olten verkauft der Firma Riggerbach AG das im Anhang rot dargestellte Areal «Alter Schlachthof» im Halte von ca. 6'892 m² im Wesentlichen zu folgenden Konditionen:

a) Verkaufspreis

Verkaufspreis Fr. 200.00 pro m ² insgesamt ca. 6'892 m ²	Fr. 1'378'400.00
Abzüglich der Kosten für den Abbruch der bestehen Gebäude	Fr. 300'000.00
Verkaufspreis netto	Fr. 1'078'400.00

Der im Anhang rotschraffierte Wegbereich entlang der SBB Gleisanlagen von ca. 310 m² bleibt im Eigentum der Einwohnergemeinde der Stadt Olten, sofern die angestrebte Fuss-Veloverbindung zum Bahnhof Olten Hammer von der SBB insofern geduldet wird, dass sie auch die Weiterführungen bis zum Olten Hammer ermöglichen. Sollte diese Fuss- und Veloverbindung mit einem Tunnel unter dem Gheidweg nicht zustande kommen, so wird dieser ausgeschiedene Wegbereich von ca. 310 m² von der Firma Riggerbach AG käuflich erworben, ebenfalls zu einem m² Preis von Fr. 200.00 was zusätzliche Kaufkosten von Fr. 62'000.00 ausmachen. Der Nettoverkaufspreis beträgt somit (Fr. 1'078'400.00 + Fr. 62'000.00) Fr. 1'140'400.00.

Die Handänderungssteuer ist vollumfänglich von der Kaufspartei zu tragen.

b) Altlasten

Wie unter Ziffer 3 dieses Berichtes erwähnt, übernimmt die Stadt Olten die Kosten für die Altlastenentsorgung. Die Kosten betragen dabei minimal gerundet Fr. 160'000.00 (inkl. MwSt.) und maximal gerundet Fr. 455'000.00 (inkl. MwSt.).

c) Dienstbarkeiten

Die Einwohnergemeinde der Stadt Olten räumt der Firma Riggerbach AG ein unentgeltliches Wegrecht über das Areal Werkhof ein (Werkverkehr).

8. Unterstützung der heutigen Mieter im «Alten Schlachthof»

In Zusammenarbeit mit der Regionalen Wirtschaftsförderung wird der Stadtrat alles daran setzen, den vom Ende des Mietverhältnisses im alten Schlachthof betroffenen Unternehmen einen adäquaten Standort für den Weiterbetrieb in Olten anbieten zu können.

9. Stellungnahme der Kommissionen



9.1 Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission für Stadtentwicklung hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 16. Februar 2006 behandelt und empfiehlt dem Stadtrat das Areal «Alter Schlachthof» an die Firma Riggenbach AG, Olten, zu verkaufen.

9.2 Baukommission

Die Baukommission hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 27. Februar 2006 behandelt und empfiehlt dem Stadtrat das Areal «Alter Schlachthof» an die Firma Riggenbach AG, Olten, zu verkaufen.

10. Konklusion

Der direkte Verkauf der Liegenschaft «Alter Schlachthof» an die Firma Riggenbach AG erfolgt im Zusammenhang mit der im übergeordneten öffentlichen Interesse stehenden Realisierung der Entlastungsstrasse. Mit diesem Verkauf können zeitliche Verzögerungen der Realisierung der ERO verhindert werden.

Beschlussesantrag:

1. Der Verkauf des Areals «Alter Schlachthof» im Halte von 6'892 m² mit einem Verkaufspreis von Fr. 1'078'400.00 an die Firma Riggenbach AG, Olten wird genehmigt. Wie im Bericht unter Ziffer 7 a) erwähnt, kann die Landfläche um ca. 310 m² vergrössert werden. In diesem Fall erhöht sich der Verkaufspreis um Fr. 62'000.00.
2. Die maximalen Kosten für die Entsorgung der Altlasten (vergleiche Ziffer 3 dieses Berichtes) von Fr. 455'000.00 (inkl. MwSt.) werden bewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung zum geänderten Antrag des Stadtrats der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Urs Knapp: Die GPK beantragt Ihnen einstimmig Eintreten und Zustimmung zu den überarbeiteten Beschlussesanträgen des Stadtrates. Der Stadtrat hat uns in der GPK dargelegt, dass es übergeordnete Interessen gibt, die für diese Vorlage sprechen. Einerseits die rasche Realisierung der Entlastungsstrasse und andererseits der Erhalt von über 100 Arbeitsplätzen in der Stadt Olten. Die übergeordneten Interessen rechtfertigen auch nach Meinung der GPK, dass die Stadt der Käuferschaft ein vorteilhaftes Gesamtpaket anbietet, einen günstigen Quadratmeterpreis von Fr. 200.--, einen Kostenbeitrag von Fr. 300'000.-- an den Abbruch der bestehenden Liegenschaft des alten Schlachthofareals und den Erlass des Perimeterbeitrags in der Höhe von Fr. 145'000.--. Dazu kommt noch, dass Olten die Entsorgung der Altlast übernimmt. Das sind maximal Fr. 455'000.--, wobei die Entsorgung der Altlasten so oder so für die Stadt Olten als Grundeigentümerin anfallen. Es ist ein grosses Anliegen der GPK, dass man in diesem Geschäft grösstmögliche Transparenz schaffen kann. Deshalb hat auch die GPK in der Sitzung den Stadtrat aufgefordert oder gebeten, den Beschlussesantrag zu überarbeiten.

Der ursprüngliche Antrag hat einen einfach einen Nettolandpreis unter Fr. 160.-- pro Quadratmeter gesehen. Ein solcher Nettolandpreis hätte nach Meinung der GPK falsche Signale gesetzt, auch zum Schaden der Stadt als Landeigentümerin oder auch Privater, die in der Stadt Land besitzen. Der Stadtrat hat erfreulicherweise und sehr rasch und spontan das Anliegen der Transparenz übernommen und hat einen Nachtrag zum Bericht und Antrag gemacht, der alle Anliegen der GPK berücksichtigt. Sie haben dies auch mit den Unterlagen erhalten. Zur Transparenz gehört auch der Hinweis - das hat man auch in der GPK gehört - dass die Firma Riggensbach auch andere Standorte evaluiert. Die GPK ist der Meinung, die Stadt müsse sich mit ihrem Angebot nicht verstecken und könne sich gut hinstellen. Das ist ein Hinweis. Es ist nicht hundertprozentig sicher, dass, wenn wir heute dem Antrag des Stadtrates zustimmen, die Riggensbach AG wirklich auch dort bauen wird. In einem Punkt hat die GPK nicht die erwünschte Transparenz erhalten, weil sie der Stadtrat auch nicht hat geben können, und zwar betreffend Verkaufspreis der bestehenden Liegenschaft. Es ist ja ein Geschäft. Ein GPK-Mitglied hat es etwas als Kreis dargestellt. Die Riggensbach AG muss aus dem heutigen Areal weichen, weil dies als Strasse gebraucht wird. Das Areal muss verkauft werden und sie erhält ein neues Areal. Der Verkauf dieses Areals sollte nach Meinung der GPK ein Nullsummenspiel sein. Es sollte nicht jemand davon profitieren können. Was wir in der GPK erfahren haben, ist, dass bei diesem Geschäft zwei andere Parteien miteinander sprechen, einerseits die Riggensbach Holding als Besitzerin dieses Grundstückes und andererseits der Kanton als Käufer des Grundstückes. Auch hier ist die Erwartung der GPK klar gewesen, dass sich die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzt, dass es wirklich auch ein rundes Geschäft und auch auf dieser Seite eine gute Sache gibt. Die GPK beantragt einstimmig Eintreten und bittet Sie auch, dem Geschäft zuzustimmen.

Stadträtin Silvia Forster: Herr Knapp hat schon sehr viel gesagt. Ich möchte mich in den Ergänzungen kurz halten. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir Ihnen Blatt 3 noch einmal ausgeteilt haben, weil sich dort ein Schreibfehler eingeschlichen hat - diejenigen, die zusammengerechnet haben, haben es wahrscheinlich gemerkt - der aber keine Auswirkungen auf den Beschlussesantrag haben. Es ist ein Gesamtpaket. Der Stadtrat ist überzeugt, dass er mit diesem Paket ein klares Zeichen setzt für die Struktur der Entwicklung der Stadt Olten, wo eben viele Projekte, unter anderem die Entlastungsstrasse eine wichtige Rolle spielen. Wir sind aber auch überzeugt, dass wir mit diesem Vorgehen, wenn man dort die Firma Riggensbach, den Werkhof der sbo und wenn das Parlament und das Volk dann auch noch ja sagen dazu, unseren eigenen Werkhof ansiedeln können, dort eine gute Entwicklung machen können. Der Stadtrat ist überzeugt, dass wir mit dieser Vorlage einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung leisten, dass die Firma Riggensbach heute ein faires Angebot hat. Zu diesem Angebot ist man durch ein Ringen gekommen, wo die Stadt Olten auch ihre Interessen vertreten hat, wie halt die Firma Riggensbach ihre Interessen vertreten hat. Der Stadtrat ist aber heute überzeugt, dass es ein faires Angebot ist, wir ein Zeichen zur Wirtschaftsförderung setzen, ohne dass man das Eigentum der Stadt Olten - ich sage es jetzt etwas salopp - verscherbeln. Ich kann Ihnen auch sagen, dass der Stadtrat einverstanden ist und den Beschlussesantrag der GPK übernimmt. Es braucht keine gegenüberstellende Abstimmung. Man kann es in einem machen. Ich habe noch einmal ein Gespräch anlässlich eines anderen Events, bei dem wir dabei sein haben können, mit Herrn Eggimann führen können. Er ist ebenfalls ein Kadermitglied der Firma Riggensbach. Er hat dort gesagt, er hoffe fest, dass das Geschäft heute im Parlament gut über die Bühne geht. Ich glaube, damit hat die Firma Riggensbach ihr Interesse, auf dieses Angebot einzugehen, verdeutlicht. Ebenfalls habe ich heute Nachmittag an einer Sitzung dem Kanton noch einmal ganz klar dargelegt, dass der Kreis wirklich ein Kreis ist und nicht viele Kurven erhält, dass es wirklich ein Geben und Nehmen ist und nicht auf der einen Seite die Holding sehr viel mehr kassieren kann als dann vielleicht die Stadt Olten erhält. Aber auch hier hat der Kanton versichert, dass sie gar nicht in der Lage seien, irgend jemanden zu vergolden, da das Projekt so viel koste. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen und bin selbstverständlich bereit, Fragen zu beantworten.



Christian Wüthrich: Das Geschäft des Areals Alter Schlachthof/Veräusserung an die Firma Riggensbach AG, wie es hier vorliegt, ist keine übliche Desinvestition, wie sie die Stadt Olten normalerweise pflegt. So gesehen kann man das Geschäft auch nicht ganz so behandeln. Die FdP hat sich allen, auch übergeordneten Themen angenommen: ERO, Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, städtebaulicher und Planungsaspekt. Wir haben eine Altlastenbereinigung, Investition und daraus auch Impulse angesehen. Wir machen keinen Hehl daraus und sagen, dass man zügig mit der Realisierung der Entlastungsstrasse vorwärts macht. Dass es zu keiner Zeitverzögerung kommen sollte, versteht sich von selber. Es ist für uns auch ein sehr grosses Anliegen, dass man am verbindlichen Terminplan der ERO festhält. Deshalb sind wir sowohl auf den Kanton wie auch auf die Stadt angewiesen, dass mit den Grundeigentümern gute und solide Vereinbarungen getroffen werden. Ich komme zur Wirtschaftsförderung: Sich aktiv um die Firma Riggensbach AG zu bewerben und ihr einen idealen Standort in Olten anbieten zu können, um ihren Verbleib hier in Olten zu kämpfen, ist richtig und wichtig. Hätte die Stadt sprich die Wirtschaftsförderung nichts gemacht, hätte es hier Kritik gehagelt. Übrigens: Für 110 Arbeitsplätze zu kämpfen und sich für einen langjährigen guten Steuerzahler einzusetzen, ist nichts Verwerfliches. Wir alle wissen, dass unser Angebot sehr grosszügig und attraktiv ist. Der günstige Landpreis, die von der Stadt übernommenen Abbruchkosten sowie der Erlass des Perimeters könnten falsche Signale senden. Wir haben in der Fraktion nicht leichtfertig für dieses günstige Angebot gestimmt. Gerade wegen der präjudizierenden Wirkung auf andere Landgeschäfte und auch wegen möglichen negativen Folgen auf das Preisniveau in der Stadt Olten. Im Interesse des Jahrhundertprojekts ERO haben wir uns aber für die Vorlage entschieden. Zum Stadtmarketing: Auch eine in der ganzen Schweiz bekannte Firma Riggensbach AG in den Adressbüchern hier in Olten zu haben, könnte für andere Firmen positive Signalwirkungen haben. Städtebaulich und städteplanerisch. Die zukünftige Firma Riggensbach auf diesem Areal mit anderen Vorhaben, Werkhof Stadt Olten, a.en/sbo zu platzieren, macht für uns Sinn, zumal diese Parzellen auch nach einem möglichen Ausbau und einer Erweiterung der Firma Riggensbach zulässt. Das Areal Alter Schlachthof, Werkhof, im Norden und Westen begrenzt durch die Dünern, im Süden begrenzt durch den Bahndamm, könnte so sicher optimaler und effizienter ausgenutzt und betrieben werden. Ich komme noch zu den Impulsen und Investitionen, ein Thema, das nicht unterschätzt werden darf. Mit einem Neubau der Firma Riggensbach AG werden zweifelsfrei auch Investitionen ausgelöst. Mit diesem Bauvorhaben - so hoffen wir - wie das nächste Geschäft Werkhof sbo/a.en, aber auch unser eigener Werkhof, der noch auf das Tapet kommt, könnte auch weitere Impulse freisetzen. Die FdP-Fraktion unterstützt den abgeänderten Beschlussesantrag der GPK.

Theo Schöni: Die Fraktion der Jungen Alternativen/Grünen nimmt gleichzeitig zu den beiden Geschäften Schlachthof- und Werkhofareal Stellung, wird darauf eintreten und den Beschlussesanträgen, so wie sie vom Stadtrat vorliegen, auch zustimmen. Zur Veräusserung des Schlachthofareals haben wir keine ergänzenden Bemerkungen und Vorbehalte anzufügen. Mit dem Verzicht der sbo auf ihr Vorkaufsrecht kann der Firma Riggensbach ein faires Kaufangebot unterbreitet werden, das es erlaubt, die Geschäftstätigkeit und damit die Beschäftigung von 109 Arbeitskräften und 7 Lehrlingsplätze in Olten zu erhalten. Wir begrüssen die flexible Haltung, welche die Stadt gegenüber diesem Verkaufsentscheid vorgelegt hat bzw. der sbo für den Verzicht auf ihr Vorkaufsrecht zu Gunsten der Firma Riggensbach. Mit dem Angebot des Schlachthofareals wird diesem Betrieb auch eine optimale Anbindung an die Strassennetze geboten, indem der Zugang an die ERO ermöglicht wird und damit die Attraktivität dieses Standorts zusätzlich gesteigert wird.

Daniel Schneider: Ich mache es auch möglichst kurz und äussere mich zu den beiden Geschäften 5 und 6, weil sie kausal sind. Ich könnte auch den ersten Teil von Christian übernehmen. Dann würde es noch etwas rassiger gehen. Ich mache dies gleich. Der Gesamtkontext ist ja schon aufgezeigt worden. Die SP-Fraktion begrüsst, dass eine Oltnrer Firma weiterhin in Olten ihr Domizil haben wird. Es werden nicht nur 100 Arbeitsplätze nicht verlagert. Es bleibt auch ein guter Steuerzahler in der Stadt. Die Verlockungen aus der

Agglomeration sind da und die Angebote sicher auch. Dass von diesen 110 Arbeitsplätzen 13 Lehrlinge sind - ich habe heute kurz angerufen; wir haben offenbar andere Zahlen - verdient besonderes Lob, hat aber natürlich mit diesem Geschäft nichts zu tun. Aber ich finde es einfach toll, wenn 10 % der Angestellten Lehrlinge sind. Ein paar Fragen sind im Bericht unbeantwortet oder nicht richtig vermerkt, wo wir meinten, es müsste noch etwas geklärt werden. Es ist nicht ganz klar. Das Angebot der Firma Riggenbach ist Fr. 190.--, der Verkauf ist Fr. 200.--. Es ist vermutlich marginal, aber wir nehmen an, dass die Firma Riggenbach auch auf die Fr. 200.-- einsteigt. Zu den Altlasten: Was ist mit der Entsorgung der Altlasten? Wenn es mehr als die Fr. 450'000.-- kostet, gibt es dann einen Nachtrag des Stadtrates? Ich erinnere an die schwierige Situation in der Altmatt. Man würde meinen, dass man vielleicht auch darüber hätte diskutieren können, ob ähnliche Massnahmen wie der mit sbo getroffen werden könnten, nämlich keine Terrainverschiebungen und ein gewisser Teil einer Oberflächenversiegelung. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass relativ viele Belagsarbeiten um das Gebäude sein werden. Es wäre dann sicher nicht so, dass man als Stadt mehr Geld verdienen würde, aber garantiert auch nicht weniger. Was wird für die anderen betroffenen Unternehmer im Gebiet ERO gemacht? Es gibt noch kleinere Unternehmen. Es kommt mir gerade ein Metallbauer in den Sinn. Ich weiss nicht, ob es noch andere hat. Werden sie auch im gleichen Massstab wie die Firma Riggenbach AG unterstützt? Dass den jetzigen Mietern des Schlachthofs Support bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten geleistet worden ist, betrachten wir als konkrete und echte Wirtschaftsförderung. Einen kleinen "Tolgggen" hat es hier und er ist es wert, erwähnt zu werden. Einer dieser Mieter hat gedroht, Druck via Parlament auszuüben. Dies finde ich irgendwie etwas peinlich und ich denke, es muss hier etwas erwähnt werden. Das duldet man nicht. Das ist einfach der Hammer. Sie wissen, wen ich meine. Zurück zur Wirtschaftsförderung: Der Verzicht auf den Perimeterbeitrag liegt in unseren Augen drin, weil in Olten praktisch keine neuen Strassen mehr gebaut werden. Die Perimeterbeiträge kommen vielleicht im Kleinholz noch einmal zum Tragen, aber sonst eigentlich nicht. Ich denke, das ist etwas ausgleichende Gerechtigkeit, darf aber selbstverständlich kein Präjudiz darstellen. Ein kleiner und nicht zu ändernder Mangel ist natürlich mit Sicherheit die späte Erarbeitung des Masterplans. Wir haben schon gewusst, wo der Werkhof ist und man hat schon gewusst, dass das Feuerwehrmagazin kommt. Erst dann hat man eigentlich gewusst, was mit dem Rest passiert. Ich meine nur, dass die Lage vor dem Feuerwehrmagazin weiter vorne noch praktisch gewesen wäre, näher am Ausgang zu diesem abgeschlossenen Perimeter. Ich weiss auch nicht, wo der Zugang zur ERO ist. Ich glaube, es gibt ihn dort nicht. Man muss schon rundherum fahren. Ich denke, dies wäre noch zweckmässig gewesen, aber ist selbstverständlich nicht mehr zu ändern. Zum Schluss: Dank an die Firma Riggenbach, wenn sie auf den Vertrag einsteigen und in Olten bleiben. Dank der sbo, dass sie Hand geboten und auf das Vorkaufsrecht verzichtet haben und Dank dem Stadtrat, dass Ihr Euch so schnell zusammen mit allen Beteiligten gefunden hat. Wir sind froh. Die SP wird auf beide Geschäfte eintreten und einstimmig zustimmen.

Roland Rudolf von Rohr: Die CVP/EVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft ebenfalls einstimmig zu. Es gibt viele Gründe, die dafür sprechen, viel gewichtigere Gründe. Ich möchte aber am Anfang auch auf die Gründe, die uns etwas skeptisch gestimmt haben, eingehen. Druck haben wir keinen gehabt, wenn ich Daniel noch Antwort geben darf. Wir haben zwar mit dem Herrn, den wahrscheinlich alle meinen, auch gesprochen. Aber er hat ja selber diesem Geschäft in einem anderen Gremium auch zugestimmt gehabt. Wir haben hier völlig ohne Druck entscheiden dürfen. Skepsis haben wir gehabt, weil wir dort doch einen gewissen Freiraum weitergeben, wo eventuell ein anderes Entwicklungsgebiet möglich gewesen wäre: Ein Gewerbezentrum, andere Nutzungen. Die Lage ist nämlich sehr gut dort. Wir haben uns auch immer wieder über den Preis unterhalten. Ich denke aber, dass dieser Preis so in Ordnung ist und das Blatt, das heute hier noch verteilt worden ist, bestätigt dies auch. Diese Skepsis ist schnell gewichen, als man dann die positiven Seiten dieser Veräusserung aufgezeichnet hat. Das ist, dass eben eine Traditionsfirma mit 110 Angestellten hier in Olten bleibt und eine Firma, die so viele Arbeitsplätze bietet, vor allem auch Handwerkern, Hilfsarbeitern und eben Lehrlingen, ist doch in unserer Stadt eher rar und das sollten wir uns bewahren. Sicher sind

auch Neuinvestitionen sehr erfreulich, die auch wieder einen wirtschaftlichen Aufschwung geben werden. Das Argument der Verzögerung der ERO ist bei uns eher auf schwachen Füßen gestanden. Uns haben auch Fachleute gesagt, dass eine solche Enteignung halt einfach auch möglich wäre. Ich denke, das ist bei uns sicher nicht das Kardinalargument gewesen. Eher Neuinvestition, die Wirtschaftsförderung und das Bewahren einer traditionellen Firma hier in Olten. Es ist klar: Die Abbruch- und Entsorgungskosten sind logischerweise zu übernehmen. Das wäre in jedem Fall logisch gewesen. Aber die Erschliessungskosten sind ein Entgegenkommen unsererseits, was auch so gewertet werden muss. In diesem Moment denken wir auch, dass die Haltung des Stadtrates so richtig ist, dass man auf diesem Preis jetzt bleibt. Wir sind entgegengekommen, offenbar auch noch in gewisser Zurverfügungstellung von Infrastruktur und glauben, dass jetzt hier ein gutes Geschäft für beide Seiten zustande kommen kann. Eine kleine Frage habe ich noch wegen den 310 Quadratmetern des Wegrechtes dort. Wenn wir dies dann nicht brauchen, wird es die Firma automatisch übernehmen? Ist dies im Kaufvertrag enthalten oder kann sie dann sagen: Ja, wenn Ihr es nicht braucht, wir brauchen es auch nicht? Das dürfte noch interessant sein, weil es ja nur so ein schmaler Streifen ist dort. Das würde uns noch interessieren. Aber unabhängig von dieser Antwort werden wir dem Geschäft zustimmen.

Marcel Buck: Wir haben diese zwei Geschäfte ebenfalls miteinander behandelt und folgen der GPK aus den bereits sehr ausführlich erwähnten Gründen, die meine Vorrednerinnen und Vorredner schon mitgeteilt haben.

Stadträtin Silvia Forster: Ich beginne beim Schluss. Die 310 Quadratmeter möchte die Stadt Olten eigentlich für den Veloweg brauchen. Dort sind wir aber noch in Verhandlung mit der SBB, ob es auf der anderen Seite auch klappen würde. Wenn wir dort - was wir nicht hoffen - nicht einig würden, würde die Firma Riggerbach dies übernehmen, so dass wir in diesem Sinne keinen Restposten hätten. Zu den Altlasten: Wir haben aus dem Verkauf der Altmatt gelernt und haben die Altlasten detaillierter untersucht. Wir sind beim Betrag, der hier drin erwähnt wird, vom schlechtesten Fall ausgegangen aufgrund der Vorabklärungen, die im Bericht vorliegen. Bei keinem Gelände ist man vor Überraschungen gefeit. Aber wir gehen davon aus, dass wir hier auf einer guten, sicheren Seite sind. Dann ist noch das Thema betreffend gleichem Vorgehen wie bei der sbo aufgeworfen worden. Dass die Firma Riggerbach nicht unterkellern würde, dort hat sich einfach gezeigt, dass dies nicht möglich ist. Wenn sie nicht unterkellern würden, hätten sie zuwenig Platz, das heisst, sie können nicht einfach eine Platte darauflegen. Herr Schneider hat ebenfalls noch die Verlegung der anderen Firma angesprochen - ich lege es offen - der Schlosserei von Arx und ein Thema ist die Firma Stirnimann. Dazu gibt es zu sagen, dass in diesem Geschäft nicht die Stadt Olten die Federführung hat, in diesem Geschäft verhandelt der Kanton direkt. Der Kanton verhandelt mit der Firma von Arx und der Kanton verhandelt mit der Firma Stirnimann. Wir erbringen dort einfach ebenfalls die nötigen Dienstleistungen. Aber wir sind dort nicht so direkt involviert wie bei diesem Geschäft. Für die Mieter im heutigen Schlachthof zeichnet sich für den Hauptmieter, der die meisten Arbeitsplätze anbietet, eine Lösung ab. Ich glaube, damit alle gestellten Fragen beantwortet zu haben. Jetzt sehe ich noch das Stichwort Enteignung: Es ist klar, dass eine Enteignung möglich wäre. Aber die Enteignung geht sehr lange und ich denke, dann wäre nicht Start 2008 mit Baubeginn.

Rolf Sommer: Als Mitglied der städtischen Baukommission und Stadtentwicklungskommission befremdet es mich etwas, dass wir einen Antrag ohne Zusatz 5 erhalten. Das ist vermutlich irgendwie im Nachhinein mit den Perimeterbeiträgen gekommen. Von der Baukommission hätte mich die Meinung sehr stark interessiert, denn wenn irgend jemand anders kommt, was passiert? Sagt man, man hat ihnen die Perimeterbeiträge auch erlassen? Wir möchten dies auch irgendwo anders. Ich hoffe nicht, dass hier ein Präjudiz geschaffen wird. Es ist schon erwähnt worden. Aber mich hätte die Meinung von der Baukommission in diesem Zusammenhang sehr stark interessiert. Ich habe keine Ahnung, weshalb diese Geschäfte nicht so hineingekommen sind, denn auch im Original-Bericht und Antrag ist es nicht enthalten

gewesen. Dazu möchte ich eine Auskunft. Zufälligerweise gibt es in diesem Geschäft einen gemeinsamen Nenner. Ich habe heute auch mit den beiden Ehrenpräsidenten des STV, Sektion Olten, gesprochen: Urs von Felten und Norbert Caspar, und gefragt, ob sie Garantie geben würden, wenn die Riggensbach AG dort bauen würde. Er sagt: Vermutlich sicher. Aber eine hundertprozentige Garantie hat man nicht und nirgends. Ich weiss nicht, was passieren würde, wenn sie sagen würden: Nein, wir bauen hier nicht. Der schlechteste Fall ist hier nirgends aufgeführt. Ich weiss nicht, ob hier Verhandlungen stattgefunden haben. Aber es würde mich wirklich interessieren, was passieren würde, wenn einer sagen würde: Nein.

Stadträtin Silvia Forster: Rolf Sommer, ich möchte einfach sagen, es gibt Kompetenzordnungen. Die Baukommission hat eine Zuständigkeit und ein Pflichtenheft, das geregelt ist und der Stadtrat. Der Stadtrat hat seine Arbeit gemacht und hat verhandelt. Bei der sbo und der Firma Riggensbach hat man gesagt, man kommt entgegen, macht Wirtschaftsförderung und verzichtet auf den Perimeterbeitrag. Ich kann hier versichern, der Stadtrat hat sehr wohl abgewogen, welche Präjudizien wir eingehen und ist sich der Verantwortung bewusst und ist auch überzeugt, dass wir hier kein Präjudiz schaffen, das man nicht verantworten kann. Rolf, ich denke, die Baukommission ist gut informiert gewesen und es ist nicht in erster Linie Aufgabe der Baukommission, über Erlass oder Nichterlass von Perimeterbeiträgen zu beschliessen, sondern sie müssen über Projekte und städtebauliche Aspekte beschliessen. Von daher denke ich, der Stadtrat hat in der Vorbereitung dieses Geschäfts keinen Fehler gemacht. Wir sind jetzt hier im Parlament und nicht in der Baukommission. Der schlechteste Fall - das ist ja vorher auch von der FdP angesprochen worden - was ist. Ich kann noch einmal sagen: Ich habe vorgestern mit Herrn Eggimann, der Nachfolger von Herrn von Felten werden wird, noch einmal ein Gespräch gehabt. Wenn mir jemand sagt: "Ich hoffe, das Geschäft gehe heute so über die Bühne im Parlament wie es der Stadtrat beantragt", ist es für mich fast so etwas wie ein Ja und wenn halt jemand hier nicht mitmacht, kommt das Geschäft nicht zustande, dann muss der Stadtrat die Aufgabe wieder wahrnehmen und sich zusammen mit dem Parlament überlegen: Was machen wir mit diesem Gelände? Aber das ist jetzt wirklich etwas, das ich mir nicht wünsche und von dem ich nicht ausgehe. Ich möchte die Worte von Ernst Zingg in einem anderen Zusammenhang brauchen: "Das ziehen wir jetzt durch". Ich möchte Sie bitten, dass wir dies miteinander durchziehen.

Dr. Max Pfenninger: Vielleicht gerade zum Beseitigen der von Rolf Sommer geäusserten Bedenken möchte ich zu Händen des Protokolls Frau Forster fragen: Ist im schlechtesten Fall, wenn kein Bauvorhaben Riggensbach zustande kommt, ein Rückkaufsrecht der Stadt im Vertrag postuliert, dass das Grundstück nicht durch den neuen Eigentümer spekulativ an Dritte veräussert werden könnte? Wenn das der Fall ist, denke ich, sind alle Bedenken ausgeräumt.

Stadträtin Silvia Forster: Das kann man bestätigen, dass wir so etwas in einen Vertrag aufnehmen werden, weil es für uns auch klar ist, dass wir dies nicht wollen. Dass wider Erwarten die Firma Riggensbach dies kaufen würde und dann irgend einmal entscheiden würde, dass sie nicht bauen wird, ist für mich eine Vorstellung, die ich fast nicht in meinen Kopf hineinbringen kann. Ich muss dies ehrlich sagen. Aber wir werden uns vertraglich absichern, damit dies nicht passieren und mit diesem Land nicht spekuliert werden kann.

Rolf Sommer: Silvia, ich kenne die Kompetenzordnung zwischen Stadtrat, Baukommission und Gemeindeparlament schon. Ich glaube, Du musst mir dies nicht erzählen. Wir haben dieses Geschäft in der Baukommission und der Stadtentwicklungskommission auch nur zur Kenntnis nehmen können. Aber ich finde es einfach schade, wenn man es schon als Geschäft hineinbringt. Dann muss man es gar nicht hineinbringen. Dann muss man einfach sagen: Das interessiert sie nicht. Es ist nicht die Kompetenz. Wenn man aber solche Sachen drin hat, sollte man es auch kommunizieren können, dass dort noch etwas Zusätzliches kommt. Das finde ich einfach schade. Dass man eine offene Kommunikation macht. Das ist das Einzige.



Stadtpräsident Ernst Zingg: Es braucht eigentlich keine Unterstützung für Frau Forster. Das ist alles genau so, wie wir es besprochen haben. Aber ich möchte noch zwei Informationen weitergeben. Die sogenannte Sommer'sche Unsicherheit, ob sie mitmachen oder nicht. Erstens ist klar gesagt worden, dass Aussagen vorhanden sind, dass die Firma Riggenbach mitmacht. Wir werden selbstverständlich vertragliche Bestimmungen aushandeln, die alles ausschliessen, was Dr. Max Pfenninger befürchtet. Ich glaube, in solchen Sachen sind wir auch gut dotiert. Die Information ist folgende: Die sbo und a.en, der zweite Bereich, haben ein Projekt, eine Planung mit einem Terminplan und sehr positiv auf das reagiert, was wir jetzt machen. Man kann davon ausgehen, dass dieser Bereich ebenfalls kommt. Das ist einmal eine klare Aussage. Zweitens ist es so, dass die Firma Riggenbach mit dem Termin nicht valieren und machen kann: Wir kommen, wir kommen nicht, weil die Entlastung Region Olten der Ausgangspunkt des Ganzen ist. Dort geht es jetzt nicht um Jahre, es geht nicht einmal um Monate, sondern um Wochen, um eine Planung zu machen. Dem Stadtrat, Frau Forster und mir, stehen jetzt Informationen dieser Planungsfirma zu - das ist nicht ganz eine unbekannte, die gerade beide Areale beplant - die Klarheit schaffen, dass diese Projekte praktisch auf dem Tisch liegen. Nehmt dies bitte zur Kenntnis.

Beschluss

Mit 45 : 0 Stimmen wird Eintreten beschlossen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Verkauf des Areals «Alter Schlachthof» im Halte von 6'892 m² mit einem Bruttoverkaufspreis von Fr. 1'378'400.00 (Fr. 200.00 pro m²) an die Firma Riggenbach AG, Olten, wird genehmigt. Wie im Bericht unter Ziffer 7 a) erwähnt, kann die Landfläche um ca. 310 m² vergrössert werden. In diesem Fall erhöht sich der Verkaufspreis um Fr. 62'000.00 (Fr. 200.00 pro m²).
2. Für den Abbruch der bestehenden Liegenschaften wird der Firma Riggenbach AG ein Kostenbeitrag von Fr. 300'000.00 zugesprochen.
3. Unter Berücksichtigung der Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses-Antrages wird der Verkauf des Areals «Alter Schlachthof» im Halte von 6'892 m² mit einem Nettoverkaufspreis von Fr. 1'078'400.00 an die Firma Riggenbach AG genehmigt. Wie unter Ziffer 1 erwähnt, wird sich der Nettoverkaufspreis bei einer zusätzlichen Landbeanspruchung von ca. 310 m² um Fr. 62'000.00 erhöhen (Fr. 200.00 pro m²).
4. Die Kosten für die Entsorgung der Altlasten von Fr. 455'000.00 (inkl. MwSt.) gemäss den geschätzten Maximalkosten von Geologe Jürg Haller werden bewilligt.
5. Der Perimeterbeitrag von circa Fr. 145'000.00 an die Erstellungskosten der neuen Erschliessung (Strasse und Kanalisation) wird der Firma Riggenbach AG erlassen.



6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:

Baudirektion/Herrn Adrian Balz (2)
Stabsstelle Planung/Herrn Pietro Prina
Finanzdirektion/Herrn Peter Kohler
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 1/2, 15/0, 29/17

Prot.-Nr. 66

Werkhofareal Nord inkl. EV-Magazin/Veräusserung an die Städtischen Betriebe Olten (sbo)

Zusammenfassung

Zur Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten der Städtischen Betriebe Olten (sbo) hinsichtlich eines Neubaus auf einem geeigneten Grundstück, hat die Einwohnergemeinde der Stadt Olten (EGO) den sbo im Jahr 2001 ein Vorkaufsrecht für das Areal «Alter Schlachthof» eingeräumt. Die sbo, die Aare Energie AG (a.en) und die Atel Versorgungs AG (AVAG) beabsichtigen zum Zweck der räumlichen Zusammenführung ihrer Verwaltungen und ihrer Werkhöfe bis zum Jahr 2009 einen Neubau zu realisieren. Das Areal «Alter Schlachthof» eignet sich für dieses Bauvorhaben und die sbo haben nach wie vor Interesse am Kauf dieses Areals. Hingegen sind sie bereit - im Interesse einer möglichst raschen Realisierung der Entlastung der Region Olten (ERO) - auf die Ausübung ihres Vorkaufsrechtes zu verzichten. Die sbo unterstützen damit den Verkauf des Areals an die Firma Riggensbach AG (vgl. separater Bericht und Antrag). Um ihr Neubauvorhaben trotzdem an geeignetem Standort realisieren zu können, möchten die sbo das «Werkhof-Areal Nord», im Anhang grün gekennzeichnet, von der EGO käuflich erwerben.

Die beabsichtigten Verkäufe an die sbo und die Firma Riggensbach AG ermöglichen mit den geplanten Bauvorhaben eine optimale Nutzung des gesamten Areals Werkhof / «Alter Schlachthof». Der Stadtrat, die Kommission für Stadtentwicklung und die Baukommission befürworten beide Verkäufe.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Die sbo und die a.en haben heute ihre Werkhöfe in Dulliken und Olten und sind mit Ihrer Verwaltung im Hammer-Center eingemietet. Die sbo, die a.en und die AVAG beabsichtigen aus betrieblichen und wirtschaftlichen Gründen ihre Werkhöfe und die Verwaltung in einem Neubau räumlich zusammen zu führen. Der Neubau soll circa Ende 2009 bezogen werden können.

Die sbo verfügen über ein Vorkaufsrecht auf dem Grundstück «Alter Schlachthof». Von der Lage und Grösse her ist dieses Areal für die Bedürfnisse der sbo geeignet. Sie haben deshalb grundsätzlich Interesse am Kauf dieses Areals.



Um die im übergeordneten öffentlichen Interesse stehende Realisierung der ERO in keiner Weise zu verzögern, sind die sbo jedoch damit einverstanden, dass die EGO das Areal «Alter Schlachthof» der Firma Riggensbach AG veräussert. Sie verzichten auf ihr Vorkaufsrecht, wenn die EGO den sbo das «Werkhofareal Nord» inkl. Grundstück EV-Magazin (im Anhang grün umrandet) zu den in diesem Bericht dargelegten Bedingungen veräussert. Sie werden den Verzicht auf das Vorkaufsrecht schriftlich bestätigen, sobald der Beschluss des Gemeindeparlamentes für den Verkauf des «Werkhofareals Nord» (im Anhang grün eingezeichnet) und der gegenseitig unterzeichnete Vorvertrag vorliegt.

2. Verkehrswertschätzung / Verkaufspreis

Von der Lage her kann der Verkehrswert dieses Areals grundsätzlich mit dem Areal «Alter Schlachthof» (Preis Fr. 200.00 pro m²) gleichgesetzt werden. Im Vergleich zum Areal «Alter Schlachthof» ergeben sich wegen der Grundstücksform und Topographie Einschränkungen bezüglich den Überbaumöglichkeiten. Da deshalb etliche nicht nutzbare «Restflächen» entstehen, ist es angemessen, den Verkaufspreis pro m² gegenüber dem ehemaligen Schlachthofareal um 10 % zu reduzieren. Dies ergibt einen Quadratmeterpreis von Fr. 180.00.

Davon ausgenommen ist das Grundstück mit dem EV-Magazin, im Halte von 1'111 m², welches die EGO - gestützt auf den Stadtratsbeschluss vom 13. September 2004 (Prot.-Nr. 211) - von den sbo zum Preis von Fr. 750'000.00 erworben hat. Die sbo erwerben das EV-Magazin inkl. Grundstück deshalb zum gleichen Preis zurück.

3. Untersuchung über die Altlasten und die geologische Verhältnisse

Grundstück GB Olten Nr. 5903 inkl. des Gebäudes des ehemaligen EV-Magazins (im Anhang dunkelgrün gekennzeichnet):

Gestützt auf den Stadtratsbeschluss vom 13. September 2004 (Protokoll Nr. 225) hat die EGO von den sbo das EV-Magazin inkl. Grundstück GB Olten Nr. 5903 im Halte von 1'111 m² erworben. Im entsprechenden Kaufvertrag bzw. im Grundbuch ist festgehalten, dass allfällige auf dem Kaufsobjekt festgestellte «Altlasten» von den sbo auf ihre Kosten zu beseitigen sind. Mit dem Wiederverkauf dieses Grundstückes an die sbo bleiben die Pflicht und die Kostenübernahme für die Beseitigung, allfälliger Altlasten bei den sbo. Aus diesem Grunde wurde dieses Grundstück von der Altlastenuntersuchung ausgeklammert.

Restliches Areal (Teile der GB Olten Nrn. 2148 und 1086) im Halte von 7'793 m² (im Anhang grün gekennzeichnet):

Für dieses Areal wurde vom geologischen Büro Jürg Haller Gretzenbach aufgrund von «Baggerschlitten» und Laborproben ein Bericht über die Baugrund- und Altlastenuntersuchung verfasst. Dabei wurde das gesamte Areal in neun Teilflächen unterteilt und eine Volumenschätzung der verschiedenen Schichtanteile K1, K2 und K3 für jede Teilfläche vorgenommen.

K1 = Platz- und Gebäudekoffer

K2 = Künstliche Ablagerung mit wenigen Fremdbeimengungen, die teilweise unverschmutzt, teilweise leicht belastet sind

K3 = Künstliche Ablagerung mit vielen Fremdbeimengungen, die dementsprechend stark belastet sind.

Aufgrund der Abschätzung der Volumenanteile der verschiedenen Schichten K1, K2 und K3 hat Jürg Haller eine grobe Kostenschätzung vorgenommen. Dabei geht er von einer Variante M (mittlere Annahmen) und einer Variante X (worst case / kostenintensive Variante) aus. Die grobe Kostenschätzung (alle Kosten exkl. MwSt) präsentiert sich zusammengefasst wie folgt:

Bei einem völligen Aushub sämtlicher «Altlasten» betragen die geschätzten Kosten bei der Variante M Fr. 560'000.00 und bei der Variante X Fr. 1'300'000.00. Der grösste Kostenanteil fällt dabei für die Entsorgung des reaktiven Materials (im Anhang gekennzeichnet) an, nämlich bei der Variante M ca. Fr. 310'000.00 und bei der Variante X ca. Fr. 1'100'000.00.

Mit Schreiben vom 01. März 2006 stellt das Kantonale Amt für Umwelt / Abteilung Boden fest, dass das reaktive Material in nördlichen Bereich des Areals (im Anhang gekennzeichnet) an Ort und Stelle belassen und auf eine Entsorgung verzichtet werden kann. Dies aber nur, wenn keine Materialbewegungen stattfinden, kein Oberflächenwasser Zutritt, also auch zukünftig eine Versiegelung vorliegt, und eine allfällige spätere Sanierung nicht verunmöglicht wird.

Im Uferbereich der Dünnern können hingegen nicht von vornherein Schadstoffaustritte ins Oberflächengewässer bzw. ins Grundwasser ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund sind weitergehende Untersuchungen notwendig und erst aufgrund dieser Resultate kann entschieden werden, ob der Dünnern-Uferbereich «natürlich» belassen werden kann oder ob auch dieser Teil mit einer wasserdichten Belagsschicht versiegelt werden muss (z. B. Ufermauer).

Sofern das Gebiet entsprechend den Vorgaben des Kantonalen Amtes für Umwelt nicht bewegt und mit einer wasserdichten Belagschicht überdeckt wird, schätzt Geologe Jürg Haller die Kosteneinsparungen für die Altlastensanierung bei der Variante M auf ca. Fr. 240'000.00 und bei der Variante X auf Fr. 800'000.00. Dies bedeutet eine achtzigprozentige Einsparung bezüglich der Entsorgung des reaktiven Materials. Die achtzigprozentige Einsparung ist damit begründet, dass aufgrund der vorgenommenen Untersuchungen eine Unsicherheit im Verlauf der verschiedenen Schichten besteht (insbesondere auch im Uferbereich) und somit nicht mit einer hundertprozentigen Einsparung gerechnet werden darf.

Aufgrund dieser Kostenschätzungen und der Stellungnahme des Kantonalen Amtes für Umwelt ist es nicht vertretbar, das reaktive Material zu entsorgen. Die sbo werden somit verpflichtet, das Teilgebiet mit reaktivem Material nicht zu «bewegen» und mit einer wasserdichten Belagschicht abzudichten. Dies bedeutet, dass die sbo bei der Projektierung ihres Neubauvorhabens diese Rahmenbedingungen einhält. Da das Teilgebiet mit reaktiven Material am Rande des Grundstückes liegt, sollte dies möglich sein.

4. Verzicht der sbo auf ihr Vorkaufsrecht für Areal «Alter» Schlachthof / GB Olten Nr. 1086

Um die im übergeordneten öffentlichen Interesse stehende Realisierung der ERO in keiner Weise zu verzögern, sind die sbo einverstanden, dass die EGO das ehemalige Schlachthofareal der Firma Riggenbach AG veräussert. Sie ist somit bereit, unter nachfolgenden Bedingungen, auf ihr Vorkaufsrecht zu verzichten:

- a) Die EGO sichert den sbo - mit den entsprechenden Beschlüssen durch den Stadtrat, das Gemeindeparlament und einem gegenseitig unterzeichneten Vorvertrag - den Verkauf des «Werkhof-Areals Nord» mit einer Gesamtfläche von ca. 8'904 m² (im Anhang grün / dunkelgrün gekennzeichnete Fläche) zu.

- b) Gestützt auf den Stadtratsbeschluss vom 13. September 2004 (Prot.-Nr. 225) hat die EGO von den sbo das EV-Magazin inkl. Grundstück im Halte von 1'111 m² (im Anhang dunkelgrün gekennzeichnet) zum Preis von Fr. 750'000.00 erworben. Die sbo erwerben von der EGO das EV-Magazin inkl. Grundstück zum selbigen Preis.
- c) Die restliche Grundstückfläche - im Anhang grün gekennzeichnet - (8'904 m² abzgl. 1'111 m²) von 7'793 m² wird zum Preis von Fr. 180.00 pro Quadratmeter bzw. zum Gesamtpreis Fr. 1'402'740.00 erworben.

5. Richtlinie für das strategische Vorgehen beim Verkauf und Kauf von Liegenschaften und Grundstücken vom 12. Juli 2004

Bei jeder zur Veräusserung vorgesehenen Liegenschaft bzw. Grundstück werden gemäss Art. 4, insbesondere folgende Grundlagen zur Beurteilung aufgezeigt:

a) Aktuelles und neutrales Verkehrswertgutachten

Ein entsprechendes Gutachten für die direkt benachbarte Parzelle «Alter Schlachthof» liegt vor. Aufgrund von verschiedenen Einschätzungen – insbesondere aber den aktuellen Marktverhältnissen – wird bei diesem Grundstück von einem realistischen Verkaufspreis von Fr. 200.00 pro m² ausgegangen.

Aufgrund der im Punkt 2 ausführlich erwähnten Einschränkungen kann beim Grundstück «Werkhofareal Nord» ein Verkaufspreis von Fr. 180.00 pro m² als realistisch bezeichnet werden.

b) Rendite

Die sbo sind zurzeit Mieter des EV-Gebäudes. Diese Mietzinseinnahmen bzw. die Rendite sind insofern für das vorliegende Geschäft irrelevant, da es sich beim EV-Magazin im Rahmen der von den sbo beabsichtigten Neuüberbauungen um ein Abbruchobjekt handelt.

c) Baulicher Zustand und damit verbundene Kosten für die Instandstellung und Unterhalt

Das Gebäude des EV-Magazins ist von seiner baulichen Grundstruktur grundsätzlich in einem guten Zustand. Hingegen ist das EV-Magazin ausschliesslich auf die Bedürfnisse der sbo ausgerichtet und müsste bei einer Weitervermietung je nach den Bedürfnissen des Mieters oder der Mieterin im Innern mit erheblichen Kosten umgebaut werden.

d) Städtebaulicher Stellenwert bzw. Bedeutung für die bauliche und nutzungsmässige Entwicklung unter Einbezug der relevanten Umgebung

Im Zusammenhang mit den Neubauten «Feuerwehrmagazin» und «Werkhof» wurde von der Architektengemeinschaft Schmuziger / Stäuble ein Masterplan für das gesamte Werkhof-Areal erarbeitet. Dieser dient - im Sinne einer Machbarkeitstudie - als Grundlage für eine sinnvolle Weiterüberbauung des gesamten Werkhof-Areals. Je nach Nutzung und Bauvolumen künftiger Investoren kann von diesem Masterplan insbesondere im nördlichen Bereich auch abgewichen werden, ohne dass dabei die städtebauliche Güte verloren geht.

Das bestehende EV-Magazin kann nicht sinnvoll in eine Gesamtüberbauung integriert werden und muss deshalb - wie es die sbo auch vorgesehen haben - abgerissen werden.



e) Öffentliche Ausschreibung

Der Verkauf des «Werkhofareals Nord» an die sbo steht in direktem Zusammenhang mit dem Verkauf des Areals «Alter Schlachthof» an die Firma Riggerbach AG, da die sbo auf das Vorkaufsrecht für das Areal «Alter Schlachthof» verzichten und deshalb auf den Erwerb des «Werkhofareals Nord» angewiesen sind.

Das übergeordnete öffentliche Interesse an der verzögerungsfreien Realisierung der ERO gilt somit auch für diesen Verkauf. Im Weiteren wäre eine öffentliche Ausschreibung ohnehin nicht erforderlich, da die sbo zu 100 % im Eigentum der EGO sind und damit Eigenbedarf geltend gemacht werden kann.

Aufgrund dieser Fakten wird auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet.

6. Rahmenbedingungen für den Verkauf

Die EGO verkauft den sbo das im Anhang grün gekennzeichnete «Werkhofareal Nord» im Halte von insgesamt ca. 8'904 m² im Wesentlichen zu folgenden Konditionen:

a) Verkaufspreis

EV-Magazin inkl. Grundstück mit 1'111 m ²	Fr. 750'000.00
Restliches Areal mit 7'793 m ² à Fr. 180.00	Fr. 1'402'740.00
Verkaufspreis netto	Fr. 2'152'740.00

Die Handänderungssteuer ist vollumfänglich von der Kaufspartei zu tragen.

b) Altlasten

Wie in Ziffer 3 dieses Berichtes dargelegt, werden die sbo verpflichtet, auf dem nördlichen Teilgebiet mit reaktivem Material keine Materialbewegungen vorzunehmen und dieses wie bereits heute mit einem Wasser undurchlässigen Belag zu versiegeln. Für diesen Bereich wird die EGO von jeglichen Kosten für die Entsorgung der Altlasten entbunden.

Die Kosten für die auf der übrigen Fläche erforderliche Entsorgung der Altlasten übernimmt die EGO. Diese betragen nach Schätzung von Geologe Jürg Haller im Minimum Fr. 160'000.00 und im Maximum Fr. 500'000.00.

c) Allfällige Grenzbereinigung zum Areal «Färbi»

Eine Arrondierung des Areals der «Färbi» ist zum heutigen Zeitpunkt kein Thema. Hingegen soll bei der Ausarbeitung des Vorvertrages eine allfällige Grenzbereinigung überprüft und vorgenommen werden, sodass das Areal der «Färbi» in Zukunft noch zweckmässig überbaut werden kann.

7. Stellungnahme der Kommissionen

7.1 Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission für Stadtentwicklung hat das Geschäft an Ihrer Sitzung vom 16. Februar 2006 behandelt und empfiehlt dem Stadtrat das «Werkhof-Areal Nord» an die sbo, Olten, zu verkaufen.

7.2 Baukommission

Die Baukommission hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 27. Februar 2006 behandelt und empfiehlt dem Stadtrat das «Werkhof-Areal Nord» an die sbo, Olten, zu verkaufen.

8. Vorinformation über die erforderliche Entsorgung der Altlasten im Zusammenhang mit dem Neubau des Werkhofes (nicht Bestandteil dieses Bericht und Antrages)

Aufgrund der Boden-Altlastenuntersuchung von Geologe Jürg Haller werden im Rahmen des Werkhof-Neubaus und des Abbruchs des bestehenden Werkhofes Kosten für die Entsorgung der Altlasten in der Höhe von Fr. 150'000.00 bis Fr. 350'000.00 anfallen.

Beschlussesantrag:

1. Der Verkauf des «Werkhof-Areals Nord» inkl. Grundstück mit ehemaligem EV-Magazin mit einer Gesamtfläche von 8'904 m² zu einem Nettoverkaufspreis von Fr. 2'152'740.00 wird genehmigt. Aufgrund der in Ziffer 6.c erwähnten Grenzbereinigung zum Areal «Färbi» kann die Gesamtfläche und damit der Nettoverkaufspreis noch variieren.
2. Die sbo werden verpflichtet auf dem nördlichen Teilareal mit reaktivem Material keine Materialbewegungen vorzunehmen und diese Fläche mit einer Wasserundurchlässigen Belagsschicht zu versiegeln. Die genaue Grösse dieser Fläche und deren Standort müssen in Zusammenarbeit mit den sbo, dem Geologen Jürg Haller und dem Kantonalen Amt für Umwelt definiert werden. Diese Pflicht von Seiten der sbo ist integrierender Bestandteil des Kaufvertrages und muss im Grundbuch eingetragen werden.
3. Der Kredit von Fr. 540'000.00 (inkl. MwSt) für die Entsorgung der Altlasten gemäss Maximal-Schätzung von Jürg Haller wird bewilligt.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung zum geänderten Antrag des Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Urs Knapp: Die GPK ist einstimmig für den geänderten Antrag. Vielleicht noch wichtig in diesem Zusammenhang ist ein Hinweis auf die Altlastensituation. Der Boden wird dort versiegelt und stillgelegt. Es ist aber nicht ein Grab oder ein Endlager, sondern wenn irgend einmal zum Beispiel andere Gesetzesbestimmungen kommen oder das Areal von den Altlasten her "säufert", dann wird nicht der neue Eigentümer für die Sanierung dieser Altlast zuständig sein, sondern der bisherige, also die Stadt Olten. Im Sinne der Transparenz muss man einfach auch sagen, dass es möglich ist, dass irgend einmal unsere Nachfolger oder Nach-Nachfolger in diesem Rat einen Kredit für eine Altlastensanierung sprechen müssen. Es braucht dann aber relativ viel, weil man jetzt, wenn ein Gebäude darauf steht, relativ schlecht sanieren kann. Aber irgend einmal wird dies vielleicht auch wieder obsolet. Dann würde die Stadt zum Handkuss kommen. Die GPK empfiehlt Ihnen einstimmig Eintreten und auch Zustimmung zum geänderten Beschluss des Stadtrates.

Christian Wüthrich: Die FdP wird auf das Geschäft eintreten. Vieles ist schon von meinen Vorrednern gesagt worden.

Theo Schöni: Wie bereits vorher erwähnt, haben wir dies zusammen bearbeitet. Aber ich möchte trotzdem noch kurz auf das Werkhofareal Nord, insbesondere auch auf die Situation dieser Altlasten eintreten, wobei am Anfang noch etwas anderes zur Debatte steht. Im Falle einer Veräusserung des Werkhofs Nord inklusive Elektromagazin an die sbo frage ich mich, ob ein Verkauf überhaupt notwendig ist, da die sbo eine hundertprozentige Tochter der Stadt Olten ist. Diese Frage stellt sich insbesondere auch im Zusammenhang mit den Haftungsfragen bezüglich der vorhandenen Altlasten bzw. der Sanierung dieser Altlasten. Diese bleiben auch nach dem Verkauf und zu Recht in der Verantwortlichkeit der Stadt Olten. Aus diesen Gründen wäre es angezeigt gewesen, die Nutzung dieses Areals zwischen der Stadt und der sbo allenfalls in einem Baurechtsvertrag zu regeln. Im Weiteren stellt sich die Frage, ob durch die Nähe dieser bestehenden Altlasten zur Dünern die Zugänglichkeit zu diesen Altlasten durch eine Verbreiterung der Uferschutzzone zusätzlich hätte gewährleistet werden müssen. Wir wissen, dass die Stadt in diesem Bereich bis zu einem Meter an die Dünern hinbauen darf. Aber um die Zugänglichkeit und Sicherstellung dieser Sanierung zu gewährleisten, müsste man sich überlegen, ob dort eine andere Regelung getroffen werden müsste. Wir hoffen jedoch, dass durch entsprechende Auflagen der Baubewilligungsbehörde diesen Umständen entsprechend Sorgfalt beigemessen wird, damit keine Mobilisierung dieser potenziell vorhandenen Schadstoffe ausgelöst und gleichzeitig der Zugang für Interventionsmöglichkeiten offen gehalten wird. Wir werden trotz diesen Vorbehalten den Anträgen des Stadtrates folgen sowie den Zusatzantrag der GPK unterstützen.

Roland Rudolf von Rohr: Unsere Fraktion stimmt dem ebenfalls zu. Es ist alles gesagt. Die Stadt ist ja hundertprozentig auch die sbo. Wenn es also Gewinner gäbe, wäre die Stadt indirekt auch Gewinnerin oder allenfalls auch Verliererin. Aber ich denke, ein Verkauf muss gleichwohl sein, weil die sbo ja verselbständigt ist. Das kann man wahrscheinlich nicht anders machen.

Marcel Buck: Wie ich vorher schon gesagt habe und ich erwähne es jetzt halt noch einmal, damit es für alle klar ist, haben wir dieses Geschäft gemeinsam diskutiert und werden auch dem Beschlussesantrag zustimmen.

Stadträtin Silvia Forster: Der Verkauf ist nötig, weil es zwei Rechtspersönlichkeiten sind. Die Idee haben wir zuerst auch gehabt. Aber es geht nicht, da es zwei Rechtspersönlichkeiten sind. Ein Verkauf ist also nötig. Das Amt für Umwelt macht entsprechende Auflagen. Frau Kaufmann, welche die Altlastensanierung begleitet, schaut mit Argusaugen und das ist auch richtig so, dass alles gut geht und alles korrekt gemacht wird, eben auch der Abstand zur Dünern.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.



Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Verkauf des «Werkhof-Areals Nord» inklusive Grundstück mit ehemaligem EV-Magazin mit einer Gesamtfläche von 8'904 m² an die sbo zu einem Nettoverkaufspreis von Fr. 2'152'740.00 wird genehmigt. Aufgrund der in Ziffer 6 c erwähnten Grenzbereinigung zum Areal «Färbi» kann die Gesamtfläche und damit der Nettoverkaufspreis noch variieren. In diesem Fall wird ebenfalls der Quadratmeterpreis von Fr. 180.00 verrechnet.
2. Die sbo werden verpflichtet auf dem nördlichen Teilareal mit reaktivem Material keine Materialbewegungen vorzunehmen und diese Fläche mit einer Wasser undurchlässigen Belagsschicht zu versiegeln. Die genaue Grösse dieser Fläche und deren Standort müssen in Zusammenarbeit mit den sbo, dem Geologen Jürg Haller und dem Kantonalen Amt für Umwelt definiert werden. Diese Pflicht von Seiten der sbo ist integrierender Bestandteil des Kaufvertrages und muss im Grundbuch eingetragen werden.
3. Wie unter Ziffer 3 dieses Berichtes erwähnt, werden aufgrund des Belassens des reaktiven Materials die Einträge als belasteter Ablagerungsstandort auf dem von den sbo zu erwerbenden Grundstückes bleiben. Sollte aufgrund einer geänderten Gesetzgebung die Entsorgung dieses reaktiven Materials verordnet werden, so hat die EGO die entsprechenden Entsorgungskosten zu tragen. Diese Regelung ist ein integrierender Bestandteil des Kaufvertrages und wird im Grundbuch eingetragen.
4. Der Kredit von Fr. 540'000.00 (inkl. MwSt.) für die Entsorgung der Altlasten gemäss den geschätzten Maximalkosten von Geologe Jürg Haller, Gretzenbach, wird bewilligt.
5. Der Perimeterbeitrag an die Erstellungskosten der neuen Erschliessung (Strasse und Kanalisation) von ca. Fr. 190'000.00 wird den sbo erlassen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Stadträtin Silvia Forster: Weil Sie jetzt diesen zwei Geschäften zugestimmt haben, möchte ich Ihnen im Namen des Stadtrates herzlich danken. Wir werden Ihnen in der Folge an der nächsten Parlamentssitzung vom 11. Mai 2006 die Werkhofvorlage präsentieren und am 27. April 2006, 17.30 Uhr, vor der GPK- und den Fraktionssitzungen das Projekt vorstellen, wo der Architekt und alle da sind. Ich möchte die Interessierten bitten - auch die Kommissionen werden eingeladen sein - sich dieses Datum zu reservieren.

Mitteilung an:

Baudirektion/Herrn Adrian Balz (2)
Stabsstelle Planung/Herrn Pietro Prina
Finanzdirektion/Herrn Peter Kohler
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 7/2, 35/6

Prot.-Nr. 67

Rötzmattweg-Sportstrasse-Bornfeldstrasse, Kreisel/Projekt- und Kreditgenehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

Ausgangslage

Die Busbetriebe Olten Gösgen Gäu (BOGG) möchten auf die Verdichtung des Fahrplanes für das Gebiet Kleinholz mit einer Routenänderung reagieren. Es ist vorgesehen an der Kreuzung Sportstrasse-Rötzmattweg-Bornfeldstrasse die Busse zu wenden und die Strecke zurück über den Hausmattrain in das Stadtzentrum zu führen.

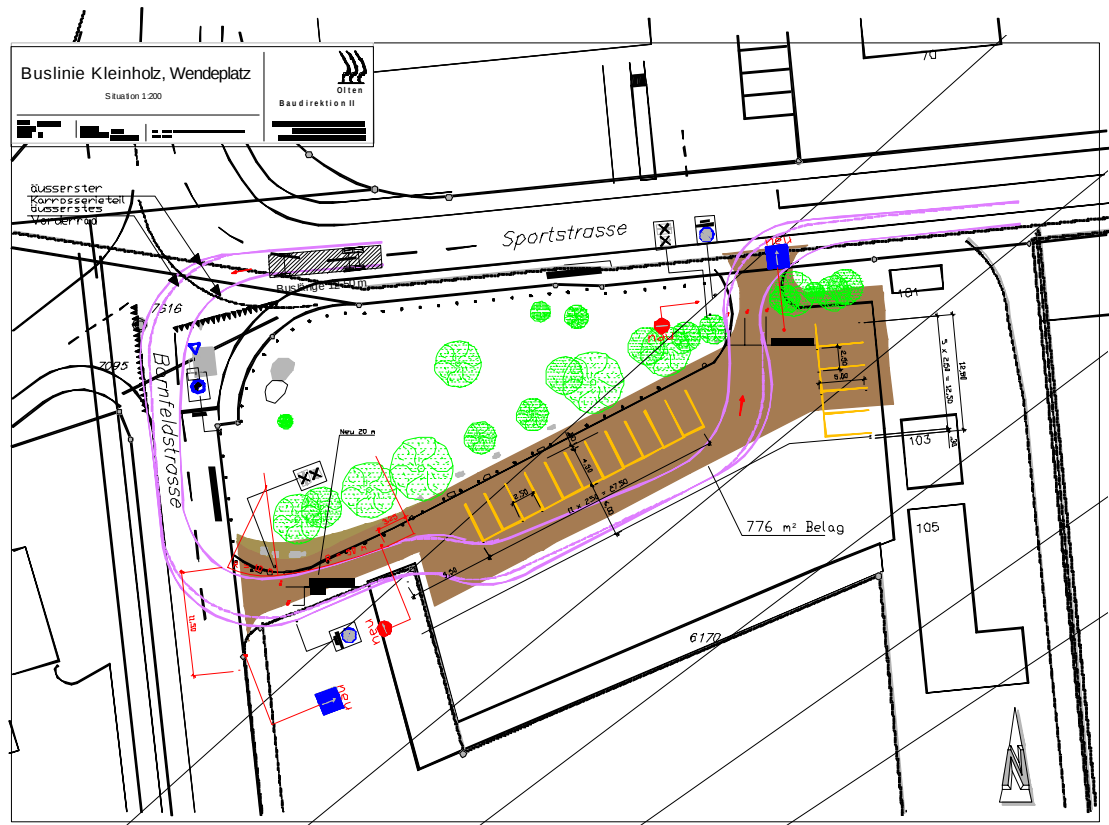
Ausgelöst durch diese Anfrage wurde im Tiefbauamt zusammengestellt, was bezüglich dieser Kreuzung noch für andere Anliegen bekannt sind:

- neues Verkehrsregime Sportstättenplanung (Zu- und Wegfahrt über Rötzmattweg)
- wegfallen der privaten Parkierungsflächen in diesem Gebiet bei Anlässen
- Verkehrssicherheit der Kreuzung (Unfälle)
- Belagszustand
- Werkleitungen
- und neu die T30 Zone auch über diese Kreuzung

Da sich die Anfrage der BOGG eigentlich auf eine Wendemöglichkeit über den bestehenden Parkplatz vis à vis MFK bezog, wurde in folgender Weise vorgegangen:

Projektvarianten

Als erstes wurde die eigentliche Anfrage „Wenden auf dem Parkplatz“ untersucht.



Heute kann auf diesem Parkplatz mit PW's frei parkiert werden. Er wird auch von den benachbarten Betrieben als Gästeparkplatz genutzt. Der Platz steht auch bei Anlässen in den Sportanlagen zur Verfügung. Parkieren durch Vereinsmitglieder während den wöchentlichen Trainings ist üblich. Ebenso wird er durch die Besucher der Minigolfanlagen benutzt. Da die Fläche nicht befestigt ist, kann nicht markiert werden und daher wird der Platz oft optimal ausgenutzt (zuparkieren).

Voraussetzung für eine Wendemöglichkeit ist aber eine Fahrspur, die ständige freigehalten werden muss. Dies bedingt ein Asphaltieren und Markieren der Parkieranlage, wodurch zwangsläufig Parkplätze verloren gehen.

Die Nachteile dieser Variante sind klar ersichtlich, deshalb wurde weiter untersucht, ob das Wenden auf der daneben liegenden Wiese (nördlich) nicht auf eine günstige Art bewerkstelligt werden kann. Die Wenderadien eines Busse sind jedoch relativ gross (mind. 12 m) und man konnte schnell erkennen, dass eine solche Lösung der Verkehrssicherheit nicht zuträglich ist.

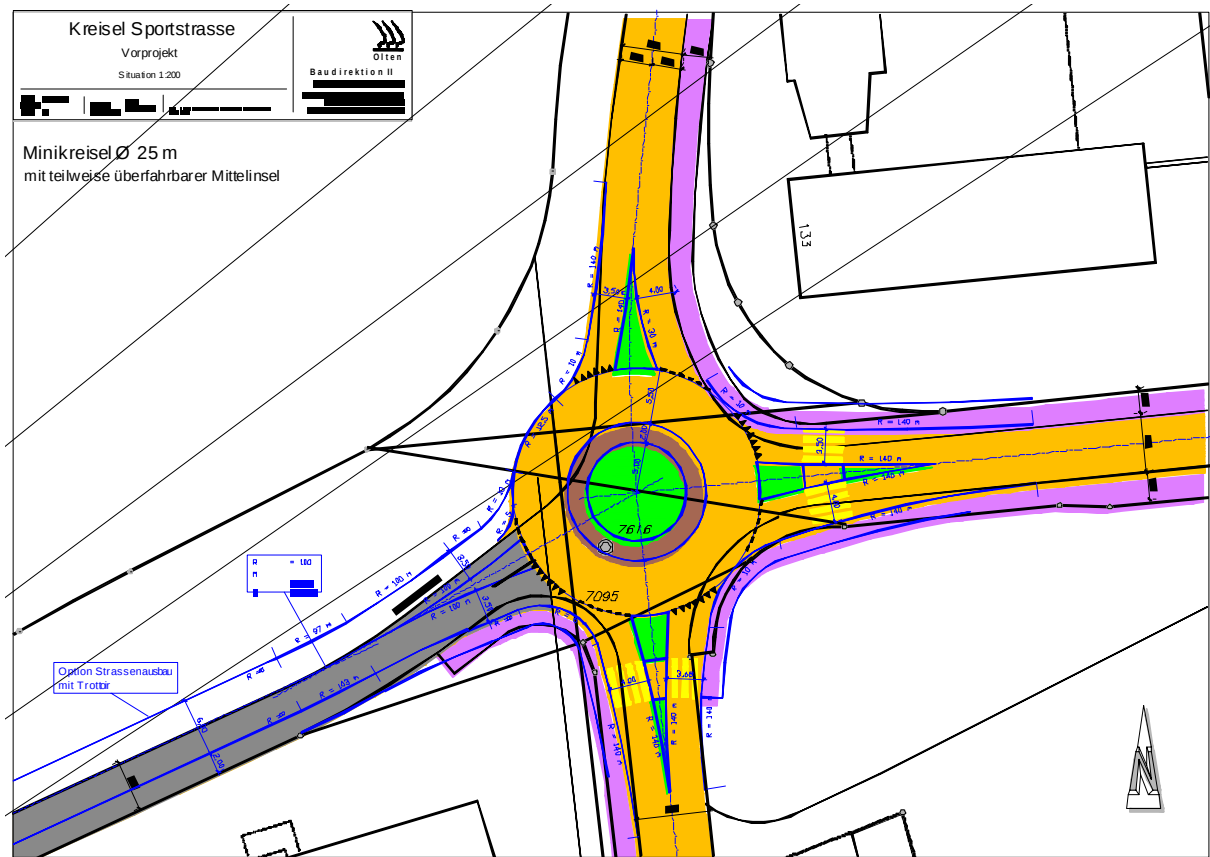


Angeregt durch die Auswertung der weiteren Anliegen bezüglich dieser Kreuzung wurde die Fragestellung erweitert: „Was ist das beste Projekt für die Abdeckung möglichst aller Anliegen?“.

Die Sportstättenplanung sieht in dieser Region eine Parkierungsanlage und die Zu- und Wegfahrt über den Rötzmattweg vor. Heute wird bei Veranstaltungen im Einbahnverkehr zirkuliert. Dies führt zu keinen Behinderungen auf der Strasse, jedoch zu Belästigungen in den Wohnzonen. Wenn nun deshalb alle Fahrzeuge nur noch über die Rötzmatt zu diesen Anlässen hin- und zurückfahren, müssen diese gewendet werden. Da die Anlieger verständlicherweise ihre Privatflächen nicht mehr zur Verfügung stellen wollen (Unfälle, Schäden), ist eine Wendemöglichkeit zu erstellen. Sobald die Parkierungsanlagen voll sind müssen die Fahrzeuge wieder in die Schützenmatte gewiesen werden. Die Abspermmöglichkeiten und die Anweisungen an die Fahrer in solchen Momenten sind am besten mit einem Kreisel auf öffentlichem Areal zu erreichen.

An dieser Kreuzung - mit Fahrzeugen unterschiedlichster Tempri - gab es verschiedentlich Unfälle, meistens eher leichtere. Dies einerseits weil die grosse Verkehrsfläche dazu führt, Geschwindigkeit und Distanz des entgegenkommenden Verkehrsteilnehmenden zu unterschätzen und andererseits führt eine Veloroute über diese Kreuzung. Zur Zeit ist deshalb an dieser Kreuzung eine T30 Zone eingerichtet, die markiert und signalisiert ist.

In Besprechungen mit den Gewerbetreibenden des Bornfeldes wurde bemängelt, dass Rechtsvortritt noch gefährlicher sei als das alte Regime. Eindeutig sicherer als das alte Regime und der neue Rechtsvortritt ist ein Kreisel. Durch den Kreis wird das Geschwindigkeitsniveau der motorisierten Fahrzeuge tiefer, die Übersichtlichkeit besser und die Vortrittsverhältnisse für alle Verkehrsteilnehmenden klarer.



Aus vorigen Darlegungen und in Kombination mit den Wünschen der BOGG sowie unter Berücksichtigung aller anderen Ansprüche an diese Kreuzung beantragt die Verwaltung die Genehmigung für das Kreiselprojekt. Ausserdem beantragt die Verwaltung die Verlegung der heutigen T30 Zone am Rötzmattweg an die Einfahrt aus dem Kreisel in die Sportstrasse Ost, da der Kreisel eine Senkung der Geschwindigkeit in der Rötzmatt besser als die T30 Zone bewirkt und dadurch die unbefriedigende Situation der kurzen T30-Zonen-Durchfahrt für die Gewerbetreibenden im Bornfeldgebiet entfällt.

Kostenfolgen

Der Platzbedarf für einen auch für den vorhandenen Werkverkehr befahrbaren Kreisel ist mit 27 m Durchmesser angemessen. Die Stadt Olten verfügt in diesem Bereich über genügend eigene Verkehrsfläche, so dass der Landbedarf von Privaten an einer Stelle unter 2 m² beträgt, welcher abgetauscht werden kann. Da die heute bestehenden Beläge des Rötzmattweges wie auch der Sportstrasse sanierungsbedürftig sind, entstünden die Kosten der Belagssanierung so oder so. Bis heute wurde mit der Sanierung der Sportstrasse zugewartet, weil die Sportstättenplanung noch nicht so weit war. Die Sanierung des oberen Teils des Rötzmattweges wurde ebenfalls schon seit längerem verschoben.



Kosten des Kreisels

Aushub und Wiedereinfüllungen ausserhalb heutiger Belagsflächen	Fr.	50'000.—
Aushub und Wiedereinfüllungen innerhalb heutiger Belagsflächen	Fr.	170'000.—
Besteinungen	Fr.	90'000.—
Beläge ausserhalb heutiger Belagsflächen	Fr.	20'000.—
Beläge innerhalb heutiger Belagsflächen	Fr.	100'000.—
Honorar Ingenieur	Fr.	60'000.—
Nebenkosten, Gebühren, usw.	Fr.	10'000.—
Unvorhergesehenes	Fr.	<u>50'000.—</u>
Total Kresel	Fr.	<u>550'000.—</u>
Total Kosten nur Belagssanierung (eigentlicher Unterhalt)	Fr.	<u><u>320'000.—</u></u>

Der grosse Nutzen und die verhältnismässig geringen Mehrkosten bezogen auf eine reine Sanierungsvariante lassen das Projekt als angemessen erscheinen.

Im Budget 2006 ist der Kredit von Fr. 550'000.— unter Konto Nr. 620.501.65 enthalten.

Stellungnahme der Kommission für öffentliche Sicherheit

Die Kommission für öffentliche Sicherheit wird ihre Stellungnahme an der nächsten Sitzung vom 20. März 2006 abgeben. Die Orientierung darüber an das Gemeindeparlament erfolgt mündlich.

Beschlussesantrag:

1. Das Projekt Kresel Rötzmattweg-Sportstrasse-Bornfeldstrasse wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 550'000.— (Kt. Nr. 620.501.65) wird freigegeben.
3. Die T30 Zone am Rötzmattweg wird zurückversetzt an die Einfahrt ab Kresel in die Sportstrasse Ost.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Dr. Markus Ammann: Ich möchte im Namen der GPK dem Stadtrat zuerst für die kurze, verständliche, saubere Vorlage danken, in der auch Alternativen aufgezeigt worden sind, auch bildlich. Ich denke, das ist ein ganz gutes Beispiel auch für die Zukunft. Die GPK hat ja bereits im Rahmen der Budgetberatung etwas Fragezeichen in den Raum gestellt. Das hat vor allem die Höhe der Kosten bezüglich dieses Kreisels betroffen. Die Fr. 550'000.-- hat man einmal dort zur Kenntnis genommen, aber doch mit irgend einem komischen Gefühl im Bauch. Wir haben

dann auch die Möglichkeit gehabt, zusammen mit dem zuständigen Mitarbeiter des Tiefbauamt, Herrn Urs Kissling, die verschiedenen Fragen und Bemerkungen erläutert zu erhalten und auch zu diskutieren. Wir haben dann über Unfälle und Sicherheit an dieser Kreuzung gesprochen. Wir haben auch über die Bedeutung des Langsamverkehrs, gerade dort oben, in Richtung Naherholungsgebiet diskutiert. Wir haben über die Anordnung und Konstruktion auch der besonderen Lage dieser Kreuzung diskutieren dürfen. Wir haben über den ÖV diskutiert. Es geht ja um die Buslinie 3, die dort in Zukunft wenden können sollte. Wir haben auch über die Anwohnenden oder die Gewerbe- und Industriebetriebe dort diskutiert, natürlich auch die Thematik Tempo 30 der Sportstrasse und über die Sportstrasse hinaus. Schliesslich sind wir zum Schluss gekommen, dass es Sinn macht, diesem Kreisel zuzustimmen. Die Bedenken bezüglich der Fr. 550'000.-- sind nicht ganz verschwunden. Dies muss man auch zur Kenntnis nehmen. Wir haben aber auch zur Kenntnis nehmen dürfen, dass dies eigentlich nicht nur ein Kreiselproblem ist, sondern es ist eben auch so, dass Strassenbau an und für sich natürlich relativ teuer ist. Eine spezielle Frage, die noch aufgetaucht ist, ist, ob der Kreisel in die zukünftige Sportstättenplanung passt. Wir sind auch dort eigentlich versichert worden, dass dies überhaupt kein Präjudiz ist für irgend etwas, das man nachher anders machen möchte, sondern dass dies eigentlich durchaus passt. In diesem Sinne hat die GPK am Schluss dem Kreisel und auch dem entsprechenden Kredit zugestimmt. Sie hat auch klar und eindeutig der Verschiebung dieser Tempo-30-Zone zugestimmt.

Stadträtin Silvia Forster: Einfach noch als Ergänzung: Auslöser, dass man angefangen hat, über einen Kreisel dort oben nachzudenken, ist ja die Anfrage der Busbetriebe gewesen. Herr Ammann hat es jetzt in seinem Referat und auch in der Berichterstattung zur GPK gesagt, dass eben dieser Kreisel grössere Auswirkungen auf das ganze Gebiet hat, eine Auswirkung Sportstättenplanung, Langsamverkehr usw. Von daher ist der Meinung, auch wenn Fr. 550'000.-- für die gesamte Sanierung, inklusive Bau der Kreisel, diese Differenz verantwortlich. Wenn man nämlich schaut, würde die Strassensanierung dort oben anfallen und die Leute, die dort oben wohnen, wissen, dass die Strasse nicht in einem guten Zustand ist und die Strassensanierung kommen würde. Von daher ist der Stadtrat der Meinung, dass wir Ihnen heute eine nachhaltige Lösung präsentieren, die der Sache dient und auch zur Verkehrssicherheit beitragen kann. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, dem Bericht und Antrag des Stadtrates zuzustimmen. Sie sehen aber, dass noch die Haltung der Kommission für Öffentliche Sicherheit fehlt. Diese Kommission hat erst am 20. März Sitzung gehabt und die Stellungnahme wird Ihnen jetzt meine Kollegin, Frau Doris Rauber, verkünden.

Stadträtin Doris Rauber: Ich gebe Euch die Stellungnahme der Kommission, die am letzten Montag getagt hat, ab. Sie hat sich auch intensiv mit diesem Geschäft befasst, hat vor allem in Bezug auf die Verkehrssicherheit, wie es ja der Auftrag dieser Kommission ist, dieses Geschäft geprüft. Anwesend sind 7 Mitglieder gewesen. Zwei Mitglieder sind gegen den Beschlussantrag gewesen und die anderen 5 haben sich dafür ausgesprochen. Wenn es noch Fragen zu den Bereichen, welche die Stadtpolizei betreffen, gibt, ist Herr Jean-Pierre Benguerel, unser Dienstchef Verkehr, anwesend.

Rolf Braun: Die SP-Fraktion hat die Vorlage sehr positiv aufgenommen. Wir sind der Meinung, dass hier mit angemessenem Kostenaufwand praktisch sämtliche bestehende Probleme und zukünftige Anforderungen und Bedürfnisse gelöst werden können. Diese Sachen sind in der Ausgangslage im Bericht und Antrag des Stadtrates aufgeführt. Dass dies alles auf einen Schlag gelöst werden kann, erachten wir als sehr überzeugend. Man muss sehen, dass dort oben sowieso einmal eine Belagssanierung nötig geworden wäre. Wenn man sich noch vor Augen führt, dass auch im Zusammenhang mit dem Steinbruch wahrscheinlich sehr viele Lastwagenfahrten anfallen werden, wäre vermutlich auch eine Verstärkung des Untergrundes angesagt gewesen. Dies kann eigentlich jetzt innerhalb dieses Projekts gemacht werden und lässt die ganze Sache von den Kostenfolgen her noch vernünftig erscheinen. Das ganze Projekt des Kreisels wird dazu beitragen, dass die Region dort oben eigentlich für Industrie, Gewerbe

und Sport sich weiterhin positiv entwickeln kann, was eigentlich sicher allen dient. Es können hier auf elegante und nachhaltige Art und Weise etliche Fliegen auf einen Streich geschlagen werden und das hat uns auf der ganzen Linie überzeugt. Die SP-Fraktion wird den stadträtlichen Antrag unterstützen und Eintreten auf die Vorlage beschliessen.

Thomas Frey: Wir haben dies in unserer Fraktion auch geprüft. Die ersten zwei Varianten, die hier aufgezeigt worden sind, haben in keiner Weise überzeugen können. Dann ist es nahelegend, dass man das Problem mit einem Kreisel zu lösen versucht. Ich möchte noch die Bedeutung des künftigen Rötzmattwegs hervorheben, weil man sich dies heute vielleicht noch nicht so ganz vorstellen kann. Wenn aber dann ERO da sein wird und die Sportstättenplanung im Kleinholz greift, werden der Rötzmattweg und insbesondere die Kreuzung eine ganz besondere Funktion erhalten und auch entsprechend aufgewertet. Ich finde es richtig, wenn man jetzt in der Peripherie dieses Entwicklungsgebietes die entsprechenden Zeichen mit guter Infrastruktur setzt. Zu den Kosten: Etwa zwei Drittel sind ja eigentlich im laufenden Unterhalt, der sowieso nötig ist, versorgt, so dass die effektiven Zusatzkosten für ein solches Bauwerk durchaus angemessen sind. Auf etwas möchte ich noch hinweisen: Auf den Plänen sieht man es so ganz unbedeutend. Es sind zwei parallele Linien auf der Westseite des Kreisels. Das ist nämlich der Förderkanal, der dort im Boden steckt, wo die Hunziker/PCO ein Förderband hat, das in die Borngrube hinauf geht. Der Rückbau dieses Kanals ist ein beträchtliches Bauwerk - das möchte ich einfach noch hier platziert haben - dass die Kosten für diesen Rückbau den entsprechenden Leuten, die hier verantwortlich sind und ich weiss, dass die Verträge so verhanden sind, dass sie entsprechend abgewälzt werden. Wir sehen eigentlich nur Vorteile. Es ist ein Vorteil, dass die Tempo-30-Geschichte gelöst werden kann, weil der Kreisel auch ein guter Anfang für eine solche Tempo-30-Zone, ohne dass es noch weitere bauliche Massnahmen braucht. Es ist auch ein Vorteil für das Parkplatz-Management an Sportveranstaltungen. Man kann ihn als Wendeort brauchen, wenn die Parkplätze überlastet sind und man andernorts einen Parkplatz suchen muss. Einen weiteren, ganz wichtigen Vorteil sehen wir auch in der Verkehrssicherheit, weil es wirklich eine ganz eklige Kreuzung ist, über die mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten darüber gefahren wird. Das kann man mit einem solchen Kreisel elegant lösen. Noch eine persönliche Bemerkung: Die künstlerische Bearbeitung des Zentrums eines solchen Kreisels ist jetzt hier nicht erwähnt und ist auch nicht Bestandteil irgend einer Vorlage. Aber ich weiss, das wird dann automatisch kommen. Ich möchte doch bitten, hier die nötige Sorgfalt walten zu lassen. Es gibt eigentlich praktisch nur schlechte Beispiele in der Schweiz. Meine persönliche Meinung ist, dass hier weniger jeweils meistens mehr ist. Wir haben in der Fraktion mit 7 : 1 Stimme dieser Vorlage zugestimmt und werden die entsprechenden Stimmen hier abgeben.

Rudolf Lutz: Auch wir haben uns ausführlich über das Thema Kreisel unterhalten und uns nachher auch etliche Fragen gestellt. Wir sind auch der Meinung, dass ein Kreisel bei einer Strasse, bei der das Verkehrsaufkommen gross ist und wo es nötig ist, gebaut werden soll, stellen uns aber auf den Standpunkt, dass es eigentlich dort in der Rötzmatt und an dieser Ecke nicht unbedingt notwendig scheint, da diese Strasse hauptsächlich von der Rötzmatt ins Bornfeld überfahren wird und vom Privatverkehr her von der Eisbahn in die Rötzmatt. Von daher sind wir eher der Meinung, dass es diesen Kreisel nicht braucht. Dazu noch einige Argumente unsererseits: Man hat in der Sportstrasse vor einiger Zeit ein Lastwagenfahrverbot gemacht, damit man die Leute vom Lastwagenverkehr hat entlasten können. Von daher haben wir sicher keinen Schwerverkehr oder nur wenig. Es gibt eine vierte Strasse, die hineinkommt: Der Gheidweg, wo sowieso ein Motorfahrzeugverbot besteht. Es sind also effektiv zwei Strassen, die im Moment in diesem Kreisel dominant sind. Dass der Bus in diesem Kreisel wenden soll, erstaunt uns etwas, weil wir eigentlich nicht unbedingt den Sinn darin sehen, dass der Bus, wenn er bei der Eisbahn gehalten hat, eine Minute später schon wieder bei der Eisbahn halten soll. Irgendwo ist uns dies nicht ganz klar worden. Vor allem erstaunt uns, dass der öffentliche Verkehr, die Sportstrasse, wo man den Schwerverkehr eigentlich hat wegnehmen wollen, jetzt doppelt belasten soll, indem man hin- und herfährt. So erstaunt es

uns, dass man nachher mit diesem Buswenden die ERO, die ja gleichwohl bis heute auch eine Buhaltestelle gehabt hat, nicht mehr bedienen würde, ausser ich würde dies falsch interpretieren. Dass bei den Sportveranstaltungen ein Kreisel von Nutzen sein könnte, kann man sich vorstellen. Aber ich glaube, mit diesen Massnahmen, mit dem jetzt gemachten Einbahnverkehr, mit den dort eingeführten Baumassnahmen hat man ja recht gute Erfahrungen gemacht. Von daher sehen wir wuch da nicht unbedingt einen Riesensinn darin. Klar ist auch die Kostenfrage bei uns ein Thema gewesen. Fr. 550'000.-- sind ein rechter Betrag. Wir haben natürlich gesehen, dass es nicht nur Fr. 550'000.-- für den Kreisel sind, sondern dass auch die Strassen saniert werden sollten. Aber im Grossen und Ganzen haben wir schliesslich in der SVP gesagt, wir möchten den Antrag ablehnen, möchten aber einen Änderungsantrag zu Punkt 3 machen. Wir sind auch dort der Meinung, dass die Temporeduktion sicher so oder so an die Kreuzung bei der Motorfahrzeugkontrolle retour versetzt werden sollte.

Jonas Hertner: Die Fraktion Grüne/JA betrachtet diese Vorlage als absolut unbestritten. Eine Belagssanierung ist offensichtlich nötig. Dass man nachher gerade noch einen Kreisel mit einem unbestrittenermassen grossen Nutzen erstellt, ist ja nur logisch. Der Kreisel, der eine gute, wahrscheinlich die beste Lösung zur Verkehrsberuhigung und Unfallreduktion darstellt. Wir sind also dafür. Ich möchte noch ganz kurz für mich sprechen. Das Machtbedürfnis eines Studenten wird wirklich absolut gedeckt, wenn man über Fr. 550'000.-- verfügen kann, zum Beispiel Fr. 60'000.-- für Ingenieur als Honorar, Fr. 40'000.-- für Sprachkurse. Wir sind dafür, obwohl es ein 550'000-Franken-Projekt ist, wo wir uns nachher gleichwohl nur im Kreis drehen.

Nadja Fankhauser: An unserer Fraktionssitzung haben wir die verschiedenen Projektvarianten diskutiert und analysiert. Wir sind dann zum Schluss gekommen, dass der Kreisel die sympathischste Lösung ist. Die Vorteile dieses Kreisels wie bessere, grössere Verkehrssicherheit, eine Optimierung des Busfahrplans und dies nicht zuletzt, weil das Gheid doch eine Begegnungszone und ein Naherholungsgebiet ist, haben uns überzeugt. Die Fraktion der EVP/CVP stimmt deshalb dem Beschlussesantrag grossmehrheitlich zu.

Stadträtin Silvia Forster: Ich möchte noch auf zwei Fragen bzw. Anliegen eingehen. Es ist klar: Der Rückbau dieses Kanals ist vertraglich gesichert und wir werden den Vertragspartner in die Pflicht nehmen. Es ist schon so beim Schmuck, wenig ist meistens mehr und wir möchten den Kreisel auch nicht mit weiss ich nicht was überstellen. Da nehmen wir dann gerne die Dienstleistung der Fachkommission in Anspruch, die uns sicher gut beraten wird.

Daniel Vögeli: Bei uns ist gesagt worden, es ist 7 : 1 gewesen. Ich wäre jetzt der 1 respektive derjenige, der sich schliesslich enthält. Tempo 30, die Rückversetzung finde ich gut. Ich möchte einfach feststellen: Der Belag dort oben ist noch gut. Jedenfalls wenn man ihn mit anderen Belägen an anderen Orten auf den Strassen, zum Beispiel der Rötzmattweg selber, vergleicht und anschaut. Ich darf ab und zu dort hinauffahren und es hat ein paar Löcher dort. Dass ein Kreisel gewünscht ist und Kreisel grundsätzlich etwas Gutes sind, akzeptiere ich auch. Das ist so. Aber die Kosten für diesen Kreisel und den Mehrnutzen sind eigentlich jenseits von Gut und Böse. Wir geben über eine halbe Million Franken dafür aus. Es wird mit dem Busfahrplan begründet. Faktisch kann man sagen, wenn die Leute zum Bahnhof wollen, soll der Bus eben den Rötzmattweg hinauffahren und dann die Leute zum Bahnhof mitnehmen und am Abend nimmt er halt den umgekehrten Weg und geht nachher über die Sportstrasse nach hinten zur Rötzmatt. In diesem Sinne besteht der grosse Kreisel. Es ist eigentlich unnötig, dass wir dies tun, aber alle haben Freude daran. Deshalb enthalte ich mich. Silvia, Du hast im Bericht geschrieben, es sei im Budget enthalten. An der Budgetdiskussion ist es explizit herausgenommen worden.

Stadträtin Silvia Forster: Das stimmt nicht. Ich habe das Budget hier. Du kannst es gerne überprüfen. Wir haben einfach geschrieben: Separate Vorlage und der hochgeschätzte Peter Kohler hat es mit Akribie überprüft.

Daniel Vögeli: Du hast gesagt, Ihr hättet es nicht extra neu gedruckt. Ich habe nachgefragt und habe es auch ausgedruckt hier.

Stadträtin Silvia Forster: Ja, es ist drin.

Candidus Waldispühl: Ich habe noch kurz einige Fragen, die in der Diskussion noch nicht gefallen sind, die vielleicht auch interessant sein könnten. Wenn man sich jetzt überlegt, wie denn dieser Kreisel gebaut wird. Wann wird dies gebaut? Das wäre einmal eine interessante Frage. Zweitens die Frage: Wird denn der Verkehr ganz gesperrt dort in der Kreuzung, das heisst, hat dann das Quartier nachher eine Zeitlang den ganzen Zusatzverkehr durch den Hausmatrain hinaus? Der dritte Punkt ist die Frage: Hat man sich dies überlegt, wie man es mit der Information des Quartiers macht? Wird das Quartier eingebunden? Ist das schon diskutiert oder wird es im Stadtrat erst ausgearbeitet?

Stadträtin Silvia Forster: Das Parlament sagt immer, der Stadtrat soll sich um die Strategie kümmern. Deshalb gebe ich jetzt das Wort Urs Kissling.

Urs Kissling: Diejenigen, die im Verlauf des letzten Jahres nach Hägendorf gefahren sind, haben dort bei einem etwas grösseren Kreisel dort schon gesehen, wie es gebaut wird. Es wird also unter Betrieb gebaut werden. Es gibt immer Etappen, wo eines um das andere gebaut wird. Man muss dort durchfahren können. Auch an dieser Stelle wird es sicher so gebaut. Die Bauarbeiten sind dadurch, dass es ein Kreisel ist, relativ weit verteilbar. Das ist machbar. Zu den Sachen betreffend Öffentlichkeitsarbeit im Quartier haben wir gar noch nicht gesprochen. Normalerweise machen wir ein Inserat, dass gebaut wird und solche Sachen, die man kennt. Aber wir haben nicht darüber diskutiert, dass man in diesem Quartier extra etwas machen würde. Wenn dies gewünscht wird, kann man dies tun. In der Regel ist, wenn es im Parlament diskutiert wird, der Bericht eigentlich sowieso relativ weit gestreut. Der Zeitpunkt, in dem angefangen wird, ist ab dem Termin, an dem wir wissen, wir dürfen es machen, etwa dreieinhalb bis vier Monate. Wenn wir jetzt dann die Detailplanung machen - sie ist wegen der Kosten noch nicht gemacht; wir haben ja noch nicht Geld, um alles zu machen - wird es ungefähr in vier Monaten losgehen. Wir möchten es aber sicher nicht ins nächste Jahr übertragen, weil es eigentlich ein Vorhaben wäre, das man jetzt überziehen kann. Je länger man wartet, desto mehr kommt es vielleicht mit anderen Bauvorhaben im unteren Bereich in Konflikt. Also möglichst schnell erledigen.

Stadträtin Silvia Forster: Ich möchte noch etwas zur Informationspolitik sagen. Es gibt eine übliche Information. Ich bin aber ganz klar der Meinung, dass dieses Quartier im Moment sehr sensibilisiert ist auf Zusatzbelastungen. Wir werden sicher das Anliegen, das ich jetzt hier gehört habe und wo ich davon ausgehe, dass es das Anliegen des gesamten Parlaments ist, aufnehmen und hier eine gute Informationspolitik machen werden und die Leute soweit möglich miteinbeziehen werden.

Daniel Schneider: Ich würde Herrn Lutz noch gerne etwas zum Bus sagen. In der ganzen Rötzmattstrasse ist ja keine Bushaltestelle. Wenn man beim Kreisel wendet und wieder retour fährt, hat man eigentlich gratis und franko eine Verdopplung des Takts. Wenn Sie wie Kollega Sommer mit der Bevölkerung im Kleinholz sprechen würden, was er sicher auch stundenlang gemacht hat, wüssten Sie, dass es wirklich ein Bedürfnis ist.

Urs Knapp: Ich habe eigentlich nichts sagen wollen, aber Daniel Schneider hat gesagt, man habe gratis und franko eine Verdopplung des Taktfahrplans. Das stimmt nicht. Die Stadt Olten wird für jede neue Haltestelle, die für den Bus eingerichtet wird, einen erklecklichen Beitrag an die Busgesellschaft bezahlen müssen. Also wir bezahlen einen Kreisel. Die Verdopplung des Busses ist mit diesem Kreisel nicht bezahlt.



Beschluss

Mit 40 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsidentin Antonia Hagmann: Da ein Antrag der SVP vorliegt, schlage ich vor, über jede Ziffer einzeln abzustimmen.

1. genehmigt mit 35 : 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen
2. genehmigt mit 35 : 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen
3. Antrag SVP erübrigt sich.
genehmigt mit 41 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen
4. genehmigt mit 37 : 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen

Beschluss

Mit 34 : 5 Stimmen bei 6 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Das Projekt Kreisel Rötzmattweg-Sportstrasse-Bornfeldstrasse wird genehmigt.
2. Der Kredit von Fr. 550'000.— (Kt. Nr. 620.501.65) wird freigegeben.
3. Die T30 Zone am Rötzmattweg wird zurückversetzt an die Einfahrt ab Kreisel in die Sportstrasse Ost.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herrn Adrian Balz (4)
Stadtpolizei (4)
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2006

Akten-Nr. 14/14

Prot.-Nr. 68

Dringliches Postulat Marion Bachmann-Rauber und Luzia Stocker Röheli (SP) betr. Randständige/Beantwortung

Am 16. März 2006 reichte Marion Bachmann-Rauber und Luzia Stocker Röheli (SP) folgende dringliche Motion bei der Stadtkanzlei ein:

Auftrag

Der Stadtrat wird beauftragt die unbefriedigende Situation am Wildsauplatz bis zum Sommerbeginn (Ende Mai 2006) nachhaltig zu verbessern.

Im Speziellen ist ein alternativer Aufenthaltsort für die randständigen Personen, beispielsweise auf dem Gelände der Suchthilfe (Aarburgerstrasse) oder am Aarebord zu finden und damit ein friedliches Nebeneinander zu erreichen.

Kurzbegründung

Seit geraumer Zeit hat sich die Situation der Randständigen, sowie deren Akzeptanz in der Bevölkerung verschlechtert. Es gibt keinen Ort, wo sie sich offiziell aufhalten können. Sie sind im Sommer am Aareufer bei der Wildsau und im Winter vor allem in der Winkelunterführung beim Denner anzutreffen. Dies wird von einem Teil der Bevölkerung schon länger mit Besorgnis festgestellt und nicht mehr toleriert. Im Sommer hat sich die Situation mit der Eröffnung der Aarebistro zugespitzt. Es kommt immer wieder zu Konflikten und Reibereien.

Für die SP ist die Situation sowohl für die Betroffenen, wie auch für die Bevölkerung nicht befriedigend gelöst. Es hat sich bereits im 2004 eine Begleitgruppe unter Federführung der Suchthilfe Region Olten mit der Thematik auseinandergesetzt und Lösungsvorschläge erarbeitet. Seither ist viel Zeit vergangen und der Sommer steht vor der Tür ohne dass eine Verbesserung der Situation in Sicht ist.

In Zusammenarbeit mit regionalen Suchthilfe Olten und anderen Organen sollte es unserer Meinung nach möglich sein, eine baldige Lösung zu präsentieren und damit auch dem Sicherheitsbedürfnis der PassantInnen endlich Rechnung zu tragen.

- - - - -

Stadtrat Peter Schafer beantwortet die Motion wie folgt:

Beim Vorstoss handelt es sich gemäss Art. 60ff der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten um ein Postulat, da allfällige Massnahmen, die aufgrund des Vorstosses ergriffen werden, in die Kompetenz des Stadtrates als Planungsbehörde fallen.

Der Stadtrat teilt die Anliegen der Postulantinnen.

Die Sozialdirektion verfasste einen Bericht und Antrag zur **Situation der randständigen Personen bei der Wildsau**, der vom Stadtrat am 08. November 2004 behandelt wurde. Auf Grund der geschilderten Situation entschied der Stadtrat, die Sozialdirektion mit der Koordination der Bemühungen und Bestrebungen im Zusammenhang mit den randständigen Personen bei der Wildsau und der Suche nach einem Standort zu beauftragen. Die Direktionen Bau, öffentliche Sicherheit und Soziales trafen sich in der Folge zu einer ersten Koordinationssitzung und vereinbarten das künftige Vorgehen. Folgende Punkte wurden besprochen:

Für die **stadtinterne Koordination** wurden folgende verantwortliche Personen bezeichnet:

Baudirektion: Marcel Dirlam, (bauliche Massnahmen), Markus Lack (Pachtverträge etc.), Adrian Balz (baurechtliche Fragen); Direktion öffentliche Sicherheit: Peter Hänggi, Franco Giori; Sozialdirektion: H.P. Müller. Ziele der stadtinternen Koordination sind, sich gegenseitig über aktuelle Ereignisse zu informieren, miteinander im voraus die Kommunikation gegenüber den politisch verantwortlichen Stellen und gegenüber der Öffentlichkeit abzusprechen und die miteinander abgesprochen Ziele und Stossrichtungen gemeinsam zu verfolgen.

Die **Standortfrage** wurde diskutiert. Eine *Plattform an der Aare* ist momentan aus politischen Gründen kaum realisierbar. Vorrang hat die künftige Aareraumgestaltung zwischen Bahnhof und Gäubahnbrücke. Der *Platz gegenüber der Suchthilfe bei der Gäubahnbrücke und neben der Trafostation* ist ebenfalls ungeeignet, da Schulkinder dort mit dem Rad durchfahren und der Ort eine schlechte Visitenkarte für nach Olten kommende Automobilisten wäre. Die Trägerschaft der *Suchthilfe*, der Regionalverein Olten-Gösgen, hat sich bis anhin dagegen ausgesprochen, auf dem eigenen Areal den Konsum von Alkohol zu gestatten. Gegen einen *Container* z.B. in der Rötzmatt spricht wiederum die Gefahr einer grösseren Szenenbildung. Die Betroffenen benötigen die Angebote der SHO und halten sich deshalb in der Nähe der SHO auf. Orte aareauf- und abwärts sind deshalb ebenfalls ungeeignet. Realistisch betrachtet gibt es keinen geeigneten Standort. Die Wahlmöglichkeit besteht zwischen Standorten, die nur teilweise geeignet sind. Jeder dieser Standorte lässt sich nur realisieren, wenn ein politischer Wille dazu da ist, diesen durchzusetzen.

Eine Motion zur „Schaffung gesetzlicher Grundlagen um Szenenbildungen zu verhindern/Änderung des Kantonspolizeigesetzes (02.11.2004)“ wurde von Robert Gerber (FdP, Grenchen) eingereicht und wird im Kantonsrat behandelt. Mit den gesetzlichen Grundlagen für eine **polizeiliche Wegweisung** würde die Möglichkeit geschaffen, Personen an einen geeigneten Ort wegzuweisen. Allerdings müsste ein geeigneter Ort geschaffen werden.

Die **Anliegen der Betreiber des Aarebistros** können von der Baudirektion laufend geprüft werden. Folgende Anliegen sind bis anhin bekannt: Der Veloverkehr durch das Areal des Aarebistros soll durch bauliche Massnahmen verhindert werden. Als Nebeneffekt würde durch die bauliche Abgrenzung die Möglichkeit einer polizeilichen Wegweisung geschaffen. Die Hochwassersicherung soll geprüft werden.

Aus **Sicht des Stadtrates** ist pragmatisch und auf Grund der vorliegenden Erkenntnisse weiter vorzugehen:

- Für die Standortproblematik ist ein gemeinsamer politischer Wille zur Umsetzung einer der Standortmöglichkeiten aufzubauen.
- Der Betrieb des Aarerestaurants soll mit baulichen Massnahmen soweit als möglich gesichert und das Areal abgegrenzt werden.
- Tätigkeit und Kommunikation im Zusammenhang mit dem Wildsau-Areal soll stadtintern weiterhin koordiniert werden.

Im Sinne der Erwägungen beantragt der Stadtrat, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

- - - - -

Luzia Stocker Rötheli: Um es vorweg zu nehmen: Wir sind mit der Beantwortung nicht zufrieden, das heisst, wir sind eigentlich enttäuscht, weil die Beantwortung weder konkrete Massnahmen noch einen möglichen Zeitrahmen aufzeigt. Sie beschränkt sich eigentlich vorwiegend darauf aufzuzeigen, wie die interne Koordination abläuft, was sicher sehr wichtig ist, aber an der Problematik eigentlich nicht viel ändert. Unser Anliegen wäre ja eigentlich schon noch etwas weitergehend. Ein friedliches Nebeneinander aller Menschen in dieser Stadt ist eigentlich unser Ziel. Das bedingt auch ein geeignetes Angebot für die Menschen, die nicht in festen Strukturen leben oder nicht in festen Strukturen leben wollen. Es geht uns auch nicht darum, einfach Leute von A nach B zu verschieben, sondern es hat eben schon länger, wie Iris Schelbert auch gesagt hat, kein niederschwelliges Angebot für Randständige in dieser Stadt mehr, zum Beispiel aufsuchende Gassenarbeit wäre ja so etwas. Die Situation hat sich ja vor allem seit der Eröffnung des Aarebistros im letzten Sommer verschärft. Es ist immer wieder zu Konflikten gekommen. Die Akzeptanz der Bevölkerung schwindet. Es wird für die Randständigen zunehmend schwierig, sich irgendwo aufzuhalten, ohne dass sie eben nicht toleriert werden oder nur von einem Teil toleriert werden. Der Stadtrat ist eigentlich aufgefordert, endlich Massnahmen für eine Lösung zu ergreifen. Das Problem wird schon seit Jahren herumgeschoben und es ist noch nichts passiert. Aufgrund der Beantwortung dieses Postulats zeichnet es sich jetzt auch nicht gerade ab, als ob dann im Sommer wirklich eine Lösung da wäre oder jedenfalls eine Zwischenlösung. Aus unserer Sicht ist nicht unbedingt eine Verbesserung in Sicht. Wir sind wirklich der Meinung, dass die Zusammenarbeit mit der regionalen Suchthilfe und auch anderen Entscheidungsträgern, die hier involviert sind, vorangetrieben werden muss, welche Möglichkeit es dann auch immer gibt. Es braucht einen Aufenthaltsort und damit meinen wir nicht in erster Linie irgend einen geschlossenen Raum, sondern wirklich einen Ort, an dem sich die Randständigen am besten im bisherigen Gebiet aufhalten können. Das kann im Bereich des Aareufers sein oder eben im Bereich des Areals der Suchthilfe. Die Zusammenarbeit mit der Suchthilfe ist auch aus dem Grund sehr wichtig, weil nämlich einige dieser Randständigen gar nicht aus Olten selber sind. Das sind Auswärtige und für sie ist die Stadt ja eigentlich gar nicht zuständig, die Suchthilfe aber sehr wohl, weil dies ja eine regionale Suchthilfe ist. Es muss auf jeden Fall eine Lösung geben und sie drängt sich auf. Wir möchten sie eigentlich im Sinne unseres Postulats, nämlich mit konkreten Massnahmen. In diesem Sinne möchten wir das Postulat auch trotzdem so überweisen.

Stadtrat Peter Schafer: Die angesprochene Thematik ist dem Stadtrat seit einiger Zeit bekannt. Mit der Beantwortung dieses Postulats hat der Stadtrat versucht, transparent aufzuzeigen, was alles schon gegangen ist. Die Situation ist nicht einfach. Die Zusammenarbeit mit der Suchthilfe - das kann ich hier bestätigen - funktioniert gut. Der Stand ist im Moment einfach so, dass es politisch aareauf- und aareabwärts keinen geeigneten Standort für eine Verlagerung dieser Szene gibt. Solange wir politisch keinen Nenner finden, bleiben die süchtigen oder Alkoholmenschen dort wo sie sind. Es ist für das Auge nicht schön. Das ist so. Wir erhalten ab und zu Reklamationen. Aber wir brauchen einen politischen Nenner. Wir brauchen einen anderen, alternativen Standort, damit wir diese Leute bewegen können, an einen anderen Ort zu gehen.

Rolf Schmid: Das Postulat nimmt ein sehr berechtigtes und auch schon lange bekanntes Anliegen auf. In diesem Sinne danken wir als FdP-Fraktion den Postulantinnen, dass sie dieses Thema aufs Tapet bringen. Das Problem muss angegangen werden. Ich muss sagen, die Antwort enttäuscht uns ebenso sehr wie die Postulantinnen. Ich kann ihre Enttäuschung sehr

gut verstehen. Die Beantwortung sagt eigentlich nur, was nicht geht und sie sagt nicht, was geht. Das Thema ist bereits seit langem auf dem Tisch. Trotzdem haben wir noch keine echte Lösung. Ich weiss nicht, ob es vielleicht nicht zu letzt damit zu tun hat, dass das Problem offenbar auch etwas mit geteilten Verantwortungen angegangen wird. Ich zweifle überhaupt nicht an der Kompetenz der Leute, die sich um dieses Problem kümmern. Aber es sind immerhin drei Direktionen involviert und die geteilte Verantwortung ist häufig ein Problem, die Ursache oder der Grund dafür, dass dann eben nichts geht. Mich würde in diesem Zusammenhang interessieren, wer effektiv den Lead und die Verantwortung hat, dass das Problem gelöst wird. Es können ja nicht alle drei Direktionen miteinander sein. Ich frage mich auch, nicht zuletzt auch etwas im Hinblick auf eine kommende Debatte zum Thema Sozialwesen, ob wir hier nicht eben auch etwas einen Vorboten und eine Ahnung bekommen, dass zwar vielleicht viel in diesem Bereich gearbeitet wird, aber relativ wenig Wirkung und Resultate erzeugt werden. Ich glaube, wir alle anerkennen, dass es ein Problem ist und würden dem Stadtrat auch gerne mitgeben, dass wir eine Lösung wollen. Ich bin mir bewusst, dass sicher nicht eine einfache Sache sein wird, eine solche Lösung zu finden. Insbesondere für eine dringliche Motion jetzt gerade innerhalb einer Woche etwas aus dem Ärmel zu schütteln, ist sicher nicht einfach, aber wir müssen dafür sorgen und zu spüren bekommen, dass man effektiv Lösungen suchen will und nicht einfach nur Probleme verwalten will. Ich glaube auch, was Iris Schelbert eingangs bei der Dringlichkeit gesagt hat: Das ist ein heikles Problem, wenn man Leute in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken will. Das muss man von mir aus gesehen sehr, sehr subtil angehen. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass das Problem, wie wir es im Moment haben, auch die Bewegungsfreiheit von anderen Leuten, nicht zuletzt auch von Jugendlichen sehr, sehr stark tangiert und einschränkt. Grundsätzlich gibt es wahrscheinlich zwei Wege, um das Problem anzugehen. Entweder man sorgt dafür, dass diese Ansammlungen in dieser Art und Weise nicht mehr stattfinden oder man sorgt dafür, dass sie anderswo stattfinden. Es gibt genau diese zwei Ansätze und hier erwarten wir vom Stadtrat eigentlich konkrete Vorschläge, über die man dann entscheiden kann und nicht einfach nur ein Aufzeigen der Probleme. In diesem Sinne würden wir als FdP-Fraktion das Postulat zur Überweisung bejahen.

Chantal Stucki: Auch wir sind eigentlich von der Beantwortung enttäuscht. Seit dem 8. November 2004 ist die Sozialdirektion zuständig für die Koordination der Bemühungen und Bestrebungen, nach einem Standort für die randständigen Personen zu suchen. Also die Sozialdirektion hat den Lead. Dies steht in der Antwort. Das Problem ist bekannt und man bemüht sich scheinbar seit einem Jahr und vier Monaten, eine Lösung zu finden. Die Randständigen lassen sich offenbar nicht so einfach umsiedeln. Der Platz bei der Wildsau gefällt scheinbar allen, auch den Randständigen. Wir glauben nicht an eine Zwangsverschiebung. Wenn eine Personengruppe einfach nur das Stadtbild stört und nicht straffällig wird - also keiner von ihnen straffällig wird - ist eine "Verbannung" von der Wildsau kritisch. So könnten dann plötzlich auch andere Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel laute Jugendliche, von öffentlichen Plätzen vertrieben werden. Solche Tendenzen sind ja schon erkennbar und das kann es ja dann wirklich nicht sein. Wir glauben auch, dass, wenn der Denner im Winkel wie vorgesehen schliesst, sich das Problem ja vielleicht von alleine löst. Zusammenfassend sind wir der Meinung, dass die Überweisung dieses Postulats nicht wirklich etwas an der Situation ändert. Die CVP/EVP-Fraktion steht aber positiven Überraschungen nicht im Wege und wird das Postulat überweisen.

Iris Schelbert: Ein Stück weit verstehen wir das Anliegen. Wir betrachten es aber schon etwas anders. Das Problem ist für uns, dass es in unserer Gesellschaft Randständigkeit gibt und randständige Leute gibt. Das ist für uns das Problem. Die randständigen Leute im Schwanenmätteli, aber auch diejenigen beim Bahnhof - wir dürfen wir dies nicht nur einseitig ansehen; beim Bahnhof sind es eher Punks - sind für uns nicht ein Problem, sondern allenfalls unangenehm. Ich werde auch nicht gerne "angepumpt". Ich sage höflich nein und erhalte jeweils ebenso höflich gleichwohl noch einen schönen Tag zurück. Sie sind für uns nicht ein Problem, können aber unangenehm sein. Wir haben hier in der Stadt Olten genügend Instrumente. Wir

haben die Suchthilfe, die halt vielleicht aus den Büros hinaus muss, und wir haben einen Ordnungsdienst, der halt vielleicht auch einmal mehr ohne zu murren dort hin gehen muss, wenn diese Leute in irgendeiner Art und Weise straffällig oder zu einem öffentlichen Ärgernis werden. Wir haben die allergrössten Bedenken, rechtsstaatlich wie auch moralisch, Leute, die nicht in ein Sauber-, Hübsch-, Nett- und Gesund-Schema hinein passen um-, auszusiedeln. Wir haben auch die grössten Bedenken, dass dies überhaupt machbar ist, weil eines klar ist: Der Aareraum ist gefragt. Diese Leute haben schon längstens, bevor es das Aarebistro gegeben hat gemerkt, dass es dort extrem schön ist. Das Aarebistro ist ja ein möglicher Lösungsansatz und soweit ich dies als begeisterte Aarebistro-Höcklerin gemerkt, haben diese Leute so gegen Ende Sommer begonnen, sich durch den Durchgang hindurch auf die andere Seite des Schwanenmättelis zu verlagern und die Situation ist ein Stück weit entschärft gewesen. Es ist eine Tatsache: Die Leute sind dort, wo es ihnen am angenehmsten ist. Am angenehmsten ist halt der Denner dort unten. Bei Regenwetter sind sie im Trockenen, das Bier ist am billigsten. Bei schönem Wetter sitzen sie an der Sonne. Chantal Stucki hat es gesagt: Ich denke mir, sobald ein Aldi aufgeht bei der kleinen Waro, bei der Usego, oder ein Lidl kommt, sind sie weg. Sie sind dort, wo ihr Stoff, den sie zum Leben, Existieren und Glückhchsein brauchen, ist. Wir haben wirklich grosse Bedenken, dazu ja zu sagen. Wir werden das Postulat aus den erwähnten Gründen ablehnen.

Marion Bachmann: Ich möchte es noch einmal ganz explizit betonen: Es geht uns nicht darum, irgendwelche Personen, ob randständige oder andere, in dieser Stadt hin- und herzuschieben. Wir haben einfach gemerkt, dass es vermehrt Konfliktsituationen im Raum des Aarebistros gegeben hat. Uns würde eigentlich vorschweben, eine alternative Lösung im Sinne von allen anzubieten. Wir wollen nicht warten, bis es einen Aldi und einen Lidl gibt, dass diese Leute dann eventuell woanders sind. Wir finden, es bräuchte jetzt eine Lösung. Zudem ist uns noch ganz wichtig, dass die regionale Suchthilfe Olten-Gösgen hier auch in die Verantwortung gezogen wird. Schliesslich fliessen namhafte Beiträge unserer Stadt in diese Institution und wir erwarten jetzt eigentlich von ihnen auch eine Mitarbeit. In der Beantwortung steht, sie hätten bis jetzt keine Hand geboten, und wir erwarten dies eigentlich jetzt. Das wäre eine Forderung von uns. Die Beantwortung ist uns eindeutig zu unverbindlich und zu vage. Wir möchten jetzt eigentlich wirklich gerne konkrete Massnahmen sehen. Der politische Wille ist ja jetzt eigentlich mit einer solchen Überweisung, falls der Vorstoss überwiesen wird, klar da. Das kann kein Hinderungsgrund mehr sein, dass der politische Wille jetzt nicht klar deklariert wäre. Wir sind gespannt auf das weitere Vorgehen und versprechen uns etwas davon, auch wenn es nur eine befristete Lösung für einen Moment ist.

Rolf Sommer: Wir können uns der Meinung von Iris Schelbert anschliessen. Sie hat es sehr deutlich und klar gesagt, denn man kann nicht einfach jemanden vertreiben. Im Prinzip machen sie niemandem irgend etwas. Es sind sogar sehr liebe "Cheibe", wenn man mit ihnen spricht. Sie haben ihre Probleme. Wieso gibt es die Randständigen? Man muss dies etwas real sehen. Wenn man dies real sieht, einfach eine Motion oder ein Postulat bringen, ohne eine Art eines Lösungsvorschlags und das auf die Stadt abwälzt. Es ist ein gesellschaftliches Problem, das wir ansehen müssen. Mir tun diese Menschen leid, dass sie keine Zukunft haben. Wohin will man sie schieben? Auf die andere Seite zu dieser Sozialhilfestelle, die ja nicht viel macht, wie ich jetzt so gehört habe. Will man sie in die Usego hinaus schieben? Das geht auch nicht. Man kann sie überhaupt nicht herumschieben, denn sie haben wirklich ihre Probleme und haben auch das Recht, irgendwo zu sein. Sie stören zwar andere Leute, aber sie haben einfach das Recht. Ich bin nicht ein Befürworter dieser Leute. Aber wieso gibt es das? Es ist einfach ein gesellschaftliches Problem, das wir haben. Das können wir nicht einfach angehen, wenn wir die Leute herumschieben. Deshalb schliesse ich mich auch der Meinung von Iris Schelbert und wir werden das Postulat ablehnen.

Daniel Schneider: Ich teile in vielen Sachen die Meinung von Iris Schelbert, fragmental auch von Herrn Sommer. Ich denke eigentlich, vielleicht muss man den Ansatz etwas anders

ansehen. Wir sind jetzt oft darauf gekommen, dass diese Leute eigentlich immer ein wahnsinniges Gespür für gute Plätze in der Stadt haben. Wenn man diesen Platz auch entdeckt und sogenannt sozialisiert hat, wie man in der Fachsprache sagt, das heisst, diese Leute müssen weg und die anderen, scheinbar gesunden dürfen hingehen, und der Raum in ungenügendem Mass zur Verfügung steht, gibt es eigentlich das, worüber wir jetzt diskutieren. Es muss verschoben werden. Ich meine eigentlich, unser Job wäre es - hier kommt mir auch die Ideenwerkstatt wieder in den Sinn - an der Aare mehr Plätze zu generieren. Letzten Samstag hat jemand gesagt: 100 Beizen an der Aare. Das ist vielleicht übertrieben, aber sinnbildlich. Vielleicht müsste man die Aufenthaltsqualität an der Aare mehrfach anbieten. Ich fände es schade, wenn es irgend so einen Indoor oder Ingarden in einer abgeschlossenen Parzelle gäbe. Das erinnert mich an Gleisspitz. Ich finde das sehr schade. Aber ich kann mir vorstellen, dass mit sehr einfachen Mitteln unter Mithilfe des Zivilschutzes oder diesen Leuten selber im Bereich zwischen Aarebistro und Gäubahnbrücke - ich werde etwas konkreter, damit sich der Stadtrat irgendwo halten kann - durchaus Sitzgelegenheiten erbaut werden könnten, nicht auf dem Wasser. Das ist kein politisches Problem, wie hier steht, sondern ein baurechtliches. Das darf man einfach nicht. Aber ich kann mir vorstellen - ich werde etwas konkreter, dann habt ihr etwas zu denken - dass fünfmeterlange Sitzgelegenheiten mit einer Absturzsicherung, damit niemand ins Wasser fällt, was mir auch noch zentral erscheint, am Aarebord, nicht über dem Wasser, gebaut werden. Baut doch dies dazwischen, probiert es ein Jahr lang aus und reflektiert, ob es weitergeführt oder wieder abgerissen werden muss. Aber ich denke, mit dieser Topbesetzung, die ihr in der Arbeitsgruppe habt, müsste doch jetzt etwas Effizientes heraus schauen.

Mario Clematide: Was wir jetzt hier diskutieren, ist offenbar auch Diskussionsthema bei den Randständigen in der Winkelunterführung. Als ich heute Abend vorbeigegangen bin, hat eine Wortführerin, sehr wahrscheinlich noch eine der wenigen, die einigermaßen nüchtern gewesen ist, gesagt: „Passt auf. Sie können uns nicht von hier wegschicken. Wenn wir anständig sind, sind wir nicht randständig“. Also von daher kann ich mir durchaus vorstellen, dass, wenn man im Sinne von dem, was Iris Schelbert und andere gesagt haben, mit diesen Leuten ins Gespräch kommt, Lösungen möglich sind. Rolf Sommer, es freut mich auch, dass Du heute Abend gezeigt hast, dass Du auch differenziert Probleme angehen kannst. Es ist ganz klar: Diese Leute sind ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Das müssen wir jetzt einfach in einem gewissen Sinn akzeptieren. Marion Bachmann, das Wort Lösung im Zusammenhang mit Randständigen hat bei mir einen schalen Beigeschmack. Man muss nicht einmal über die Schweizergrenze hinaus schauen. Das Problem der Kinder der Landstrasse, wie dies vor Jahr und Tag in der Schweiz gelöst worden ist. Das sind auch Randständige gewesen. Es ist kein Ruhmesblatt für diese Schweiz.

Daniel Vögeli: Für mich hat das Postulat zwei Teile. Der erste Satz wäre der richtige Text. Leider ist dort dann noch ein zweiter mit dem Aufenthaltsort angefügt. Wenn wir speziell einen Aufenthaltsort schaffen, den wir noch als “für Randständige geeignet” kennzeichnen, können wir dies auch ins Internet stellen und dann haben wir nachher noch mehr von ausserhalb Olten und von ausserhalb der Region Olten, damit wir die Suchthilfe hier auch einbezogen haben. Das wäre ein schlechtes Zeichen. Ich habe eine Frage an Stadtpräsident Ernst Zingg. Im Kantonsrat soll ja nächstens irgend einmal die Vorlage von Herrn Grütter kommen. Weiss man, wann dies passieren soll? Vielleicht wäre es zum Beispiel eine Möglichkeit, denn man weiss, was dort dann etwa stehen würde zu schauen, dass wir unser städtisches Reglement gerade anpassen und dort Möglichkeiten schaffen, weil es richtig ist, dass viele dort unten sind, die sich nicht böse verhalten, aber es gibt durchaus auch Situationen und nicht selten Fälle, wo es einfach ganz brutale Schlägereien gibt. Dort muss man einfach etwas machen können und das ist nicht selten dadurch bedingt, dass eben dort Gruppen entstehen, eine Szene entsteht und dort muss man eingreifen können. Das sind in Gottes Namen polizeiliche Massnahmen, die man muss ergreifen können. Wir könnten ja auch einmal von Seiten der Stadt kreative Auslegungen der Polizeigeneralklausel prüfen und vielleicht so auch etwas Druck machen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Abgesehen davon, dass Du mich jetzt angesprochen hast, hätte ich noch eine andere Bemerkung. Aber ich gehe zuerst darauf ein. Das ist die Meinung von Daniel Vögeli. Es geht hier um die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, "um Szenenbildungen zu verhindern", um die Abänderung des Kantonspolizeigesetzes, die der Grenchner Stadtpolizeikommandant in Zusammenarbeit mit den Solothurner Behörden und mit uns als Motion eingegeben hat. Es sind also mehrere Beteiligte gewesen. Sinnigerweise die drei Städte, die alle das genau gleiche Problem haben, wenn wir von einem Problem sprechen wollen. Ich gehe jetzt davon aus, wir sprechen von einem Problem. Rolf Sommer, Du hast das richtige Wort gebraucht. Ich denke, es ist ein Gesellschaftsproblem und glaube, das ist hier auch sehr klar gesagt worden. Ebenso klar ist - dass erstaunt uns fünf hier vorne auch nicht, insbesondere auch nicht Kollega Peter Schafer - dass hier niemand eine Lösung hat. Niemand. Nehmt dies zur Kenntnis. Auch Ihr nicht. Wir kämpfen auch um Lösungen. Oder mit anderen Worten, wie Mario Clematide sagt, vielleicht nicht um Lösungen, sondern um Verbesserungen von gewissen Situationen. Ich bin nicht so sicher, ob hier das Sprechen allein genügt. Jetzt kommt die Polizei zum Tragen und es kommt schon knüppeldick. In Bern hat man dieses Gesetz und in Bern ist man nicht über alle Zweifel erhaben und glücklich über diese Gesetzesbestimmung. Die Debatte ist im Kantonsrat noch nicht vorgesehen. Ich nehme, es wird in einer der nächsten Sessionen kommen. Aber ich kenne den Zeitplan jetzt nicht. Wir haben eigentlich gedacht, es sollte im Jahr 2005 schon passieren, weil es ja im November 2004 eingereicht worden ist. Wir haben aber zweimal keine Session gehabt und damit ist es auch noch nicht behandelt worden. Zweitens habe ich mich durch das von Marion Bachmann und Iris Schelbert oder Luzia Stocker Gesagte angesprochen gefühlt. Regional. Es gibt keine städtische Suchtstruktur mehr. Es ist eine regionale Suchtstruktur. Der Regionalverein Olten-Gösgen-Gäu hat dies aus der gesamten Region aufgenommen und die Stadt Olten bezahlt nicht mehr Beiträge als jede andere Gemeinde auch, nämlich x, Franken pro Einwohner. Wir werden den Beitrag an der nächsten Generalversammlung aufgrund der Strukturen sogar senken. Das ist ja der Vorteil der regionalen Struktur. Jetzt kehre ich es natürlich um. Sehr dankbar bin ich, wenn das Parlament hier sagt: Die Region soll sich gefälligst auch engagieren. Ich bin Präsident dieses Regionalvereins und ich kann Euch sagen, dass der zuständige Ressortchef, der Gemeindepräsident von Schönenwerd, der es von seiner Vorgängerin, Frau Regierungsrätin Esther Gassler, übernommen hat, einen klaren Auftrag hat, mit der regionalen Suchtstruktur uns, den Stadtrat und damit auch das Parlament in dieser Verbesserung zu unterstützen. Ich brauche das Wort Lösung jetzt nicht, sondern Verbesserung. Es gibt Möglichkeiten. Wir wissen aus der operativen Ebene der regionalen Suchtstruktur, dass Vorstellungen bestehen. Das Ganze ist im Regionalverein noch politisch - nehmen Sie es zur Kenntnis - dementsprechend zu beschliessen. Im Vorstand des Regionalvereins ist es bestens bekannt, dass sich bei weitem nicht alles Oltnerninnen und Oltnern in diesem Kreis aufhalten. Wir haben es festgestellt. Frau Kollegin Doris Rauber wird es bestätigen können. Die Stadtpolizei hat unheimlich viele Kontrollen gemacht. Sie kommen als wirklich bei weitem nicht alle von der Stadt Olten. Wir sind wieder in der gleichen Situation wie früher, als wir einmal Leute im anderen Suchtbereich irgend wohin zurückgeschafft haben. Das ist nicht das Thema heute. Nehmen Sie es zur Kenntnis. Ich werde mich mit aller Kraft im Regionalverein einsetzen - die Unterstützung von der fachlichen Seite her ist da - dass dort eine Verbesserung zusammen mit dem Stadtrat und jetzt auch mit der Unterstützung des Parlaments - Ihr wollt dies jetzt auch; Gott sei dank - angefangen oder eingesetzt werden kann.

Candidus Waldispühl: Ich möchte noch ganz kurz einen Aspekt betonen. Ich bin sehr froh darüber, was Stadtpräsident Ernst Zingg gerade vorher gesagt hat. Es ist ein heikles Thema, das sorgfältig gelöst werden muss. Es braucht Zeit, solche Lösungen zu finden. Massnahmen kann man ja nicht einfach anordnen, sondern man kann sie einfädeln und sie müssen dann auch in einem gewissen Sinn auf Akzeptanz stossen. Randständige werden wir ja immer unter uns haben. Das ist halt irgendwie der Preis der Freiheit, die wir haben, dass jeder letztlich so herumlaufen darf, wie er will und dorthin stehen darf mit aller Berücksichtigung der Bedürfnisse,

die wir haben, dass wir sie eigentlich als unangenehm empfinden. Wir haben vorher beim Landverkauf von Präjudiz gesprochen. Man muss auch da sehr aufpassen wegen der Präjudiz. Ich denke, wenn sich die Stadt einfach so direkt und platt vereinnahmen lässt, um die Randständigen von gewissen Orten wegzubringen, wächst natürlich das Bedürfnis von anderen Leuten, bei denen sich die Randständigen vielleicht auch vor ihren Geschäften oder Restaurants befinden, die wünschen, dass die Stadt aktiv wird. Ich denke, das Ganze ist sehr, sehr heikel und die Stadt tut ganz gut daran, sich ihre Massnahmen sehr, sehr vorsichtig zu überlegen.

Rolf Sommer: Ich möchte hier etwas ganz Persönliches sagen. Die meisten wissen ja, dass ich im Wildpark Mühletäli engagiert bin. Wir haben dort ein Projekt, das einiges an Geld kostet. Ich habe die Idee gehabt, man könnte Leute im sozialen Bereich beschäftigen. Man hat die Oltech, zu der ich vom Kantonsrat her Beziehungen habe, angefragt und sie haben sehr dankbar gesagt, sie würden mitmachen. Ihr hättet erleben sollen, als die Leute gekommen sind, wie sie engagiert gearbeitet haben und danke vielmals gesagt haben. Es ist so schön gewesen. Sie sind sehr engagiert im Wildpark und machen ihre Arbeit. Sie gehen nicht einfach, wie es viele heute machen. Sie tragen das Holz herum, das gefällt worden ist. Sie machen etwas Sinnvolles, das eine Zukunft hat. Ich muss sagen, dass mich dies sehr stark berührt und ich bin sehr gewillt, diese Leute, wenn wir können, weiterzubeschäftigen, denn hier haben sie eine sinnvolle Aufgabe. Das kann man vielleicht auch mit den Randständigen, wenn man ihnen eine sinnvolle Aufgabe und eine gewisse Betreuung gibt. Dann kann man sie vielleicht für so etwas engagieren. Es soll kein Profitunternehmen sein und niemanden konkurrenzieren. Aber gewisse Arbeiten könnte man mit ihnen ausführen. Es braucht etwas länger. Man braucht Zeit. Es muss nicht unter Termindruck sein. Ich nehme jetzt ein Beispiel. Es braucht nicht Fr. 550'000.— dafür, wie um einen Kreisel zu bauen. Aber sie müssen eine sinnvolle Aufgabe erfüllen können. Man muss mit den Menschen reden, auf sie zugehen und schauen, welche Wünsche sie haben. Dann sind sie sicher gewillt, etwas zu tun.

Stadträtin Silvia Forster: Rolf Sommer, ich glaube, Du sprichst von unterschiedlichen Gruppen Leute. In der Oltech sind erwerbslose Leute, die ich nicht als randständig bezeichnen würde. Du hast gesagt, die Leute müssen eine sinnvolle Aufgabe haben. Diese Idee haben wir in der Baudirektion im Zusammenhang mit der Schneeräumung auch gehabt und haben das Sprungbrett angefragt. Ich weiss nicht, was ich machen muss, damit meine Mitarbeiter des Werkhofes noch einmal das Sprungbrett anfragen, wenn die Leute die Schaufel nach einer halben Stunde weggestellt haben. Die Leute sind krank, sie haben ein Suchtproblem. Sie sind in der Regel nicht in der Lage, regelmässig zu arbeiten. Die Betreuung kostet auch Geld. Ich denke, es ist hier relativ einfach gesagt. Sie brauchen einfach eine Beschäftigung. Aber diese Beschäftigung zu organisieren, bedeutet Aufwand, Geldausgeben. So einfach ist es nicht.

Rolf Schmid: Ich möchte nur einfach einer Sache entgegenwirken. Mir scheint, das Bild verrückt sich im Moment etwas hier, was das Postulat will und was jetzt diskutiert wird. Ich glaube, es wird durch alle Reihen anerkannt, dass es eine gesellschaftliche Situation ist, dass es nicht eine einfach zu lösende Situation ist. Ich glaube, gerade das Postulat anerkennt dies in sehr hohem Mass, indem man nicht einfach sagt, diese Leute müssen weg und damit aus den Augen, aus dem Sinn. Ich glaube, das Thema, das uns zu beschäftigen hat, ist ja aus dieser Perspektive hier auch nicht der einzelne Mensch - das ist ein anderes Thema - sondern es ist die Szenenbildung. Sie bringt jetzt irgendwo das Leben im kleinen Bereich der Stadt aus dem Gleichgewicht. Es geht darum, dass wir dieses Gleichgewicht irgendwo wieder finden und herstellen. Ich denke, dort müssen wir darüber nachdenken. Ich möchte einfach entgegenwirken, dass das Bild entsteht, wir möchten jetzt mit diesen sogenannten Randständigen "hauruck" verfahren. Aber es ist auch irgendwo die Aufgabe, das Gleichgewicht zu gewähren. Mit diesem Aarebistro und der ganzen städtischen Planung haben wir gesagt, dies sei ein wichtiger Raum für die gesamte Stadtbevölkerung. Wir haben dort, wo Szenenbildungen entstehen, ein Thema, das es zu lösen gilt. Ich erwarte einfach, dass man dies so angeht. Ich

habe auch die Meinung gehabt, man habe dies bereits probiert und dort einiges gemacht. Ich werde den Eindruck im Moment einfach nicht los, weil es nicht einfach ist, hat man es einfach einmal sein und liegenlassen. Irgendwie bin ich deshalb sehr froh um das Postulat, dass dies wieder in Gang kommt und man hoffentlich auch einmal wieder einen Lösungsansatz ausprobiert. Das ist es, was mich hier etwas enttäuscht: Dass man nur sagt, was nicht geht, aber nicht sagt: Okay, wir nehmen es auf und probieren dies einmal als nächsten Schritt aus. Das würde ich eigentlich erwarten.

Caroline Wernli Amoser: Ich muss sagen, ich habe heute Abend bei diesem Postulat manchmal das Gefühl gehabt, ich sei im falschen Film, ausser dem Votum von Rolf Schmid. Ich denke, hier kann ich mich auch im Namen der Postulantinnen herzlich bedanken. Ich kann es jetzt einfach nicht lassen. Mario Clematide, was Du den Postulantinnen unterstellt hast, verschlägt mir fast die Sprache. Ich glaube, man merkt es. Es ist sicher absolut keine Absicht gewesen, dass es in diese Richtung gehen sollte. Wir bzw. die Postulantinnen - ich denke, ich kann hier auch für sie sprechen - haben einfach den Eindruck, es gibt dort ein Problem. Ich hoffe, die Wortwahl ist jetzt nicht auch wieder das falsche. Sie bitten ganz einfach den Stadtrat, auf den Sommer aktiv nach einer Lösung zu suchen. Ob man eine findet, sieht man dann. Aber wir bitten einfach darum, dass hier wieder etwas Aktivismus an den Tag gelegt wird, als nach unserem Eindruck bis jetzt passiert ist. Freuen können wir uns immerhin, dass grundsätzlich alle, die jetzt darüber gesprochen haben, das Postulat ja irgendwie gleichwohl noch gut finden. Man zerreisst es zwar in der Luft. Aber das wäre dann eben der falsche Film. Mindestens geht man offenbar mit der Sorge der Postulantinnen einig, dass es dort gewisse Sachen gibt, die man allenfalls irgendwie anzugehen versuchen müsste. Wir möchten einfach konkrete Vorschläge, was aus baurelevanter Sicht realisierbar wäre. Stadtpräsident Ernst Zingg hat gesagt - wir haben es gehört - es gebe Möglichkeiten. Ich habe keine Ahnung welche. Davon möchten wir irgend einmal einfach etwas hören. In diesem Sinne bitte ich darum, das Postulat zu überweisen.

Heinz Eng: Wir haben ja jetzt relativ viel gehört. Ich bin eigentlich mit Stadtpräsident Ernst Zingg einverstanden. Hier hat zur Zeit niemand eine Lösung. Vielleicht die eine oder andere Anregung. Es kann ja nicht sein, dass die Stadt Olten auf der ganzen Welt komplett allein ist mit den Vorkommnissen, die hier passieren. Andere Städte haben dies auch: Aarau, zum Beispiel die Bahnhofsszene usw. mit der Problematik dort, Zürich hat den Platzspitz gehabt, Bern ums Bundeshaus herum usw. Vielleicht liegt auch hier etwas ein Schlüssel zu einem nächsten Approach, dass man vielleicht versucht, auch einmal im Verbund mit den anderen Städten oder zumindest mit einer Kommunikation, zu schauen, wie sie das eine oder andere angegangen sind, dass man dort auch eine gewisse Koordination und ein einheitliches Vorgehen schaffen kann.

Beschluss

Mit 32 : 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Soziales/Herrn Hans Peter Müller
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:



Parlamentspräsidentin Antonia Hagmann: Ich wünsche Euch einen schönen Abend, schöne Osterzeit und bis im Mai.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.